

Regionen fördern – sozial, gerecht und nachhaltig!



Impressum

Herausgegeben von der Delegation der Linken in der Konföderalen Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke

Besonderer Dank gilt allen Autorinnen und Autoren, Mitstreiterinnen und Mitstreitern, die uns bei der Erstellung der Broschüre unterstützt haben.

Bilder: Europäische Kommission und istockphoto

Redaktion: Manuela Kropp

Gestaltung: Reiko Kammer

Druck: Laserline

Auflage: 1000 Exemplare



Vereinte Europäische Linke/Nordische Grüne Linke
Parlamentsfraktion · EUROPÄISCHES PARLAMENT

DIE LINKE.
IM EUROPAPARLAMENT

Inhalt

1. Cornelia Ernst – Regionen stärken und Bürger beteiligen! 3
2. Ralf Christoffers – Eckpunkte und Umsetzung der künftigen Kohäsionspolitik in Brandenburg ab 2014 10
3. Verena Meiwald, Tilo Hellmann – Die Bedeutung europäischer Fördermittel für Sachsen ab 2014 14
4. Anna Bernstorf – Grenzüberschreitende Zusammenarbeit am Beispiel Sachsen 20
5. Helmut Holter – Die Struktur- und Regionalfonds in der Förderperiode ab 2014 in Mecklenburg-Vorpommern 25
6. Diether Dehm – EU-Kürzungshaushalt – die Rolle der deutschen Bundesregierung bei Europas Austeritätspolitik 28
7. Martina Michels – Die städtische Dimension in der Kohäsionspolitik 33
8. Renate Harcke – Warum Linke in Europa die EU-Regionalpolitik zu ihrem Thema machen müssen 36
9. Jörg Kubitzki – Warum Thüringen weiterhin europäische Fördermittel braucht – Herausforderungen, Erfahrungen und Perspektiven für die Kohäsionspolitik 40
10. Bärbel Beuermann - Warum Nordrhein-Westfalen weiterhin auf europäische Fördermittel angewiesen ist 44
11. Kreszentia Flauger - Kohäsionspolitik - verbessert sie die Lebensbedingungen? 49
12. Enno Rosenthal – Nachhaltige ländliche Entwicklung – Alternativen zur heutigen Gemeinsamen EU-Agrarpolitik (GAP) 52

13. Younous Omarjee – Die europäische Fördermittelpolitik und ihre Herausforderungen in Frankreich	56
14. Nikos Chountis, Die Bedeutung der EU-Fördermittelpolitik für die europäischen Regionen und Griechenland	59
15. Manuela Kropp – Europäische Fördermittelpolitik – der Ausgleichsmechanismus in Zeiten der Wirtschaftskrise	62
16. Anhang – Zum Weiterlesen	67
17. Glossar	68
18. Anhang (Tabellen, Grafiken, Texte)	69

Regionen stärken und Bürger beteiligen!

Cornelia Ernst, sächsische Abgeordnete im Europäischen Parlament, Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Regionale Entwicklung, Co-Sprecherin der Delegation DIE LINKE. im Europäischen Parlament

Ich erinnere mich daran, wie unsere portugiesischen GenossInnen in der Fraktionssitzung erzählten, dass alle portugiesischen Europaabgeordneten vom Ministerpräsidenten einbestellt wurden, um ihr Abstimmungsverhalten zu beeinflussen. Italienische Europaabgeordnete berichteten von Erpressung und Drohungen, bei Ablehnung des Mehrjährigen Budgets nicht wieder aufgestellt zu werden. Britische Abgeordnete, die Skepsis äußerten, wurden in den lokalen Medien zerrissen. In fast allen Mitgliedsstaaten „entdeckten“ die Regierungen „ihre“ Europaabgeordneten – Merkel schrieb in einem internen Papier, dies sei alles gar kein Problem und die Europaabgeordneten würden schon in die richtige Richtung „umfallen“. Sogar das kleine Sachsen zog mit. Ich erhielt einen Brief des Ministerpräsidenten, der mich ob meines Engagements für Sachsen hoch lobte und dann aufforderte, dem Mehrjährigen Finanzrahmen zuzustimmen. Der Sächsische Justizminister lud uns in Brüssel zu einem Arbeitsfrühstück ein und erklärte danach, wir würden seine Position zum Budget teilen. Dies brachte ihm selbstverständlich parteiübergreifend unsere öffentliche Schelte ein.

Warum dieser Druck von Seiten der Regierungen auf die Europaabgeordneten?

Der Mehrjährige Finanzrahmen 2014 - 2020 darf kein Kürzungshaushalt sein!

Es ging darum, die notwendige Zustimmung der Europaabgeordneten zum zukünftigen Mehrjährigen Finanzrahmen 2014-2020 zu erhalten, der von den Staats- und Regierungschefs am 8. Februar 2013 vorgelegt wurde.¹ Der aktuelle Finanzrahmen 2007 - 2013 umfasst ca. 1 Billion Euro, davon entfällt auf die europäische Fördermittelpolitik ca. ein Drittel (347 Mrd. Euro).²

1 http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/de/ec/135379.pdf

2 Die europäischen Fördermittel, bekannt auch als Europäischer Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE), Europäischer Sozialfonds (ESF) und Kohäsionsfonds machen ca. ein Drittel des europäischen Haushalts aus. Aus diesen Fonds werden u.a. Bildungs- und Weiterbildungsmaßnahmen, Infrastruktur und Unterstützung für kleine und mittlere Unternehmen gezahlt.

Diesen Mehrjährigen Finanzrahmen abzulehnen war ein „Akt der Selbstachtung des Parlaments“. Denn der Haushaltsvorschlag des Europäischen Rates, der sämtliche Forderungen des Parlamentes in den Wind geblasen hatte³, und jenseits jeder fiskalischen Seriosität angesiedelt ist, ist ein Angriff auf die ohnehin schon schwachbrüstige Demokratie auf europäischer Ebene. Dem Parlament, das nicht die volle Hoheit über das Mehrjahres-Budget hat, wurde ein Vorschlag serviert, der die Handschrift der deutsch-britischen Nationalisten Merkel und Cameron trägt. Es wurden Kürzungen um jeden Preis vorgeschlagen – trotz der kommenden EU-Erweiterung durch Kroatien im Juli 2013 und trotz der alarmierend hohen Arbeitslosigkeit und Armut sowie der schrumpfenden Wirtschaft⁴ in der Europäischen Union (siehe Grafiken im Anhang). Der Mehrjährige Finanzrahmen, so wie vom Europäischen Rat vorgeschlagen, würde erstmalig in der Geschichte der EU eine Kürzung des Gesamthaushaltes darstellen. Nach dem Willen der Staats- und Regierungschefs würden dann auch ca. 30 Mrd. Euro *weniger* für die europäische Fördermittelpolitik eingeplant. Das entspricht einer Kürzung von 8,4 % in diesem Bereich (siehe Tabelle 1 im Anhang). Das ist natürlich angesichts der herrschenden Wirtschaftskrise eine Katastrophe, denn die Regionen brauchen nun die europäischen Fördermittel mehr denn je, für Investitionen in kleine und mittlere Unternehmen, den Aufbau von Infrastruktur und Weiterbildungsmaßnahmen.

Und so zeigte am 13. März 2013 das Europäische Parlament, dass es kein „Durchwinkparlament“ ist und lehnte den vorgeschlagenen Mehrjährigen Finanzrahmen mit großer Mehrheit ab. Es betonte in seiner Resolution⁵ seine Bereitschaft, umfassende Verhandlungen mit dem Rat aufzunehmen und einen Mehrjährigen Finanzrahmen zu verabschieden, mit dem Wachstum und Beschäftigung geschaffen werden kann. Noch liegt dem Europäischen Parlament kein neuer Vorschlag vor (Stand Mai 2013), obwohl bereits in allen Mitgliedstaaten die Programme für die Verwendung der europäischen Fördergelder geschrieben werden, denn am 1. Januar 2014 beginnt die neue Förderperiode und bis dahin müssen diese Programme unter Dach und Fach sein.

-
- 3 Das Europäische Parlament hatte bereits 2011 in seiner Resolution zum Mehrjährigen Finanzrahmen gefordert, die Kohäsionspolitik (also Fördermittelpolitik) mit ausreichenden Mitteln auszustatten und darauf hingewiesen, dass mindestens die Mittelausstattung der vergangenen Jahre weitergeführt werden muss. Siehe: Entschließung des Europäischen Parlaments vom 8. Juni 2011 zu der Investition in die Zukunft: ein neuer mehrjähriger Finanzrahmen (MFR) für ein wettbewerbsfähiges, nachhaltiges und inklusives Europa (2010/2211(INI))
 - 4 Nach Schätzungen von Eurostat hat sich die Rezession im 4. Quartal von 2012 verschärft. Die EU-Wirtschaft rutschte wieder in die Schrumpfung: das Bruttoinlandsprodukt ging EU-weit um 0,5% zurück, und in den Euro-Mitgliedstaaten um 0,6%. (Quelle: European Commission, European Economic Forecast, Winter 2013).
 - 5 Entschließung des Europäischen Parlaments vom 13. März 2013 zu den Schlussfolgerungen des Europäischen Rates im Rahmen seiner Tagung vom 7./8. Februar betreffend den mehrjährigen Finanzrahmen (2012/2803(RSP))

Die Fördermittelpolitik darf nicht zweckentfremdet werden!

Ich bin stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Regionale Entwicklung im Europäischen Parlament und habe während der vergangenen zwei Jahre an der Reform der europäischen Fördermittelpolitik mitgearbeitet. Für die linke Fraktion GUE/NGL⁶ im Europaparlament stehe ich für eine Fördermittelpolitik, die mit ausreichenden Finanzmitteln ausgestattet ist und die auch weiterhin allen Regionen zugute kommt.

Ich erinnere daran, dass in den letzten 20 Jahren besonders die ostdeutschen Bundesländer stark von den EU-Fördermitteln profitiert haben. Viele Projekte und Maßnahmen wie die Förderung der gewerblichen Wirtschaft, insbesondere die kleinen und mittleren Unternehmen, die Förderung von Innovation und Forschung & Entwicklung, Infrastrukturmaßnahmen, Schutz und Verbesserung der Umwelt, arbeitsmarktpolitische Maßnahmen, Projekte zur Förderung der Chancengleichheit zwischen Männern und Frauen, Migrantenprojekte usw. wären so nicht möglich gewesen. Seit 1991 unterstützt die EU im Rahmen ihrer Strukturförderung den Aufbau in Ostdeutschland. Die Mittel aus den europäischen Fonds werden durch Mittel und Programme des Bundes und der Länder ergänzt (die sogenannte Kofinanzierung). Von 2007 - 2013 erhält Deutschland insgesamt ca. 26,3 Mrd. Euro. Die Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen sind bis Ende 2013 in der höchsten Förderkategorie eingeordnet und erhalten mit rund 15,5 Mrd. Euro den größten Teil der auf Deutschland entfallenden Strukturfondsmittel.

Das Tauziehen, das sich aufgrund des Mehrjährigen Finanzrahmens zwischen den Staats- und Regierungschefs auf der einen Seite und dem Europäischen Parlament auf der anderen Seite abspielte, zeigt auch, wie reiche gegen arme Mitgliedstaaten in Stellung gebracht werden. Eine Gruppe reicherer Mitgliedstaaten (Deutschland, Österreich, Finnland, Frankreich, Italien, Niederlande und Schweden) setzt sich dafür ein, dass die Regionen in den Mitgliedstaaten keine oder weniger Fördergelder erhalten sollen, wenn der entsprechende Mitgliedstaat die europäischen Verschuldungsgrenzen⁷ nicht einhält. Dieser Bestrafungsmechanismus⁸ soll sozusagen automatisch einsetzen und kann im konkreten Einzelfall im Rat der EU nur mit einer qualifizierten Mehrheit verhindert werden. Hier wird das Prinzip der Solidarität, das Bestandteil der Kohäsions- und Fördermittelpolitik ist, aufgegeben, und die Grundidee der Fördermittelpolitik, – nämlich der wirtschaftliche, soziale und territoriale Zusammenhalt – wird konterkariert.

6 European United Left/Nordic Green Left (Vereinte Europäische Linke/Nordische Grüne Linke)

7 Das Haushaltsdefizit darf nicht höher sein als 3% des BIP, und der Stand der öffentlichen Verschuldung darf 60% des BIP nicht überschreiten.

8 Auch: Makroökonomische Konditionalität

In den verschiedenen Verhandlungsrunden im Regionalausschuss und mit dem Rat der EU und der Europäischen Kommission haben wir dies immer wieder kritisiert und darauf hingewiesen, dass die Fördermittel- und Kohäsionspolitik für die Menschen da sein und sich an den Entwicklungsbedürfnissen der Regionen orientieren muss. Die Fördermittelpolitik ist eben **KEIN** Mittel zur Erfüllung der rein wettbewerbsorientierten Europa 2020-Strategie⁹, sondern ein eigenständiger Politikbereich mit einer eigenständigen Berechtigung. Dies spiegelt sich auch im Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union wider: Artikel 174 schreibt ganz klar vor, dass die Union eine Politik zur Stärkung des wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalts verfolgt und eine harmonische Entwicklung der Union fördern soll. Insbesondere sei es das Ziel der Union, die Unterschiede im Entwicklungsstand der verschiedenen Regionen zu verringern. Und nun sollten wir den Vertragstext beim Wort nehmen und die europäische Fördermittelpolitik erhalten und ausbauen, und nicht plündern und für andere Zwecke missbrauchen.

Was wir wollen: Solidarische und nachhaltige Fördermittelpolitik!

Diese Diskussion ist eng mit der Frage verbunden, wohin sich die EU künftig bewegen soll und welche Art der europäischen Integration wir wollen. Die EU ist kein linkes Projekt, sowenig wie die Bundesrepublik selbst als solches gegründet wurde. Die Zukunft der EU wird wesentlich davon abhängen, inwieweit die Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union noch eine Perspektive zusprechen. Merkel und Konsorten haben die EU längst zum Spielball ihrer nationalen Interessen gemacht. Dabei dürfen wir nicht zusehen und müssen eine Strategie für eine „europäische Integration von unten“ entgegensetzen. Dazu gehört, für eine Fördermittelpolitik zu streiten, die mit ausreichenden Finanzmitteln ausgestattet ist, und die ihren Fokus vor allen Dingen auf die ärmsten Mitgliedstaaten in der EU richtet. Bspw. haben Bulgarien und Rumänien ein Bruttoinlandsprodukt, das nur ca. 30% des durchschnittlichen EU-Bruttoinlandsprodukts beträgt. 24% der Menschen in der EU sind von Armut bedroht (über 120 Millionen), darin eingeschlossen sind 27% der Kinder, die von Armut bedroht sind. 20% der

9 Die Strategie Europa 2020 ist die sogenannte „Wachstumsstrategie“ der EU und legt den Kurs der europäischen Wirtschaftspolitik fest. Die Prioritäten lauten „mehr Wettbewerb“, sowohl im Bildungsbereich als auch auf dem Arbeitsmarkt und Strukturreformen, die die sozialen Ausgaben in den Haushalten senken. Das oberste Ziel ist die Herstellung von Wettbewerbsfähigkeit, wobei eben leider kein klares Bekenntnis zu sozialen Mindeststandards in der Europa 2020-Strategie zu finden ist. Damit ist Steuer- und Sozialdumping weiterhin Tür und Tor geöffnet. Deshalb lehnt DIE LINKE. die Strategie Europa 2020 ab, denn sozialer Fortschritt und wirtschaftliche und ökologische Nachhaltigkeit müssen Hand in Hand gehen.

Über-65-Jährigen und 9 % der Menschen, die Arbeit haben, gehören ebenfalls zu dieser Gruppe. Fast 9 % aller Menschen in der EU leiden unter starkem materiellem Mangel: das heißt, sie verfügen nicht über die finanziellen Mittel, um eine Waschmaschine, ein Auto, ein Telefon zu bezahlen geschweige denn die Wohnung angemessen zu beheizen.¹⁰ Armutsbekämpfung ist zu einer der größten Herausforderungen der EU seit ihrem Bestehen geworden. Wenn unter solchen Voraussetzungen ein Mehrjähriger Finanzrahmen vorgeschlagen wird, der Kürzungen bis zu 8,4 % für die Fördermittelpolitik vorsieht, riskiert man die Ausweitung sozialer Verwerfungen in den ärmsten Ländern.

Wir haben als LINKE. frühzeitig ein eigenes Standpunktpapier zur Fördermittel- und Kohäsionspolitik entwickelt (siehe Anhang).

Die Knackpunkte sind:

1. Wir verlangen die Beendigung der Sparpolitik und eine Neuausrichtung der europäischen Politik auf sozialen Fortschritt, nachhaltige Entwicklung, ökologisch, ökonomisch und partizipativ.
2. Wir wollen Benachteiligungen und Disparitäten in den Regionen abbauen – die Mittel müssen für nachhaltige Infrastruktur und aktive Armutsbekämpfung eingesetzt werden. Alle Regionen sollen auch künftig partizipieren, aber der Schwerpunkt der Förderung muss bei den armen und ärmsten Regionen liegen. Wir haben immer die Position der Mehrheit des Europäischen Parlamentes verteidigt, dass die Mittel im Mehrjährigen Finanzrahmen aufgestockt werden müssen, wenn der wirtschaftliche und soziale Zusammenhalt in der EU gestärkt werden soll. Dafür braucht die EU auch eigene Einnahmequellen, die sich nicht wie bisher am Bruttonational-einkommen der Mitgliedstaaten orientieren, sondern ein eigenes, reformiertes Einkommensverfahren für die EU darstellen.¹¹ Gekürzt werden müssen die Ausgaben für militärische Vorhaben und die boomende Sicherheitsindustrie.
3. Die EU braucht eine umfassende Armutsbekämpfungsstrategie, die sich finanziell viel stärker in der Fördermittel- und Kohäsionspolitik widerspiegelt. 120 Mio. Menschen sind in der EU direkt von Armut betroffen oder bedroht. Die Bindung von 20% der Mittel des Europäischen Sozialfonds zur Armutsbekämpfung ist viel zu gering. Zum Abbau von Disparitäten gehört auch, dass nicht nur das Bruttoinlandsprodukt als Voraussetzung für die Bestimmung der Förderhöhe gilt, sondern auch andere Faktoren, wie die demografische Situation und die Höhe der Arbeitslosigkeit in einer Region. Entscheidend ist, wie die Menschen in einer Region leben. Auch in

¹⁰ Zahlen von 2011, Quelle: <http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=751>

¹¹ Entschließung des Europäischen Parlaments vom 13. Juni 2012 zum Thema Mehrjähriger Finanzrahmen und Eigenmittel (2012/2678(RSP))

der Bundesrepublik gibt es sehr arme Regionen, wie z.B. in Ostdeutschland, im Ruhrgebiet, in Nordbayern oder in der Region Lüneburg. Der Abbau von Armut, aber auch von Diskriminierung, von Ausgrenzung und Ungleichstellung kann nur dort erfolgreich sein, wo die Akteure, die Betroffenen und örtlichen Verwaltungen, Sozialpartner usw. direkt einbezogen sind. Unsere Vorstellung von künftiger Kohäsionspolitik ist mehr Freiheit in der Entscheidung vor Ort, der Einsatz regionaler Budgets, und mehr regionale Verantwortung.

4. Wir haben uns von Anfang an dafür eingesetzt, dass Regionalförderung nicht an makroökonomische Bedingungen gebunden werden darf. Dass die Regionalförderung abhängig gemacht werden soll von bestimmten Reformen und vor allem vom Einhalten der europäischen Verschuldungskriterien durch die Mitgliedsstaaten, bricht mit der bisherigen Logik der europäischen Fördermittelpolitik. Die Regionalförderung wird damit in Geiselnhaft genommen. Krisenländer, die die regionale Förderung am nötigsten haben, können damit in der EU-Mittelvergabe beschnitten werden. Regionen werden faktisch bestraft. Das ganze Paket von stringenten Vorbedingungen (ex ante Konditionalitäten) und zusätzlichen makroökonomischen Bedingungen (makroökonomische Konditionalitäten) dient dazu, Kosten zu sparen und Druck auf die Innenpolitik der Staaten auszuüben. Eine solche Politik lehnen wir ab, denn Fördermittelpolitik darf kein Mittel der Erpressung sein.
5. Die Struktur- und Regionalförderung muss grundlegend entbürokratisiert werden. Sicherlich bedarf es wirksamer Mechanismen, um Missbrauch vorzubeugen und Fehler zu reduzieren, aber ob dem mit einer bürokratischen Aufrüstung beigegeben werden kann, halten wir für fragwürdig. Auch die neue Förderperiode ist mit weiteren Hürden versehen, die letztlich immer politisch wirken, wie die leistungsgebundene Reserve, die den Haushalt in den Regionen und Mitgliedsstaaten verunsichern und als Druckmittel wirksam werden würde. Die neue thematischen Konzentration, neue zusätzliche Rechnungslegungen und Verwaltungsansprüche, die kleine Träger kaum bewältigen können, sind letztlich Ausschlussmethoden. Wir haben uns in allen Verhandlungen gegen solche Verfahren und Praktiken ausgesprochen. Weniger Bürokratie bedeutet letztlich schneller, einfacher und nachvollziehbar EU-Mittel nutzen zu können. Das bedeutet auch, dass zum Beispiel marginalisierte Gemeinschaften, kleinere Projekte daran besser teilhaben können. Zugleich fordern wir mehr Flexibilität zwischen den Fonds. Fonds müssen kompatibel sein, die Verwaltungsvorgänge transparent und verständlich und die Wege bis zur Bewilligung zeitlich verträglich. Alle nicht mit der Fördermittelpolitik direkt zusammenhängenden Restriktionen sind abzuschaffen.
6. Kohäsionspolitik muss dem Antidiskriminierungsgrundsatz verpflichtet sein und sich in allen Fonds als Bedingung widerspiegeln. Es geht um Gender Budgeting in allen Fonds, um erleichterte Fördermittelbewilligung für besonders benachteiligte

Gemeinschaften, wie Roma oder Migranten. Soziale Inklusion muss Querschnittsaufgabe sein. Das heißt auch, dass Leben mit Behinderung oder Beeinträchtigungen überall berücksichtigt wird.

7. Kohäsionspolitik muss nachhaltige Politik gegenüber unserer Umwelt in Wirtschaft und Gesellschaft sein. Deshalb dürfen diese Mittel nicht für solche Vorhaben zur Verfügung stehen, die diesem Grundsatz nicht verpflichtet sind. Die Agrarförderung muss zwingend ökologischen Erfordernissen standhalten können, die Energiepolitik erneuerbare Energien fördern. Nicht auch, sondern grundsätzlich.

Darüber hinaus müssen wir uns im bundesdeutschen Kontext Gedanken machen, worauf wir als Linke bei der künftigen EU-Förderung Wert legen. Es bedarf einer ehrlichen Evaluation und Prüfung dessen, wozu wir künftig EU-Mittel nutzen wollen und können. Der Beitritt sehr armer Mitgliedsstaaten hat den Fokus auf diese Länder hinsichtlich der Förderung verstärkt. Wir unterstützen diesen Weg, auch wenn das für uns bedeutet, künftig weniger Mittel zur Verfügung zu haben. Hinzu kommt das Auslaufen des Solidarpaktes II für die ostdeutschen Länder.

Wir müssen unsere regionalen Potentiale stärken, das heißt auch, die dezentralen Strukturen für die Energiewende und Wertschöpfung, für soziale und Bildungsprojekte weiterentwickeln, öffentliche Beschäftigung und regionale Wirtschaftskreisläufe schaffen, die großen Chancen grenzüberschreitender Kooperation ausloten und nutzen.

Ich freue mich, Ihnen diese Broschüre vorlegen zu dürfen, damit Sie sich als interessierter Leser und interessierte Leserin diesem so wichtigen Thema nähern können. Die Debatte um die europäischen Fördermittel wird angesichts der Finanz- und Wirtschaftskrise noch weiter an Fahrt aufnehmen. Umso mehr wünsche ich Ihnen eine aufschlussreiche und anregende Lektüre.



Ihre
Cornelia Ernst
Mitglied des Europäischen Parlaments
Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Regionale Entwicklung

Eckpunkte und Umsetzung der künftigen Kohäsionspolitik in Brandenburg ab 2014

Ralf Christoffers, Minister für Wirtschaft und Europaangelegenheiten im Land Brandenburg

Mit der Förderung durch die EU wurden und werden wesentliche Voraussetzungen für die weitere Entwicklung auch in Brandenburg geschaffen. Deshalb gehörte die Vorbereitung der neuen Strukturfondförderperiode zu den vordringlichsten Aufgaben der letzten Monate.

Dass Brandenburg auf Grund der wirtschaftlichen Entwicklungen der letzten Jahre nicht mehr als Höchstfördergebiet gilt, sollte man nicht beklagen, denn letztlich ist die weitere wirtschaftliche Entwicklung Brandenburgs auch ein politisches Ziel der PDS/LINKEN in den vergangenen Jahren gewesen.

Uns ging es in Vorbereitung der neuen Förderperiode darum, in Regierungsverantwortung Schwerpunkte für einen effektiven, zielgerichteten Mitteleinsatz zu setzen und Bedingungen für eine positive wirtschaftliche und soziale Entwicklung Brandenburgs zu schaffen.

Voraussetzung dafür war die Neu- bzw. Überarbeitung der verschiedensten Strategien des Landes. Mit dieser Arbeit haben wir bereits 2010 begonnen.

So haben wir in den letzten Jahren u.a. die wirtschaftspolitische Strategie des Landes umgebaut. Wesentliches Ziel war es, Investitionsförderung im Bereich der kleinen und mittleren Unternehmen zu sichern, Forschung, Innovation und Technologie stärker zu fördern und branchenspezifische Aktionsfelder und Instrumente zu entwickeln. Und nicht zuletzt haben wir mit der Einführung von Förderkriterien wie nachhaltige Entwicklung, Tarifbindung und Leiharbeitsquote weitere soziale Kriterien in die Vergabe von Fördermitteln einbezogen.

Wesentlicher Bestandteil der wirtschaftspolitischen Strategie ist die gemeinsam mit dem rot-roten Senat in Berlin erarbeitete Innovationsstrategie Berlin-Brandenburg. Hier haben wir u.a. mit der Definition gemeinsamer Cluster die Voraussetzungen dafür geschaffen, den Einsatz von Förderung zu konzentrieren und zu effektiveren. Neben den gemeinsam mit Berlin festgelegten Clustern haben wir noch brandenburgspezifische Cluster definiert, auf die sich eine zukünftige Förderung konzentrieren muss.

Ebenfalls vorgelegt haben wir einen Aktionsplan „pro Industrie“, welcher vor allem auf

den Erhalt und den Ausbau der industriellen Substanz im Lande Brandenburg setzt.

Und nicht zuletzt haben wir mit der Energiestrategie 2030 ein Dokument vorgelegt, welches erstmals in Brandenburg den Vorrang des Ausbaus der erneuerbaren Energien festschreibt. Auch hier haben wir mit der Schwerpunktsetzung auf Technologieentwicklung, insbesondere im Hinblick auf Speichertechnologien, frühzeitig auf absehbare Entwicklungen im Bereich der EU-Förderung reagiert.

Mit Blick auf den Einsatz und die Verfügbarkeit europäischer Förderung waren für uns folgende Kriterien wichtig:

1. Flexibilität des Mitteleinsatzes im ganzen Land Brandenburg sichern;
2. Verhinderung eines abrupten Abfalls der Förderintensität;
3. Höchstsätze bei der Kofinanzierung, die möglichst weitgehend am Ziel Konvergenz orientiert sind;
4. verordnungsrechtliche Rahmenbedingungen, die interregionale und transnationale Zusammenarbeit begünstigen;

Gerade letzteres ist für Brandenburg von besonderer Bedeutung, weil wir als einziges Bundesland die Zusammenarbeit mit Polen als Verfassungsauftrag festgeschrieben haben.

Mit diesen Zielstellungen und mit Blick auf die erarbeiteten Strategien sind wir in die Verhandlungen um die Ausrichtung der neuen Förderperiode gegangen.

Und wir waren dabei auch erfolgreich.

So soll Brandenburg für die kommende Förderperiode in beiden Förderregionen für den Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) und den Europäischen Sozialfonds (ESF) nicht nur den derzeitigen Kofinanzierungshöchstsatz von 75% behalten, sondern sogar von einem Kofinanzierungshöchstsatz von 80% profitieren.

Wichtig für uns, insbesondere mit Blick auf die Kofinanzierung von EU-Mitteln durch die öffentliche Hand und kleinere Akteure ist auch, dass im Ergebnis der Verhandlungen die national nicht-erstattungsfähige Mehrwertsteuer für die Strukturfonds auch künftig förderfähig bleibt bzw. für den Bereich des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des Ländlichen Raums (ELER) wieder förderfähig werden soll.

Günstig für das Land Brandenburg sind ebenso die Verhandlungen zum finanziellen Sicherheitsnetz für Ex-Konvergenzregionen wie Brandenburg Nordost verlaufen. Hier konnte ein Sicherheitsnetz in Höhe von 60% vereinbart werden.

Schließlich ist es für Brandenburg von größter Bedeutung, dass in der kommenden Förderperiode die Fördermittel wieder flexibel im ganzen Land eingesetzt werden können und nicht mehr streng nach Brandenburg Nordost und Brandenburg Südwest ge-

trennt werden müssen. Das heißt, dass das Land Brandenburg beim Einsatz der Mittel voraussichtlich so handeln kann, als bestünde es nur aus einer einzigen Förderregion. Trotz allem muss, über alle drei EU-Fonds betrachtet, davon ausgegangen werden, dass in der kommenden Förderperiode nur noch etwa die Hälfte der aktuellen Fördermittelausstattung in Brandenburg zur Verfügung stehen wird.

Es ist also die Aufgabe, die Mittel so effektiv wie möglich einzusetzen und Schwerpunkte für den Einsatz der Mittel zu benennen. Deshalb erfolgte eine ministeriumsübergreifende Verständigung auf die Schwerpunkte des Mitteleinsatzes in der kommenden Förderperiode.

Der erste Schwerpunkt sind Fragen der Innovationsförderung

Dabei soll es vor allem darum gehen, eine enge Verbindung von der Forschung bis hin zur Innovation auf dem Gebiet neuer Produkte und Dienstleistungen zu schaffen. Nutzbar dafür ist das Instrument der gemeinsamen Innovationstrategie Berlin-Brandenburg und der spezifischen Brandenburger Cluster, die in den vergangenen Jahren geschaffen worden sind. Ein wesentliches Gebiet wird die Unterstützung von Innovationen insbesondere in den kleinen und mittelständischen Betrieben und im Handwerk sein. Initiiert werden sollen Investitionen in die wirtschaftsnahe FuE-Infrastruktur und die anwendungsorientierte Forschung. Das betrifft die Industrie genauso wie Entwicklungen in der Land- und Forstwirtschaft und in der Umweltforschung.

Einen zweiten Schwerpunkt haben wir auf das Gebiet Bildung und Fachkräftesicherung gesetzt.

Auf dem Gebiet der Bildung geht es bei der Priorität „Gute Bildung von Anfang an und Chancengleichheit für alle“ um solche Fragen wie „Schule für alle“, Maßnahmen zur Vermeidung von Schulabbrüchen, Bildung für Nachhaltige Entwicklung, Weiterentwicklung der Lehrerbildung und Bildungsangebote für pädagogische Fachkräfte in der Aus-, Fort- und Weiterbildung. Der Punkt erfasst auch Bildungsmaßnahmen an Hochschulen und Investitionen in die Bildungsinfrastruktur.

Im Bereich der Fachkräftesicherung soll eine Konzentration auf die Verbesserung von Kompetenzen und Fähigkeiten erfolgen, um so auch Entwicklungsmöglichkeiten für den Einzelnen zu verbessern.

Dazu gehören ein modernes Ausbildungssystem, welches Fort-, Aus- und Weiterbildung verbindet, die Verknüpfung von Maßnahmen zur Fachkräftesicherung mit wirtschafts-politischen Strategien und der Erhalt eines hohen Qualifikationsniveaus auch in land-wirtschaftlichen Branchen.

Zur Erhöhung der Attraktivität Brandenburgs sollen u.a. Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf, der Verbesserung der Kinderbetreuung und der Mobilität beitragen.

Der dritte Komplex: effiziente Ressourcennutzung und Ausbau erneuerbarer Energien

Förderschwerpunkte in diesem Bereich sind Aktivitäten zur Verbesserung der Ressourceneffizienz u. a. für eine schonende und effizientere Wasser- und Bodennutzung im Land, Maßnahmen zum Klimaschutz, zur Erhaltung der Bio-Diversität und zur Wertstoffrückgewinnung und Fragen der Energieeffizienz.

Der in der oben genannten Energiestrategie 2030 genannte Vorrang des Ausbaus der Erneuerbaren Energien findet sich als Förderschwerpunkt ebenso wieder, wie Investitionen in die Energieinfrastruktur, die energieeffiziente Sanierung der Infrastruktur und die Entwicklung intelligenter Energieverteilungssysteme. Besonderes Augenmerk werden wir auf die Entwicklung und den Einsatz geeigneter Speichersysteme legen.

Bei Fragen der Energieeffizienz geht es auch um integrierte Maßnahmen zur nachhaltigen Stadtentwicklung. Und nicht zuletzt wollen wir, angesichts der sich vollziehenden technologischen Entwicklungen auch einen Förderschwerpunkt auf die Aus- und Fortbildung von Fachpersonal legen.

Die aufgezählten Förderschwerpunkte sind Beschluss der Landesregierung Brandenburg. Damit konnten insgesamt die im Koalitionsvertrag festgeschriebenen Ziele der Landesentwicklung untersetzt werden. Der Beschlussfassung sind intensive Diskussionen mit Brüssel, mit anderen Regionen in Deutschland und der EU, hier vor allen Dingen mit polnischen Regionen, vorausgegangen.

Insgesamt scheint es uns gelungen zu sein, die Voraussetzungen zu schaffen, um nach endgültiger Beschlussfassung der Mittelverteilung durch die EU entsprechende Entwicklungen einzuleiten.

Die Bedeutung Europäischer Fördermittel für Sachsen ab 2014

Verena Meiwald, MdL in Sachsen; Tilo Hellmann, Wissenschaftlicher Mitarbeiter

Ausgangslage und Entwicklung der Förderung

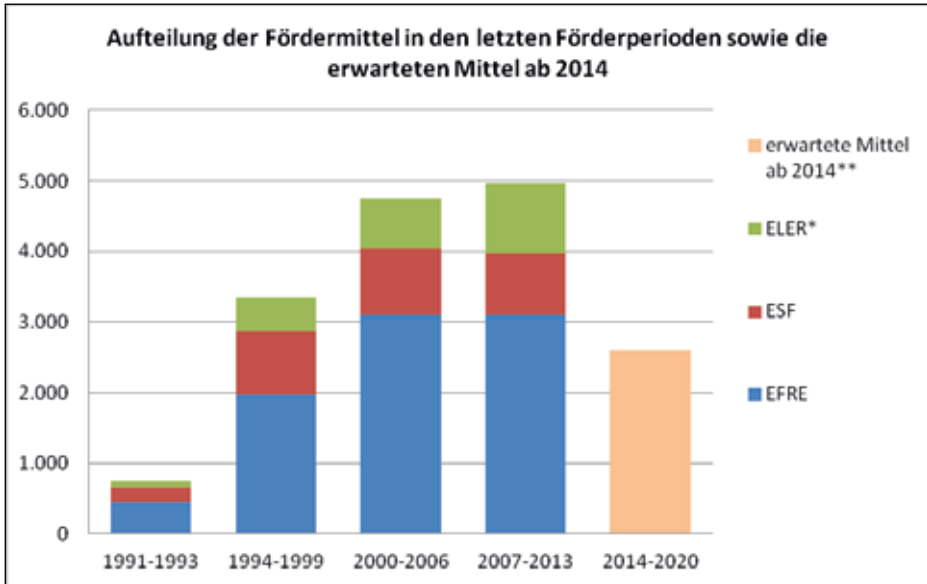
„Die Ausgangslage im Freistaat Sachsen nach der Wiedervereinigung war gekennzeichnet durch den jähen Zusammenbruch des DDR-Wirtschaftssystems. In dieser Phase allgemeiner Verunsicherung wurde bereits die Grundlage für die demographischen Probleme der Zukunft gelegt. Die Geburtenrate brach deutlich ein und die bald einsetzende Abwanderung vor allem junger Menschen schlägt sich neben dem Verlust der Fachkräfte heute in geringen Geburtenzahlen nieder.“¹² Wir haben seit der deutschen Wiedervereinigung eine Entwicklung durchlaufen, die ohne die Unterstützung der Europäischen Union so nicht denkbar gewesen wäre, welche allerdings auch noch nicht abgeschlossen ist. Nach wie vor gibt es in Sachsen wie in ganz Ostdeutschland Landstriche, in denen die Zeit stehengeblieben zu sein scheint, die von der rasanten Entwicklung vor allem der Metropolen Dresden und Leipzig gänzlich entkoppelt sind. Diese, vor allem ländlichen Bereiche, gilt es nach wie vor zu fördern, um die anhaltende Abwanderung zu stoppen und jungen Menschen dort eine Perspektive zu bieten.

Sachsens Regionen haben seit 1991 zu den ärmsten und am meisten unterstützten Regionen der EU gehört. Seit 1991 flossen ca. 15 Mrd. Euro in Sachsens Wirtschaft, Wissenschaft, Technologieentwicklung, Beschäftigungspolitik und in die Landwirtschaft. Wesentliche Infrastruktur einschließlich neuer Arbeitsplätze wurde damit entwickelt.

Mit dem Beitritt ärmerer Staaten zur EU seit 2004 und durch die Wirtschafts- und Finanzkrise sind auch die Unterschiede zwischen Arm und Reich innerhalb der EU drastisch angewachsen. Rumänien und Bulgarien haben ein Bruttoinlandsprodukt (BIP) von ca. einem Drittel des durchschnittlichen EU-BIP. Sinn und Zweck der EU-Struktur- und Regionalpolitik ist der wirtschaftliche, soziale und territoriale Zusammenhalt und der Abbau der großen Unterschiede zwischen den insgesamt 271 Regionen. Sachsen hat damit seine relative Position innerhalb Europas verbessert. Sein Bruttoinlandspro-

¹² siehe Sächsische Anregungen zur Ausgestaltung der Kohäsionspolitik ab 2014, Sächsisches Staatsministerium der Justiz und für Europa, S. 1

dukt liegt deutlich über 75% des EU-Durchschnitts, was zur Folge haben wird, dass Sachsen in der neuen Fördermittelperiode nach 2013 wie sämtliche ostdeutschen Regionen aus der EU-Höchstförderung herausfällt. Die Region Leipzig verlor die Höchstförderung bereits 2007 (phasing out).



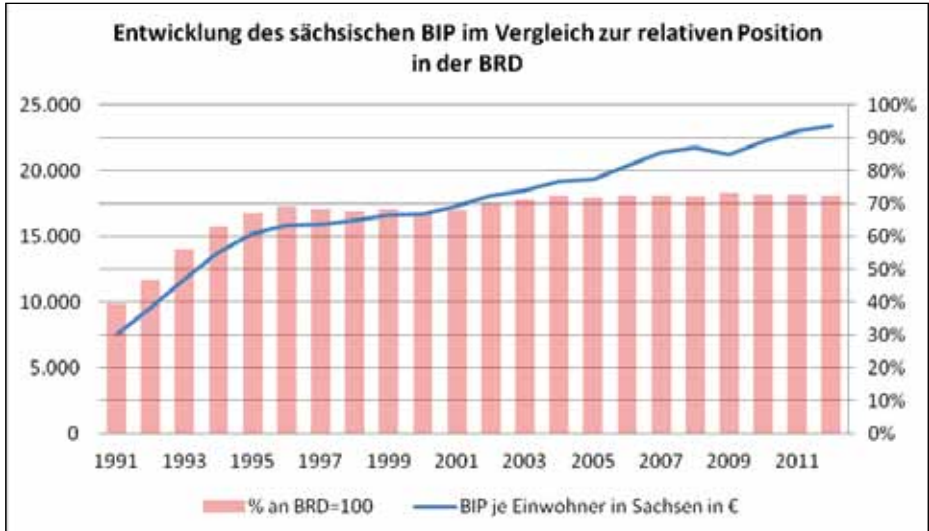
* bis 2006 EAGFL-A¹³, **nach Ratsentwurf des MFR

Aufteilung der Fördermittel: In der gegenwärtigen Förderperiode sind das rund 5 Mrd. Euro (EFRE: 3,1 Mrd. Euro / ESF: 872 Mio. Euro / ELER: 991 Mio. Euro / Grenzüberschreitende Programme: 213 Mio. Euro)

Das sächsische Förderprofil, welches alle zwei Jahre begleitend zum Doppelhaushalt die Grundlage für die Weiterentwicklung von Förderstruktur und -politik bildet, weist nach Förderbereichen genau die Aufteilung der Einnahmen in Landes-, Bundes- und Europagelder aus. In den Jahren 2011 und 2012 machten die EU-Mittel in allen För-

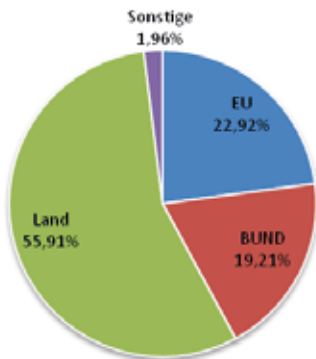
¹³ vgl. Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft Arbeit und Verkehr, Strukturfonds Aktuell, Ausgabe 2, Juli 2011, S. 6f

derbereichen im Freistaat Sachsen 23 bzw. 22 % aus – im ländlichen Raum über 60%, im Technologie – und Forschungsbereich 73 bzw. 72% und im Förderbereich 14, der arbeitsmarktpolitischen Förderung, waren es sogar rund 78%. Es steht also außer Frage, welche Auswirkung ein kompletter Wegfall dieser Gelder für Sachsen hätte.

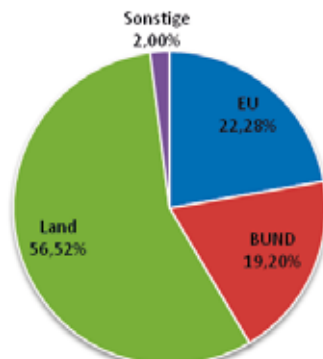


Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland (WZ 2008) Reihe 1, Band 1, http://www.vgrdl.de/Arbeitskreis_VGR/ROBO.asp?R1B1

Finanzierungsquellen 2011



Finanzierungsquellen 2012



Die aktuelle Diskussion über die Förderperiode ab 2014

Da gegenwärtig die neuen Konditionen für die weitere Struktur- und Regionalpolitik nach 2013 auf europäischer Ebene verhandelt werden, sind alle Regionen gefordert, sich jetzt in diesen Prozess einzubringen.¹⁴ In der Mittelfristigen Finanzplanung geht auch die Sächsische Staatsregierung davon aus, dass die Förderung durch die Europäische Union auch ab 2014 auf einem hohen Niveau fortgeführt werden muss.¹⁵ Es gibt also in Sachsen nach wie vor einen Entwicklungs- und Festigungsbedarf. Der aktuelle Entwurf des mehrjährigen Finanzrahmens der EU erlaubt die Prognose, dass der Freistaat nach aktuellem Stand deutlich über 60% der Gelder der letzten Förderperiode plus einen Zuschlag für Leipzig in Höhe von 200 Millionen Euro erhalten wird.¹⁶

Zu den wichtigsten Herausforderungen für die Zukunft Sachsens zählen:¹⁷

- die weitere Steigerung von Forschung und Entwicklung
- weitere Senkung der Arbeitslosenquote (derzeit rund 10%) und somit Annäherung an den Durchschnitt West (6,2%)
- Senkung der überdurchschnittlich hohen Schulabbrecherquote (9,7%) – Platz 14 im Ländervergleich
- Schaffung einer selbsttragenden Wirtschaftsstruktur

Viele, für den Freistaat Sachsen und seine Einwohner wichtige, Projekte werden mit Mitteln der Europäischen Union gefördert. So ermöglicht das Programm zur Förderung von Innovationsassistenten kleinen und mittleren Unternehmen ohne Innovationsabteilung die Beschäftigung junger und kreativer Hochschulabsolventen, die an der Entwicklung neuartiger und innovativer Produkte mitwirken. Auch Gründerinitiativen, die Start-ups beim Sprung in die Wirtschaft unterstützen und somit nachhaltig zur Stärkung der sächsischen Wirtschaft beitragen, werden mit Mitteln des Europäischen Sozialfonds finanziert. Aus ihm speist sich auch das äußerst erfolgreiche ESF-Mikrodarlehensprogramm, das Gründern zinsgünstige Darlehen zur Verfügung stellt. Neben der Wirtschaft profitiert vor allem die soziale Infrastruktur von Europäischem Geld.

14 vgl. Entwurf der Europapolitischen Leitlinien DIE LINKE.Sachsen

15 siehe Mittelfristige Finanzplanung des Freistaates Sachsen 2011 – 2015 Drs. 5/7833, S. 28

16 vgl. Pressemitteilung des Sächsischen Staatsministeriums für Justiz und Europa vom 08.02.2013

17 vgl. Sächsische Anregungen zur Ausgestaltung der Kohäsionspolitik ab 2014, Sächsisches Staatsministerium der Justiz und für Europa, S. 2f

Nichts ist so gut, dass es nicht noch besser gemacht werden könnte

Doch alles Lob für die Aufbauleistung der letzten 20 Jahre und die Unterstützung durch die Europäische Union täuscht nicht darüber hinweg, dass es in der Ausgestaltung der Europäischen Verordnungen und der sächsischen Richtlinien durchaus Verbesserungsbedarf gibt. So werden nach derzeitigem Stand bürokratische Hürden nicht abgebaut, sondern im Gegenteil von der Europäischen Union verschärft.

Gerade in Sachsen spürt man, dass die Messgröße des Bruttoinlandsprodukts nicht den tatsächlichen Förderbedarf einer Region abbilden kann und durch statistische Effekte, wie bei der Region Leipzig, verfälscht wird. So plädiert auch der Sächsische Städte- und Gemeindetag dafür, dass die Förderbedarfsermittlung um eine Demographiekomponente erweitert werden muss. „Aufgrund der derzeitigen demographischen Situation und der Prognosen für die Zukunft ist der Freistaat stärker auf die Unterstützung zur Anpassung auf die damit verbundenen Herausforderungen angewiesen“¹⁸ Auch die oft geforderte Steuerung der Mittelvergabe in den Kommunen vor Ort mit Hilfe von Regionalbudgets wurde bisher noch nicht in der avisierten Form umgesetzt.¹⁹ „Grundsätzlich sollen die Gebietskörperschaften ihre Stärken selbst definieren und auf die jeweiligen Bedürfnisse angepasste Strategien entwickeln können.“²⁰

Ein Problem bei der Neuausrichtung der EU-Förderung stellt sich gerade in Ostdeutschland dar. Wir haben es hier mit dem scheinbaren Widerspruch zwischen der Förderung sogenannter Leuchttürme, die als zentrale Orte ihre Verantwortung für die umliegenden Regionen wahrnehmen sollen, und den weiterhin auf Förderung angewiesenen ländlichen Regionen zu tun. Vor dem erwähnten Hintergrund der geringer werdenden Mittel dürfen hier nicht der urbane und ländliche Raum gegeneinander ausgespielt werden. Beides ist wichtig und Sachsen sollte sich auch hierfür stark machen!

18 siehe Sachsenlandkurier Mai/Juni 2010 Ausrichtung der Struktur- und Kohäsionspolitik ab dem Jahr 2013 – Kommunale Spitzenverbände positionieren sich, S. 122

19 vgl. bspw. Pressemitteilung des Deutschen Landkreistages vom 10.11.2010

20 siehe Sachsenlandkurier Mai/Juni 2010 Ausrichtung der Struktur- und Kohäsionspolitik ab dem Jahr 2013 – Kommunale Spitzenverbände positionieren sich, S. 123

Probleme bei rückläufigen Fördermitteln

Problematisch ist das Abschmelzen der Fördermittel im Hinblick auf den Rückzug des Freistaates Sachsen aus der Finanzierung vieler Projekte, beispielsweise im Bereich der beruflichen Integration jugendlicher Strafgefangener und die alleinige Finanzierung aus EU-Förderprogrammen. So muss Sachsen frühzeitig einlenken und sich darauf vorbereiten, dass zukünftig auch unter Beachtung der degressiven Zuweisungen aus dem Solidarpakt II diese Aufgaben wieder allein finanziert werden müssen. Auch die Kommunalen Spitzenverbände mahnten an, dass Europäisches Geld weder geeignet noch dazu gedacht ist, Versäumnisse anderer Politikbereiche damit abzufedern bzw. zu substituieren.²¹

Der Ausblick

Für den Freistaat Sachsen gilt es, auf das, was bisher geschaffen wurde, aufzubauen. Wir haben uns intensiv dafür eingesetzt, dass wir auch ab 2014 weiter durch die EU gefördert werden. Es wäre vermessen, auch weiterhin auf eine Höchstförderung zu bestehen, doch hätte ein abruptes Enden der Gelder fatale Folgen. So unterstützen wir den Vorschlag, ein Sicherheitsnetz für die Regionen, die aus der Höchstförderung fallen, einzurichten. Dieses muss in Sachsen auch für die Region Leipzig gelten. Sachsen muss seine Strukturen aber auch jetzt schon zukunftsfest machen. Mehr Geld werden wir in den nächsten Jahren definitiv nicht erhalten und es ist davon auszugehen, dass irgendwann für uns der Tag kommen wird, an dem auch der Freistaat nicht mehr von den Fördertöpfen in diesem Maße profitiert. Wir müssen uns überlegen, wie wir in Zukunft Gelder sinnvoll und vor allem gewinnbringend einsetzen und in der Perspektive gewachsene Strukturen und Projekte auch mit eigenem Landesgeld finanzieren können. In den nächsten Jahren steht als Hauptaufgabe die Intensivierung der Grenzüberschreitenden Zusammenarbeit mit der Republik Polen und der Tschechischen Republik. Diese Form der Kooperation hat auch für die Europäische Union Priorität. Sachsen kann in diesem Fall sinnvoll von der stärkeren Förderung der neuen EU-Mitglieder in Osteuropa profitieren und vor allem strukturschwache Teile des Landes, jenseits der großen Metropolen, angemessen fördern.

21 vgl. siehe Sachsenlandkurier Mai/Juni 2010 Ausrichtung der Struktur- und Kohäsionspolitik ab dem Jahr 2013 – Kommunale Spitzenverbände positionieren sich, S. 124

Grenzüberschreitende Zusammenarbeit am Beispiel Sachsen

*Anna Bernstorf, DGB Bezirk Sachsen
Abt. Europäische Regionalpolitik*

Im Vertrag von Lissabon hat sich die Union zur Stärkung des wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalts verpflichtet, um eine harmonische Entwicklung der EU als Ganzes zu fördern. Sie hat sich zum Ziel gesetzt, die Unterschiede im Entwicklungsstand und den Rückstand der am stärksten benachteiligten Regionen zu verringern. Besondere Aufmerksamkeit gilt dabei den Grenzregionen (vgl. Art. 174 AEUV).

Die Gewerkschaften in der EU und im Dreiländereck Sachsen-Nordböhmen-Niederschlesien unterstützen diesen Ansatz des Zusammenhalts und des Ausgleichs ausdrücklich.

Insbesondere in Grenzräumen, die aufgrund ihrer Randlage in besonderem Maße von strukturellen Nachteilen betroffen sind und in denen Unterschiede im Entwicklungsstand direkt aufeinander treffen, ist die Kohäsionspolitik von hoher Bedeutung.

Instrumente der Kohäsionspolitik im Grenzraum

Wesentliche Instrumente im Grenzraum Sachsen-Nordböhmen-Niederschlesien sind der Europäische Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), der Europäische Sozialfonds (ESF) und der Europäische Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER). In der Regel bleibt beim Einsatz dieser Fonds der benachbarte Raum jenseits der Grenze jedoch unbeachtet.

Für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit ist der EFRE mit dem Ziel der „Europäischen Territorialen Zusammenarbeit“ (ETZ) das wesentliche Instrument. Durch grenzüberschreitende Kooperation sollen die lagebedingten Nachteile abgebaut und eine ausgewogene Entwicklung des gemeinsamen Grenzraums gefördert werden.

In der laufenden Förderperiode 2007 - 2013 wird die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Dreiländereck Sachsen-Nordböhmen-Niederschlesien in drei grenzüberschreitenden Programmen gefördert: Freistaat Sachsen – Tschechische Republik, Freistaat Sachsen – Republik Polen, Republik Polen – Tschechische Republik. Ein trilaterales

Programm für das Dreiländereck, wie es unter anderem vom DGB Sachsen gefordert wurde, konnte leider nicht realisiert werden.

Im Oktober 2011 hat die EU-Kommission die Verordnungsvorschläge für die kommende Förderperiode 2014-2020 vorgelegt. Dass die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Rahmen der Europäischen Territorialen Zusammenarbeit weiter gefördert werden soll, ist ein positives und wichtiges Signal für die Grenzräume.

Da die Verhandlungen um den Mehrjährigen Finanzrahmen und die Verordnungstexte zwischen dem Europäischen Parlament, dem Rat und der EU-Kommission noch nicht abgeschlossen sind, kann über die Höhe der zukünftigen Förderung noch keine Aussage getroffen werden.

Ausgangssituation – auf dem Weg zum gemeinsamen Grenzraum

Die Entwicklung von Grenzräumen hin zu gemeinsamen Lebens-, Arbeits- und Wirtschaftsräumen ist ein langfristiger Prozess, der die Beteiligung möglichst vieler Akteure und der Bevölkerung voraussetzt.

Seit der Integration Polens und Tschechiens in die EU im Jahr 2004 konnten die Grenzen durch die Erweiterung des Schengenraums, die Herstellung der vollständigen Arbeitnehmerfreizügigkeit und eine Vielzahl grenzüberschreitender Projekte schrittweise abgebaut werden. Von einem echten gemeinsamen Grenzraum kann im Dreiländereck Sachsen-Nordböhmen-Niederschlesien aber noch nicht die Rede sein.

Nach wie vor endet das Denken der Bevölkerung und auch vieler politischer Akteure an den Grenzen. Dabei spielen Sprachbarrieren, Unterschiede in den Verwaltungsstrukturen und Zuständigkeiten von Akteuren sowie kulturelle Unterschiede eine Rolle.

Zur weiteren Integration und ausgewogenen Entwicklung des Grenzraums müssen die grenzüberschreitenden Aktivitäten weiter intensiviert und auf eine breitere Basis gestellt werden. Dies gilt sowohl für die Verwaltungen, Gebietskörperschaften und politischen Akteure als auch für Sozialpartner, Vereine und Verbände, Hochschulen, soziale Einrichtungen etc.

In der Vergangenheit sind zahlreiche Maßnahmen finanziell gefördert worden: der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur, von Städten und Gemeinden, von Kindergärten, Schulen,

Museen, Parkanlagen, Feuerwehren, touristischen Angeboten, des Hochwasserschutzes etc. Dabei lag der Schwerpunkt in der Regel auf Investitionen in Infrastruktur und Technik.

Vielversprechende „weiche“ Ansätze gibt es in den Bereichen Umwelt, Hochschulen, Bildung und Soziokultur. Grenzüberschreitende Projekte zur Entwicklung von Kooperationen in der Wirtschaft, zur Erhöhung von Forschung und Entwicklung, zur Integration der Arbeitsmärkte, zur Förderung der grenzüberschreitenden Aus- und Weiterbildung, zur Ressourceneffizienz von Unternehmen, zur sozialen Eingliederung, zur Bekämpfung von Diskriminierung etc. sind leider selten.

Dreiländereck 2020: strategische Neuausrichtung oder weiter wie bisher?

Eine wesentliche Änderung der Kohäsionspolitik ab 2014 ist die enge Verbindung mit der Strategie Europa 2020 für nachhaltiges, intelligentes und integratives Wachstum. Damit verbunden soll eine stärkere Ergebnisorientierung eingeführt werden.

Selbstverständlich ist es auch in Zukunft mit etwas sprachlichem Geschick möglich, alten Wein in neuen Schläuchen zu verkaufen. Angesichts der regionalen Problemlagen und zukünftigen Herausforderungen ist dies aber nicht angemessen.

In der Vorbereitung der Operationellen Programme für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit 2014 - 2020 sollten die bereits erzielten Ergebnisse und die noch bestehenden Defizite kritisch analysiert werden. Gleichzeitig müssen die Ansätze der Strategie Europa 2020 auf das konkrete grenzüberschreitende Fördergebiet heruntergebrochen werden, um Handlungsansätze für die Zukunftsfähigkeit des Dreiländerecks zu entwickeln.

Problemfelder und Ansatzpunkte für das Dreiländereck 2020 sind beispielsweise:

- Demographische Entwicklung (Bevölkerungsrückgang, Alterung der Gesellschaft),
- Fachkräfteentwicklung (Beschäftigungsquoten, Qualifikation, Mobilität),
- Wirtschaftsentwicklung (Forschung und Entwicklung, Innovationen, Gute Arbeit),
- Erhöhung und Anpassung der Qualifikationen der Beschäftigten (Aus- und Weiterbildung),
- Energie (Ressourceneffizienz, Klimaschutz, Green Jobs),
- Armutsbekämpfung und Integration sozial benachteiligter Gruppen (Arbeitslosigkeit).

Diese Handlungsfelder sollten in einer grenzüberschreitenden Strategie integriert werden, die als Grundlage für die grenzüberschreitenden Förderprogramme dient. Wichtig ist, dass das Dreiländereck insgesamt als Lebens-, Arbeits- und Wirtschaftsraum profittiert und nicht lediglich ein Teilraum auf Kosten eines anderen Teilraums.

Zur Abstimmung der Strategien und Maßnahmen muss das Partnerschaftsprinzip weiter ausgebaut werden. Es sollte eine transparente und ergebnisoffene Diskussion der unterschiedlichen Partner auf gleicher Augenhöhe erfolgen.

Kooperation verbreitern, Förderung vereinfachen, Mittel effektiv einsetzen

Die grenzüberschreitenden Programme müssen auf eine breitere Basis gestellt werden. Ein Großteil der Ziele kann nur umgesetzt werden, wenn neben Kommunen in Zukunft auch Unternehmen, Sozialpartnerorganisationen, Vereine, Umweltverbände, Hochschulen, regionale Netzwerke, soziale Unternehmen etc. als Projektträger gewonnen werden.

Dafür müssen die Förderbedingungen von der Antragstellung über die Projektverwaltung bis zur Abrechnung vereinfacht werden. Beispiele sind die Anwendung von Pauschalen, Vorauszahlungen, kürzere Bearbeitungszeiten etc.

Die Informations- und Beratungsmöglichkeiten für potentielle Antragsteller müssen verbessert werden. Antragsteller müssen aktiv unterstützt und nicht beaufsichtigt werden. Es ist eine neue Dienstleistungskultur einzuführen.

Die Festlegung der Fördergebiete muss nach transparenten Kriterien erfolgen und sich an funktionalen Räumen orientieren. Sie sollten Hochschulstandorte wie Chemnitz und Dresden umfassen und gewachsene Wirtschaftsräume und Arbeitsmärkte wie die Region Südwestsachsen in Gänze aufnehmen.

Im Dreiländereck müssen Möglichkeiten zur Finanzierung trilateraler Projekte verbindlich festgelegt werden. Ansonsten können trilateral agierende Netzwerke die bilateralen Programme nicht nutzen.

Der Kleinprojektfonds sollte in den Euroregionen weitergeführt werden, um mit kleineren Projekten möglichst viele Menschen vor Ort zu erreichen.

Um die vergleichsweise geringen Mittel im Rahmen des ETZ effektiv einzusetzen, muss eine Konzentration auf den grenzüberschreitenden Effekt der Maßnahmen, die Nachrangigkeit gegenüber dem EFRE und ESF sowie das Zusätzlichkeitsprinzip sichergestellt werden. Dies gilt insbesondere für investive Maßnahmen.

Die im Operationellen Programm festgelegten Ziele dürfen nicht dem Wunsch nach schneller Mittelbindung geopfert werden. Bei einem verspäteten Programmstart wächst die Gefahr, dass die Mittelbindung wichtiger wird als die Qualität der beantragten Projekte.

Jede Maßnahme sollte transparent geprüft werden, ob sie zu den Querschnittszielen beiträgt. Neben den Zielen zur Chancengleichheit/Nichtdiskriminierung und dem Umweltschutz, sollte der soziale Fortschritt/soziale Innovation aufgenommen werden. Weiter sollte die Förderung von prekärer Beschäftigung ausgeschlossen werden.

Inkubator-Technologie-Zentrum Wroclaw, Polen



Die Struktur- und Regionalfonds in der Förderperiode ab 2014 in Mecklenburg-Vorpommern

Helmut Holter, Vorsitzender der Linksfraktion im Landtag Mecklenburg-Vorpommern

Die Europäische Strukturpolitik hat erhebliche Bedeutung für Mecklenburg-Vorpommern. In den vergangenen Jahren waren besonders die Strukturfonds ESF und EFRE sowie der ELER die wichtigsten Förderinstrumente. Mecklenburg-Vorpommern erhielt in der Förderperiode 2007 bis 2013 im Rahmen des Ziels „Konvergenz“ insgesamt 1,669 Mrd. Euro an Strukturfondsmitteln (1,252 Mrd. Euro aus dem EFRE, 417 Mio. Euro aus dem ESF). Im Rahmen der Förderung des ländlichen Raums erhielt das Land durch den ELER weitere 975 Mio. Euro. Somit standen Mecklenburg-Vorpommern in der laufenden Förderperiode insgesamt 2,645 Mrd. Euro zur Verfügung.

Der Einsatz der Strukturfondsmittel sowie der Mittel zur Förderung des ländlichen Raums in Mecklenburg-Vorpommern hat in den letzten 20 Jahren zur Erhöhung der Wirtschaftskraft und Wettbewerbsfähigkeit des Landes beigetragen. So wurden Verbesserungen der Innovationskapazitäten, eine Stärkung der unternehmerischen Wettbewerbsfähigkeit, die Qualifizierung und Weiterbildung von Arbeitskräften sowie ein Neu- und Ausbau öffentlicher Infrastrukturen erreicht. Mecklenburg-Vorpommern ist in der Förderperiode 2000 bis 2006 neue Wege gegangen. So wurde beispielsweise aus dem ESF die Existenzgründerinitiative „Einfach anfangen“ u.a. kombiniert mit einem Mikrodarlehensprogramm, die Landesinitiative Jugend- und Schulsozialarbeit, der Einstieg in einen öffentlichen Beschäftigungssektor, Regional- und Strukturentwicklung, ökologische Maßnahmen, Projekte gegen Rechtsextremismus und die technische Hilfe für die Sozialpartner finanziert. Das Mikrodarlehensprogramm wurde durch die Europäische Kommission als „best practice“ weiterempfohlen. Auch in der Wirtschaftsförderung Mecklenburg-Vorpommerns wurden danach bisherige Zuschüsse zunehmend als Darlehen ausgereicht. Mit der Ausweisung von Großgewerbegebieten mit mindestens 100 Hektar Fläche und einer begleitenden Standortoffensive wurden und werden Investoren zielgerichtet angesprochen, sich in Mecklenburg-Vorpommern zu engagieren. Bewährt haben sich auch gemeinsame Projekte mit der Republik Polen und den anderen Ostseeanrainern.

Die Förderung gründete auf der Tatsache, dass Mecklenburg-Vorpommern eine sogenannte Ziel-1-Region und sie damit an ein Bruttoinlandsprodukt (BIP) von unter 75% des EU-Durchschnitts gekoppelt war. Da die ostdeutschen Länder heute zwischen 82 und 86% des EU-Durchschnitts liegen, würden sie aus der bisherigen Förderung herausfallen. Aus diesem Grund begrüßen wir selbstverständlich die Einführung von Über-

gangsregionen und Schaffung eines Sicherheitsnetzes. In einem Schreiben vom Februar dieses Jahres schlussfolgerte der Europäische Rat unter anderem auf verschiedene Sicherheitsnetze. So soll die Mindesthöhe der Beihilfemittel im Zeitraum 2014 bis 2020 im Rahmen des Ziels „Investitionen in Wachstum und Beschäftigung“ jährlich 60% ihrer vorherigen durchschnittlichen Mittelzuweisung im Rahmen des Ziels „Konvergenz“ entsprechen. Weiterhin soll die Mindestgesamtzweisung an einen Mitgliedsstaat (aus dem Kohäsionsfonds und den Strukturfonds) 55% seiner bisherigen Zuweisung entsprechen. Die zur Einhaltung dieser Anforderung erforderlichen Berichtigungen werden proportional bei den Mittelzuweisungen aus dem Kohäsionsfonds und aus den Strukturfonds vorgenommen, ausgenommen die Zuweisungen im Rahmen des Ziels „Europäische territoriale Zusammenarbeit“. Letztlich soll keine Übergangsregion weniger erhalten als sie als stärker entwickelte Region erhielte. Zur Bestimmung der Höhe dieser Mindestzuweisung wird die Zuweisungsmethode für stärker entwickelte Regionen auf alle Regionen angewandt, in denen das BIP mindestens 75% des EU-27-Durchschnitts beträgt. Mecklenburg-Vorpommern erhält nach letztem Stand für die neue Förderperiode rund 2,5 Mrd. Euro. Offen ist, inwieweit Nachverhandlungen von Bundeskanzlerin Angela Merkel bereits darin eingeflossen sind.

Die beschriebenen Sicherheitsnetze halten wir für sinnvoll. Es ist durch nichts zu rechtfertigen, dass ein Land, dessen BIP 75% des EU-Durchschnitts marginal überschreitet, aus allen Fördertöpfen herausfällt. Das ist nicht verhältnismäßig. Schon aus diesem Grund ist ein abfederndes Fördersystem erforderlich. Der wesentliche Punkt ist aber die Gefährdung des Kohäsionsziels, da die Fortschritte der letzten Jahre wahrscheinlich zunichte gemacht würden. Aufgrund der erheblichen Bedeutung von Strukturfördermitteln für die Unternehmen in Mecklenburg-Vorpommern wäre ein abrupter Wegfall dieser Mittel kaum zu kompensieren. Überdies greifen zunehmend die Schuldenbremsen von Bund und Land, Mecklenburg-Vorpommern wird nur noch sehr restriktiv Mittel bereitstellen können, um helfend einzugreifen.

Aufgrund der nach wie vor vorhandenen strukturellen Schwäche Mecklenburg-Vorpommerns werden sich Kürzungen der Förderung negativ auf die Sicherung und den weiteren Ausbau der wirtschafts- und Infrastruktur auswirken. Zugleich sinken die Bundesmittel wegen der sinkenden Einwohnerzahl im Land. Die Situation ist geprägt von hoher Arbeitslosigkeit und Langzeitarbeitslosigkeit, vielen Schul- und Ausbildungsabrechern, den im Bundesvergleich niedrigsten Löhnen sowie weiteren Faktoren, die negativ zu Buche schlagen.

Verschärft werden die fiskalischen Wirkungen der Mittelkürzungen durch den Liberalisierungskurs der EU mit Bestätigung und Umsetzung der Lissabon-Strategie im Jahr 2000 und darauf folgend der Europa 2020-Strategie. Die notwendige Angleichung der

Lebensverhältnisse in der EU sind einer bedingungslosen Liberalisierung geopfert worden. Die Folge waren u.a. die verheerenden Finanz- und Wirtschaftskrisen beginnend mit dem Jahr 2008, die Bürgerinnen und Bürger belasten und die Volkswirtschaften der Mitgliedsstaaten und inzwischen nicht nur die Euro-Zone, sondern auch die EU als Ganzes bedrohen. Verschärft werden die Auswirkungen auf die Bundesrepublik Deutschland, auf Ostdeutschland und Mecklenburg-Vorpommern aber auch durch eine falsche Binnenpolitik, insbesondere durch eine falsche Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik. Mecklenburg-Vorpommern muss sich den Problemen und Fehlentwicklungen stellen. Dabei setzen wir auf eine Strategie, die für die sozial-ökologische Innovation mit regionaler Strukturentwicklung die lokalen Akteure einbezieht. Grundsätzlich muss es möglich werden, dass wesentliche Entscheidungen dezentral getroffen werden. Vor Ort wissen die Menschen am besten, wo welche Mittel sinnvoll eingesetzt sind. Auch ist in den Regionen der nötige Sachverstand zur Bewilligung von speziellen Fördermitteln stärker vorhanden als in den fernen EU-Behörden, die den großen Arbeitsanfall ohnehin nur schleppend bewältigen können. Die Entscheidungen auf EU-Ebene erfolgen nach groben Kriterien wie beispielsweise makroökonomische Konditionalitäten. Das lehnen wir ab, weil die Gefahr besteht, dass ganze Regionen abgehängt werden. Dies betrifft zwar Mecklenburg-Vorpommern nicht, ist aber nicht zielführend, weil es eher zur Versagung von Fördermitteln als zu ihrem gezielten Einsatz führt und damit den Kohäsionsgedanken konterkariert. Wir plädieren für eine größere Entscheidungsfreiheit der Regionen bei der Mittelvergabe. Darüber hinaus ist auch das Land selbst in der Pflicht. Mecklenburg-Vorpommern braucht ein Landesentwicklungskonzept, ein Leitbild über das Jahr 2020 hinaus.

LABE-ELBE-Projekt zur Prävention von Flutschäden Dresden 2011



EU-Kürzungshaushalt – die Rolle der deutschen Bundesregierung bei Europas Austeritätspolitik

Diether Dehm, MdB, europapolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion DIE LINKE.

Im Februar 2013 erzielten die 27 EU-Mitgliedstaaten eine vorläufige Einigung über das Budget der EU für die kommenden sieben Jahre. Des Weiteren einigten sie sich darüber, für welche politischen Schwerpunkte und zu welchen Bedingungen Budgetmittel in den Mitgliedstaaten eingesetzt werden sollen. Im Ergebnis stand kurz gefasst folgendes fest:

Die Gesamthöhe des EU-Budgets sieht für die Jahre von 2014 bis 2020 Mittel in Höhe von ca. 960 Milliarden Euro für einzugehende Finanzierungsverpflichtungen vor. Dieser Betrag entspricht 1% des europäischen Bruttonationaleinkommens (BNE). Da EU-finanzierte Programme in der Regel über mehrere Jahre laufen und auch nicht alle Mittel sofort fällig werden, gibt es neben der Höchstgrenze für einzugehende Verpflichtungen eine weitere relevante Größe: die Obergrenze für konkret zu leistende Zahlungen. Dafür stehen im kommenden MFR ca. 908 Milliarden Euro zur Verfügung, die wiederum nur 0,95% des BNE entsprechen.

Gegenüber dem Vorschlag der Europäischen Kommission ist der Mehrjährige Finanzrahmen (MFR) damit um 88 Milliarden Euro (in Preisen von 2011) gekürzt worden. Rechnet man die bisher intergouvernemental finanzierten Projekte wie ITER, Galileo und GMES hinzu, ergeben sich Kürzungen von insgesamt 119 Milliarden Euro. Ein bisher einmaliger Vorgang in der Geschichte der EU und ihrer Vorgängerorganisationen. Was diese Kürzungen in Krisenzeiten zusätzlich problematisch macht, ist der Umstand, dass die Mitgliedstaaten immer mehr Aufgaben und Kompetenzen auf die EU übertragen und zum anderen noch in diesem Jahr eine Erweiterung bevorsteht. Im Sommer 2013 wird Kroatien das achtundzwanzigste Mitgliedsland der EU werden.

Die Bundesregierung positionierte und organisierte sich in den Verhandlungen zum kommenden MFR frühzeitig in einer ratsinternen Gruppierung mit dem euphemistischen Namen „Friends of better Spending“.²² Neben Deutschland gehörten dieser die Niederlande, Finnland, Schweden, Österreich und Tschechien an. Dass diese Länderre-

22 „Freunde der besseren Ausgabenpolitik“

gierungen einende Ziel wurde von der Kanzlerin unter Verweis auf die andauernde Krise und mit den in allen Ländern herrschenden Sparzwängen begründet: ein gekürzter EU-Haushalt.²³

Daran wird bereits deutlich, dass diese Gruppierung und demzufolge auch die Bundesregierung dem kommenden Kürzungshaushalt maßgeblich ihren Stempel aufdrücken konnten. Dass ein Staatshaushalt, aber erst recht ein Investitionshaushalt²⁴ wie der MFR, nicht wie die Sparbüchse der sprichwörtlichen schwäbischen Hausfrau funktioniert, weiß die Kanzlerin ganz genau. Warum also dennoch diese populistische und vor allem sowohl politisch als auch ökonomisch falsche Parole?

Für die Mitgliedstaaten der EU war im EU-Haushalt bisher vor allem die Kohäsionspolitik das zentrale Element, um mittels der Regionalförderung eine Angleichung der Lebensbedingungen und damit auch ihrer Wirtschaftsleistung und Wettbewerbsfähigkeit herzustellen. Hier waren die Länder bereits vor Ausbruch der Krise sehr unterschiedlich aufgestellt, seit 2008 hat sich diese Kluft aber nochmals vertieft.

Indem nun im kommenden MFR die Mittel für Kohäsionspolitik – wenn man alle rechnerischen Tricks berücksichtigt – um 29,6 Milliarden Euro gekürzt werden, sind in ökonomisch ohnehin schweren Zeiten die Möglichkeiten zur Verringerung von Unterschieden zwischen den Ländern weiter eingeschränkt. Tatsache ist allerdings auch, dass die Kohäsionsmittel selbst ohne Kürzung bei weitem nicht ausreichend wären, um genügend Investitionen gegen die Krise anzuschieben. Daher fordert die Linke wie auch der DGB ein Investitionsprogramm für Europa, das über entsprechende Steuereinnahmen von Vermögenden finanziert würde.

Mit diesem Haushalt haben die „Friends of better Spending“ sehenden Auges den ohnehin schon geringen Handlungsspielraum der anderen Mitgliedstaaten erneut verringert. Damit erreichen sie vor allem eines – der Druck, der auf diesen Ländern ruht, wird unvermindert hoch gehalten. Und wer unter Druck steht und wenig bis keine Alternativen hat, sieht sich u.U. gezwungen Dingen zuzustimmen, denen er eigentlich kritisch bis ablehnend gegenüber steht. Vor allem aber fügt sich ein gekürzter EU-Haushalt in die gesamte Antikrisenpolitik in Europa – die leider eine klar deutsche Handschrift trägt.

23 Zum Vergleich: die EU gibt 50 Mal weniger aus als alle 27 Mitgliedstaaten zusammen.

24 Nahezu 95 % der Mittel des MFR werden in den Mitgliedstaaten der EU wieder ausgegeben.

Bankenkrise und Fiskalvertrag

Nach der Lehman-Pleite und der damit ausgelösten Bankenkrise haben die EU-Staaten bis zum heutigen Tag weit über eine Billion Euro zur Rettung der Banken gezahlt.²⁵ Diese unvorstellbare Summe trieb logischerweise die Staatsverschuldung in die Höhe. Angela Merkel aber hat auf perfide Art und Weise Ursache (Bankenkrise) und Auswirkung (Staatsverschuldung) der Krise verdreht und behauptet, die Krise sei auf die verschwenderische Haushaltsführung der Staaten und mangelnde Wettbewerbsfähigkeit zurückzuführen.

Als erste Gegenmaßnahme wurde deshalb vor allem auf Betreiben Deutschlands²⁶ der Fiskalvertrag beschlossen, der die Einführung von Schuldenbremsen in allen Vertragsstaaten vorschreibt. Ökonomisch ist dieser Ansatz Wahnsinn – mit drastischem Sparen gelangt man nicht aus der Verschuldung heraus, sondern immer tiefer in die Rezession hinein²⁷, wie die Zahlen in den europäischen Ländern belegen. Und völlig ausgeblendet wird, dass nicht nur an der Ausgaben- sondern auch an der Einnahmeseite angesetzt werden kann. Dass man sich das Geld, wenn es von den politischen Entscheidungsträgern nur gewollt würde, auch da holen kann, wo sehr viel davon ist und wo es v.a. selbst während der Krise immer mehr geworden ist – bei Millionären, Milliardären, Großbanken und Konzernen.

Der Fiskalvertrag schreibt allerdings eindeutig vor, dass die Schuldenreduktion nicht über die Einnahmeseite – sprich höhere Steuern für Vermögende und Konzerne – sondern über die Ausgabenseite zu erfolgen hat. Diese ökonomisch verantwortungslose Krisenbewältigungsstrategie der Austerität hat gravierende Auswirkungen: wenn der Staat dazu verpflichtet ist, nach starren Regeln die Schulden abzubauen, dann hat er kein oder nicht genügend Geld für Bildung, Löhne und Renten. Vor allem aber ist es ungerecht, dass die Bürgerinnen und Bürger zur Kasse gebeten werden, nicht aber die Profiteure der Krise.

25 Circa eine Billion Euro hatte die EU-Kommission ursprünglich als Gesamtrahmen für den kommenden MFR vorgeschlagen – Gelder, die den Bevölkerungen in den 28 EU-Ländern über einen Zeitraum von sieben Jahren zur Verfügung gestanden hätten. Das war den „Freunden der besseren Ausgabenpolitik“ aber bekanntlich zu viel.

26 In Deutschland hatte die Große Koalition bereits 2009 eine Schuldenbremse beschlossen und im Grundgesetz verankert. Auch vor diesem Hintergrund kann man beim Fiskalvertrag von einem deutschen „Exportschlager“ sprechen.

27 Die Eurozone steckt bereits das fünfte Quartal in Folge in der Rezession fest.

Agenda 2010 und der Pakt für Wettbewerbsfähigkeit

Der Fiskalvertrag zielte vor allem auf die Haushaltspolitik der Staaten ab – wir erinnern uns, laut Angela Merkels Analyse ist die Staatsverschuldung die eine Ursache der Krise. Die andere von ihr benannte Ursache war die vermeintlich mangelnde Wettbewerbsfähigkeit – und die nimmt der geplante Pakt für Wettbewerbsfähigkeit ins Visier.

Auch in Sachen Wettbewerbsfähigkeit stellt Frau Merkel natürlich Deutschland und die deutschen Leistungsbilanzüberschüsse als Vorbild hin. Die Kehrseite dieser Exportstrategie sind aber die Leistungsbilanzdefizite und damit die zunehmende Verschuldung der südeuropäischen Länder. Grundlage für die deutsche Exportstärke war die Agenda 2010, die heute in neoliberalen Kreisen gefeiert wird. Der Preis dafür sind niedrige Löhne²⁸, niedrige Sozialstandards²⁹ und niedrige Unternehmenssteuern in Deutschland. Daher ist eben nicht Deutschland – also wir alle – der „Gewinner“, sondern ausschließlich deutsche Exportunternehmer.

Der Pakt ist als europäische Variante der Agenda 2010 angelegt. Statt Mindeststandards zu etablieren, die die Unterschiede in der Wettbewerbsfähigkeit ausgleichen, soll ein Wettlauf nach unten beginnen, der Einschnitte in das Tarifrecht, die Renten und Sozialsysteme zum Ziel hat. Arbeitnehmerrechte, die über Jahrhunderte teils blutig erstritten wurden, werden mit dem Pakt nun wieder abgebaut werden und die Arbeiter und Angestellten der Länder Europas in einen gegenseitigen Unterbietungswettbewerb gezwungen – wer produziert mehr zu geringeren Kosten. Immer mit der Angst im Nacken, arbeitslos zu werden und deshalb noch die übelsten Zumutungen zu ertragen.³⁰ Es geht nicht mehr um gerechte Löhne für ordentliche Arbeit, sondern nur noch darum, wer am billigsten ist.

Die ökonomischen und sozialen Auswirkungen dieser Politik werden von den herrschenden Krisenpolitikern dabei bewusst in Kauf genommen. Die Ergebnisse einer solchen Politik – Massenarbeitslosigkeit, Obdachlosigkeit, hohe Selbstmordraten und kollabierende Gesundheitssysteme – sind in Spanien, Griechenland und Portugal bereits heute offensichtlich.

28 Die Reallöhne in Deutschland sind von 2000 bis 2010 um 5,4% gesunken.

29 Hartz IV steht in Deutschland sinnbildlich für diese Entwicklung.

30 Die prekäre Beschäftigung in Deutschland – das meint Aufstocker, Befristungen, Teilzeit, geringfügige Beschäftigung, Zeitarbeit und Mehrfach-Jobber – nimmt stetig zu. Im Gegenzug sinkt die Zahl sozialversicherungspflichtiger Vollzeitstellen. Und am Ende eines solch unsicheren und prekären Arbeitslebens wartet eine Rente, von der man nicht leben kann.

In den Kontext dieser Strategie fügt sich der gekürzte EU-Haushalt nahtlos ein – mit dieser Politik wird zunehmend verhindert, dass die Menschen miteinander solidarisch sind, weil sie das Gefühl haben, sich das nicht leisten zu können.

Urban II, Maßnahmen für Stadterneuerung, Dortmund



Die städtische Dimension in der Kohäsionspolitik

Martina Michels, MdA, europapolitische Sprecherin der Linksfraktion im Berliner Abgeordnetenhaus; Mitglied im „Ausschuss der Regionen“ in Brüssel

Der ehemalige Generalsekretär der Vereinten Nationen Kofi Annan sagte sehr treffend: „Das 21. Jahrhundert wird das Jahrhundert der Städte sein.“

Bis 2050 werden 80 % der Weltbevölkerung in Städten wohnen, d.h. immer mehr Menschen werden immer enger zusammen leben. Schätzungen zufolge leben gegenwärtig ca. 70 % der EU-Bevölkerung – rund 350 Millionen Menschen – in städtischen Ballungsgebieten mit mehr als 5000 Einwohnern. Obwohl sich dieser Transformationsprozess inzwischen verlangsamt hat, nimmt der Anteil der städtischen Bevölkerung weiter zu. Die Stadt ist der Ort, an dem sich der Wandel besonders deutlich abbildet, vom Strukturwandel bis zum demographischen Wandel. Vor allem in den Städten bündeln sich die Herausforderungen vom Klimawandel bis zur Migration.

Die Entwicklung unserer Städte wird demzufolge in entscheidendem Maße die künftige wirtschaftliche, soziale und territoriale Entwicklung der Europäischen Union bestimmen. Etwa 80 % des Bruttoinlandsprodukts wird in Städten erzeugt, und bis zu 70 % der Energie der Union dort verbraucht.

Städte sind Orte, an denen sich sowohl Probleme bündeln als auch innovative Lösungen entwickelt werden. Sie sind ein fruchtbarer Boden für Wissenschaft und Technologie, für Kultur und Innovation, für individuelle und gemeinschaftliche Kreativität und für die Verringerung der Auswirkungen des Klimawandels. Städte sind aber auch Orte, an denen sich Probleme wie Arbeitslosigkeit, Segregation und Armut konzentrieren. Unsere Städte müssen vor allem aber auch die elementaren Grundbedürfnisse der Menschen befriedigen: nach Arbeit, Wohnraum, guten Schulen und Krankenhäuser, sauberem Wasser, sicheren und zuverlässigen Transportmitteln sowie Energieversorgung, all das, was wir als Daseinsvorsorge bezeichnen. Die Gewährleistung und der freie Zugang zur öffentlichen Daseinsvorsorge ist ein europäisches Grundrecht für alle BürgerInnen. Gerade in den derzeitigen Krisenverhältnissen und der neoliberalen Ausrichtungen der EU-Politik sind die öffentlichen Dienstleistungen von Kürzungen betroffen. Sozialleistungen werden gekürzt, öffentliche Schwimmbäder und Bibliotheken geschlossen und soziokulturellen Projekten wird die finanzielle Grundlage entzogen. Die Städte unterliegen einem enormen Spardruck.

Vor dem Hintergrund des Klimawandels und der zunehmenden Ressourcenknappheit

müssen Städte die Bedürfnisse der Menschen befriedigen und gleichzeitig die Luftverschmutzung verringern und Umweltschäden beseitigen. Dafür bedarf es eines radikalen Umbaus der Stadt – hin zu mehr Energieeffizienz.

In Zeiten der Krise und der Globalisierung stellt die soziale Ausgrenzung von Menschen und ganzen Stadtteilen eine weitere Herausforderung dar, d.h. die Gewährleistung der Teilhabe Aller am gesellschaftlichen Leben zu garantieren. Arbeitslose und Migranten dürfen nicht an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden. Für beides, um energieeffiziente und sozial integrierte Städte zu schaffen, braucht es eine neue Vision für die Stadt von morgen.

Gleichzeitig sind europäische Städte durch die Geschichte hinweg immer auch Räume der Demokratie, Räume der bürgerlichen Selbstverwaltung und des Engagements gewesen. Demokratische Mitbestimmung und bürgerschaftliches Engagement sind Stärken gerade in städtischen Gebieten, die es stärker zu nutzen und zu fördern gilt.

Meine Vision von Europa ist ein Europa, in dem die Menschen im Mittelpunkt stehen, ist ein Europa der Kommunen: dezentral, subsidiär, demokratischer und bürgernäher. Viele Normen, Gesetze und Richtlinien, die in Brüssel verabschiedet werden, müssen vor allem in den Städten umgesetzt werden – von der Feinstaubrichtlinie bis zum EU-Wahlrecht.

Städtische Gebiete sind dabei keineswegs isolierte Einheiten in ihren jeweiligen Regionen. Ihre Entwicklung ist eng verknüpft mit den sie umgebenden funktionellen, randstädtischen oder ländlichen Territorien. Deshalb muss der Austausch bewährter Praktiken über Strategien für den ländlichen und städtischen Raum gefördert werden, um die Verbindung zwischen städtischen und ländlichen Gebieten zu verbessern.

Die Stadtpolitik rückt inzwischen immer mehr in den Fokus der Europäischen Politik. Der „Ausschuss der Regionen“ in Brüssel, dem ich als Mitglied angehöre und in welchem ich die Interessen Berlins aktiv vertrete, hat von Anfang an auf die Bedeutung der städtischen Dimension besonders in der EU-Förderpolitik hingewiesen. Wir sind der Auffassung, dass europäische Prioritäten nur im Einklang mit lokalen Bedürfnissen umgesetzt werden können. Die Beteiligung der lokalen Akteure an der Erarbeitung von EU-Richtlinien ist dabei von entscheidender Bedeutung. Wir sind davon überzeugt, dass wir alle Interessensvertreter auf allen Ebenen – der kommunalen, der regionalen, der nationalen und der europäischen Ebene stärker einbeziehen müssen.

Die Bedeutung der städtischen Dimension wird mittlerweile besonders in der Kohäsionspolitik hervorgehoben. Sie ist in der laufenden Förderperiode erstmals in die Strukturfondsverordnungen integriert worden. Im Zeitraum von 2007 - 2013 wird die städtische Dimension mit 21,1 Milliarden Euro unterstützt. Allerdings spiegelt sich dies in den Operationellen Programmen der Mitgliedstaaten und Regionen sehr unterschiedlich wider. In den kürzlich von der Europäischen Kommission vorgeschlagenen Verord-

nungen für die zukünftige Kohäsionspolitik ab 2014 sollen mindestens 5 % der Mittel des Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) für integrierte Maßnahmen der nachhaltigen Stadtentwicklung verwendet werden.

Das Geld fließt in einen ganzen Katalog von notwendigen Maßnahmen wie etwa die Sanierung von Industrieflächen und verschmutzter Areale, Investitionen in Infrastruktur für Forschung und Entwicklung oder innovative und nachhaltige Lösungen im Bereich des ÖPNV. Zudem werden auch Weiterbildungen und soziale und kulturelle Projekte gefördert. Projekte zur sozialen Inklusion und Armutsbekämpfung, die für Städte und städtische Gebiete so wichtig sind, profitieren besonders von den Möglichkeiten der Querfinanzierung zwischen dem EFRE und dem Europäischen Sozialfonds (ESF). Hier benötigen wir flexible Bedingungen für diese Querfinanzierungen.

Städte können einen wesentlichen Beitrag leisten im Kampf gegen den Klimawandel, z.B. durch einen Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs, durch die energetische Sanierung von Gebäuden und die nachhaltige Stadtteilplanung. Die energetische Sanierung von Gebäuden kann außerdem ein Mittel zur Bekämpfung der Energiearmut sein, unter der eine wachsende Zahl von Menschen in der Europäischen Union zu leiden hat.

Selbstverständlich hängen all diese hehren Ziele von der Bereitstellung der finanziellen Mittel ab. Bei der gegenwärtigen Diskussion um den künftigen EU-Haushalt hat das Europäische Parlament zu Recht die Notbremse gezogen.

Wenn die Staats- und Regierungschefs den EU-Haushalt kürzen, dann kürzen sie ihre eigenen Wachstumspotenziale. Fallen nämlich die EU-Gelder aus der Kohäsionspolitik weg oder werden drastisch gekürzt, fehlen den Regionen und Städten die Spielräume bei der Finanzierung von notwendigen Strukturmaßnahmen. Darauf hat auch der „Ausschuss der Regionen“ immer wieder mit Nachdruck hingewiesen.

In Zeiten der allgemeinen Sparzwänge erscheint eine Kürzung des EU-Haushalts auf den ersten Blick populär zu sein. Langfristig wäre dies aber ein Desaster, ein Sparen an der falschen Stelle.

Wenn wir lebenswerte und wirtschaftlich starke Städte und Regionen wollen, brauchen wir ambitionierte Investitionen. Kohäsion bedeutet vor allem Angleichung bzw. Beseitigung von immer noch gravierenden strukturellen Unterschieden zwischen den Regionen. Dazu braucht es die nötigen finanziellen Grundlagen.

Die Ernte wird nachhaltiges und inklusives Wachstum sein, von dem Alle, nicht nur die Städte profitieren werden.

Warum Linke in Europa die EU-Regionalpolitik zu ihrem Thema machen müssen

Renate Harcke, Mitglied des Parteivorstandes DIE LINKE.

Gegenwärtig gibt es (auch) für Linke in Europa scheinbar nur ein Europa-Thema: die Zukunft des Euro. Zweifelsohne ist dies heute die zentrale Frage, von deren Entscheidung die künftige Gestalt der Europäischen Union maßgeblich abhängen wird. Ob sie sich weiter marktliberal entwickelt oder ob endlich eine Entwicklung hin zu einer demokratischen, sozialen, ökologisch ausgerichteten und friedlichen Europäischen Union in Gang gesetzt wird, wofür sich linke und andere Kräfte seit langem einsetzen.

So richtig die Fokussierung des politischen Handelns auf diese eine Frage ist, so darf dabei nicht aus dem Blick geraten, dass es im „europapolitischen Alltag“ unzählige Fragestellungen gibt, zu denen wir uns positionieren müssen. Jeden Tag neu! Insbesondere linke Fraktionen – vom Europäischen Parlament bis hin zur kleinsten Gemeinde – tun dies in zunehmendem Maße. Europapolitik wird heute schon lange nicht mehr nur im fernen Straßburg oder Brüssel gemacht – wenn es um die europäische Sachentscheidungen geht, ist auch die Politik vor Ort in den Mitgliedstaaten gefordert.

Wie hältst Du es als Linker mit der EU-Regionalpolitik?

- ist so eine Frage, die wir beantworten müssen. Zuweilen höre ich in unserer Partei, EU-Förderpolitik sei als Thema für DIE LINKE nicht geeignet. Schließlich würde da ja auch viel Geld „verpulvert“. Ziele wie Klimaschutz oder Förderung erneuerbarer Energien kämen viel zu kurz. Und schließlich mache „Brüssel“ nicht die „richtigen“ Vorgaben. Mitreden könnten die Bürgerinnen und Bürger ohnehin nicht ... Ist das aber wirklich so?

Unbestritten ist: Die Programmvorgaben der EU und die darauf basierenden Programme der Regionen sind keine Eins-zu-Eins-Umsetzung linker Partei- oder Wahlprogramme. Das kann auch nicht anders sein. Dass das so ist, sollte uns als Linke jedoch nicht veranlassen, uns zurückzulehnen und aufs Kritisieren zu beschränken. Wir müssen uns einmischen, umsetzbare Ideen formulieren, sie öffentlich vertreten und so gesellschaftlichen Druck erzeugen. Nach dem Motto: Alternativen sind machbar! Und wir sind diejenigen, die umsetzbare Alternativen haben! Dann entscheiden wir mit darü-

ber, wie viel an linken Politikansätzen durchgesetzt wird: bei der Abstimmung des Europaparlaments zu den Rahmenbedingungen für die Förderperiode 2014 - 2020 oder in den nationalen und regionalen Programmdokumenten für den Einsatz der verschiedenen Strukturfonds.

DIE LINKE hat sich 2011 mit ihrem Grundsatzprogramm bewusst für ein solches Herangehen entschieden, auch in der Regionalpolitik. Auf Vorschlag einer Gruppe von EuropapolitikerInnen wurde folgende Aussage aufgenommen: „DIE LINKE strebt gleichwertig gute Lebensbedingungen in allen Regionen der Bundesrepublik Deutschland und eine Angleichung der Lebensverhältnisse in der Europäischen Union an. Die europäische Politik muss in diesem Zusammenhang die Regionen mit gravierendem Entwicklungsrückstand stärken und zugleich die Stabilität in allen anderen Regionen stützen. Die Weiterentwicklung der EU-Strukturförderung muss den Erfordernissen des Klimaschutzes und der Energiewende gerecht werden, sie muss den ökologischen Umbau und den Ausbau der öffentlichen Daseinsvorsorge stimulieren.“

Unser Parteiprogramm hat also einen von Solidarität und Unterstützung für ärmere Regionen geprägten Ansatz der Strukturpolitik formuliert, im Programm haben wir uns für die Berücksichtigung sozialer und ökologischer Kriterien in der Strukturpolitik ausgesprochen. Dieser programmatische Ansatz ist nicht vom Himmel gefallen. Er ist das Ergebnis langjähriger Bemühungen vieler Mitglieder sowie Sympathisantinnen und Sympathisanten unserer Partei. Und darüber hinaus eines intensiven Austausches mit Akteurinnen und Akteuren der Regionalpolitik außerhalb der Partei.

Ein linker Ansatz, ein Ansatz, der die Interessen der Mehrheit der Menschen in der Europäischen Union widerspiegelt!

Seit Jahrzehnten unterstützen die EU-Strukturfonds den Prozess der Angleichung der Lebensverhältnisse innerhalb der EU. Besonders die Erneuerung der Infrastruktur im Osten Deutschlands, ein Großteil der Maßnahmen zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit und die Entwicklung dünnbesiedelter ländlicher Räume in ganz Deutschland wären ohne EU-Mittel nicht möglich gewesen.

In den Ländern der Bundesrepublik kommt deshalb keine ernsthaft agierende PolitikerIn an der Regionalpolitik vorbei. Auch unter den Linken bekennen sich immer mehr zu dieser Aufgabe: Zu PDS-Zeiten lag der Schwerpunkt in den ostdeutschen Ländern,

man bemühte sich den Spielraum für landespolitische Entscheidungen unter Nutzung der EU-Strukturfonds zu erweitern. In der neuen LINKEN kamen dann auch struktur- und regionalpolitisch aktive Mitstreiterinnen und Mitstreiter aus den alten Bundesländern hinzu, etwa aus Nordrhein-Westfalen. Uns als LINKE gibt die dezentral gestaltete EU-Regionalpolitik heute die Möglichkeit, mit europäischen Mitteln wichtige Veränderungen im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung zu erreichen. Selbst aus der Opposition heraus!

Unabhängig von den konkreten Bedingungen in den einzelnen Bundesländern und zuweilen unterschiedlichen Sichten auf die eine oder andere Frage eint uns eines: Wir wollen die Vorbereitung der neuen EU-Förderperiode nicht den Beamten und Regierungen überlassen – weder denen in Brüssel noch denen hier im Lande. Die Vorbereitung der neuen Förderperiode ist ein zutiefst politischer Gestaltungsprozess, in dem DIE LINKE eine aktive Rolle spielen muss. Denn die Entscheidungen, die in den nächsten Monaten in Brüssel fallen, bestimmen wesentlich mit, welche Projekte DIE LINKE künftig bundes-, landes- und kommunalpolitisch künftig umsetzen kann. Diese einfache Wahrheit blenden diejenigen aus, die zuweilen meinen, wir müssten uns ausschließlich auf die „großen“ europapolitischen Themen konzentrieren!

Vor diesem Hintergrund haben Linke aus dem Europaparlament zusammen mit Landtags- und Bundestagsabgeordneten der LINKEN begonnen, eine gemeinsame Position zu den Plänen der Europäischen Kommission und der EU-Mitgliedsländer für die EU-Förderperiode 2014 – 2020 zu erarbeiten. Nach intensiver Diskussion lag ein Positionspapier zur Zukunft der europäischen Kohäsionspolitik auf dem Tisch, das der Parteivorstand am 16. Oktober 2011 diskutierte und beschloss.³¹ Mit diesem Papier unterstrich sich DIE LINKE den „europäischen Mehrwert“ der Kohäsionspolitik und sie betonte: *„Die regional ausgerichtete und integrierte Kohäsionspolitik der EU hat sich bewährt. Aufgrund des dezentralen Ansatzes ... können europäische Regionen und auch Kommunen die Erarbeitung von passfähigen Förderstrategien maßgeblich beeinflussen, die Inhalte der transnationalen, interregionalen und grenzüberschreitenden Zusammenarbeit bestimmen sowie vom Erfahrungsaustausch untereinander profitieren.“* Von dieser positiven Einschätzung der Regionalpolitik aus wurden dann konkrete Vorschläge für die Rahmenbedingungen der EU-Förderpolitik ab 2014 formuliert.

Diese Vorschläge fanden nicht nur Eingang in Änderungsanträge, die die GUE/NGL-Fraktion im Europaparlament stellte oder die Brandenburger Fraktion gemeinsam mit

31 <http://www.die-linke.de/partei/organe/parteivorstand/parteivorstand20102012/beschluesse/positionender-parteidielinkezurukunftdereuropaeischenkohaesionspolitik/>

ihrem sozialdemokratischen Koalitionspartner in den Landtag einbrachte. 2012 wurden sie auch genutzt für eine EU-weite Unterschriftensammlung unserer Brüsseler Fraktion, die unter dem Motto „Regionen fördern, nicht bestrafen“ stand.

Außerparlamentarisch bieten diese Vorschläge die gute Möglichkeit, mit Gewerkschaften, Industrievertretern, Handels- und Handwerkskammern, Genossenschaften, Umwelt- oder auch Unternehmerverbänden und vielen Bürgerinnen und Bürgern ins Gespräch zu kommen: über die Auswirkungen europäischer Politik auf den Alltag der Menschen hier bei uns und darüber, wie wir gemeinsam die europäische Politik verändern können. Und das ist schließlich eine unserer wichtigsten politischen Aufgaben.

Projekt zur Integration von Roma in den Arbeitsmarkt Bihor Hajdu Bihar Euroregion Ungarn 2011



Warum Thüringen weiterhin europäische Fördermittel braucht – Herausforderungen, Erfahrungen und Perspektiven für die Kohäsionspolitik

Jörg Kubitzki, Europapolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE. im Thüringer Landtag

Europa und europäische Politik begegnen uns im täglichen Leben öfter als wir es wahrnehmen, zum Beispiel bei:

- Entscheidungen der Kreistage über die Müllentsorgung
- ÖPNV- Konzessionsvergabe von Omnibuslinien
- Vergabe von Bauleistungen
- Qualitätskriterien für die Trinkwasserversorgung
- Förderung des ländlichen Raumes – Gemeinsame Agrarpolitik
- Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen, Integrationsprojekten, Projekte zur Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt (Landesarbeitsmarktprogramm)
- Berufsvorbereitungsmaßnahmen für Jugendliche / Maßnahmen für den Berufsstart
- Sprachkurse für Menschen mit Migrationshintergrund

Seit Beginn der ersten Förderperiode im Jahr 1990 erhielt Thüringen rund acht Milliarden Euro aus den Europäischen Strukturfonds.

Ohne den Einsatz dieser Mittel wären die sozialen Auswirkungen der politischen und wirtschaftlichen Wende für die Menschen im Land wesentlich härter ausgefallen, sowohl in arbeitsmarktpolitischer Hinsicht als auch in Bezug auf die Infrastrukturentwicklung und die Entwicklung im ländlichen Raum.

In der auslaufenden Förderperiode 2007 -2013 erhielt Thüringen 2,1 Mrd. Euro Strukturfondsmittel, davon entfallen auf den Europäischen Sozialfonds (ESF) 629 Mio. Euro und auf den Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) 1,47 Mrd. Euro. Thüringen erreichte dank dieser Förderpolitik der vergangenen Jahre ein Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner in Höhe von 84 % des EU-Durchschnitts.

Der Anteil der Ausgaben für Forschung und Entwicklung am Bruttoinlandsprodukt stieg seit dem Jahr 2007 von 1,81% auf 2,0% im Jahr 2009, das heißt, im Jahr 2006 wurden im Freistaat Thüringen 381 Millionen Euro für Forschung und Entwicklung ausgegeben, während es im Jahr 2010 bereits 486 Millionen Euro waren.

Die Anzahl der Thüringer Unternehmen stieg seit dem Jahr 2006 von 78 175 auf rund 91.000.

Der Einsatz des Europäischen Sozialfonds in Thüringen hat ebenfalls Wirkung gezeigt: die Zahl der Erwerbstätigen hat sich ausgehend vom Jahr 2006 (1,04 Millionen) auf 1,1 Millionen im Jahr 2010 erhöht, die Zahl der Arbeitslosen seit 2006 von 174 400 auf 94.600 im Jahr 2011 reduziert.

Damit fällt der Freistaat zukünftig aus der europäischen Höchstförderungs-Kategorie heraus.

Trotz aller Erfolge bestehen im Freistaat Thüringen nach wie vor Defizite, insbesondere bei der Verfestigung der Quote Langzeitarbeitsloser, dem hohen Anteil der Jugend- und Frauenarbeitslosigkeit, drohender Kinder- und Altersarmut sowie bei Disparitäten im Lohngefüge.

Auch angesichts des drohenden Fachkräftemangels kann auf den Einsatz der europäischen Mittel zukünftig nicht verzichtet werden.

Gegenwärtig wird in der EU der zukünftige Haushaltsrahmen für die neue Förderperiode bis 2020 beraten. Vor allem wirtschaftlich starke Staaten wie die Bundesrepublik wollen ihre Beiträge für den gemeinsamen EU-Haushalt auf 1,0% des Bruttoinlandsprodukts reduzieren. Bleibt es dabei, werden die Struktur- und Förderprogramme der EU nicht mehr mit ausreichenden Finanzmitteln ausgestattet sein.

Unter den jetzigen Bedingungen bedeutet ein Einfrieren des Haushalts für die Periode von 2014 - 2020 eine reale Senkung um ca. 14 %.

Wir sind uns mittlerweile darüber im Klaren, dass vor allem die Mittel für die einzelnen Strukturfonds gekürzt und innerhalb des Europäischen Sozialfonds beispielsweise die Programme für den Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung reduziert werden sollen. Dies lehnen wir ebenso konsequent ab wie die Kopplung der EU-Strukturfonds an die Durchführung von Reformen in den am meisten von der Krise betroffenen Mitgliedstaaten. Damit würden gerade diejenigen, die Hilfe am meisten benötigen, doppelt bestraft: Zum einen durch die Reformen, die zu massiven Kürzungen der Sozialausgaben führen, und zum anderen durch die Nichtfinanzierung von Projekten, die der regionalen Entwicklung und der Bekämpfung der Armut dienen.

Thüringen als Übergangsregion wird in der kommenden Förderperiode ca. ein Drittel weniger EU- Strukturfondsmittel bekommen, was ein Rückgang der Mittel auf rund 1,4 Mrd. bedeutet.

DIE LINKE. Thüringen plädiert für eine Veränderung der Mittelaufteilung in der kommenden Förderperiode zugunsten des ESF, nämlich 60% EFRE (dies würde einem Mittelvolumen in Höhe von 840 Mio. Euro entsprechen): 40% ESF (dies würde einem Mittelvolumen in Höhe von 560 Mio. Euro entsprechen). Die Einschnitte für den ESF würden dann nicht so gravierend ausfallen.

Im EFRE sollten verstärkt revolvingierende Fonds³² eingesetzt werden, um die EU- Strukturfondsmittel auch nach der Förderperiode 2014 - 2020 für die Durchführung von Investitionsmaßnahmen, Forschungs- und Entwicklungsprojekten sowie zur Unterstützung kleiner und mittlerer Unternehmen nutzen zu können.

Im Rahmen der Vorbereitung der Förderperiode 2014 - 2020 besuchten der europapolitische Sprecher Jörg Kubitzki und der wirtschaftspolitische Sprecher der Linksfraktion im Thüringer Landtag Dieter Hausold Thüringer Unternehmen und Bildungsträger, um mit den Akteuren vor Ort ins Gespräch zu kommen und Handlungsoptionen herauszuarbeiten, wie sich unsere Fraktion an der Diskussion zur Schwerpunktsetzung in den einzelnen Operationellen Programmen (EFRE und ESF) einbringen kann.

Im Verlauf der Gespräche wurden Themen wie die gesamtwirtschaftliche Situation des Unternehmens, Erfahrungen mit EU-Fördermitteln und mit der Umsetzung arbeitsmarktpolitischer Programme erörtert. In Auswertung der Betriebs- und Trägerbesuche wurden zahlreiche Hinweise und Vorschläge zur Erarbeitung und Schwerpunktsetzung der Operationellen Programme für die neue Förderperiode berücksichtigt.

In 11 Schwerpunkten formuliert DIE LINKE. im Thüringer Landtag Forderungen an die Landesregierung zur Erarbeitung der Operationellen Programme für die Strukturfondsförderung 2014 - 2020:

1. Ausrichtung der Förderung auf die spezifischen Erfordernisse der jeweiligen Regionen Thüringens (keine Leuchtturmpolitik)
2. Ausbau der sozialen Infrastruktur auf der Grundlage einer Sozialplanung; Entwicklung der Gemeinwesenarbeit
3. Den sozial- ökologischen Umbau und den Ausbau der öffentlichen Daseinsvorsorge beförder
4. Sicherung einer nachhaltigen Wirtschaftsentwicklung, Bildung, Arbeit und Gleichstellung; Einsatz von EFRE-Mitteln für die Gesundheits- und Sozialwirtschaft
5. Stärkere Ausrichtung des ESF auf die Förderung von „Guter Arbeit“ und Armutsbekämpfung
6. Die Richtlinien müssen der Forderung nach einem flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn gerecht werden
7. Schaffung eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors
8. Stärkere Einbeziehung des Landesparlaments in die Erarbeitung der Operationellen Programme und Förderrichtlinien
9. Verknüpfung der Strukturfonds unter dem Aspekt der Entwicklung des ländlichen Raumes

32 Dabei können die Empfänger das Kapital nicht nur als Zuschuss, sondern auch als Darlehen erhalten.

10. Erhöhung des Anteils des ESF an den Strukturfonds (von derzeit 30 % auf 40 %)
11. Bürokratieabbau/Verwaltungsaufwand für die Antragstellung und Abrechnung der Projekte senken/Einsatz von Mitteln der Technischen Hilfe bei den Projektträgern

LABE ELBE Projekt zur Verhütung von Flutschäden 2011



Warum Nordrhein-Westfalen weiterhin auf europäische Fördermittel angewiesen ist

Bärbel Beuermann, Stadtverordnete DIE LINKE. in Herne

Nordrhein-Westfalen ist mit 18 Millionen Einwohnern das größte deutsche Bundesland. Als eigenständiger Staat wäre NRW die achtstärkste Wirtschaftsmacht in der Europäischen Union. In der Außenwahrnehmung dominiert häufig immer noch das Bild der Bergbau- und Stahlindustrie, deren Niedergang insbesondere das Ruhrgebiet nach wie vor prägt. Hinzu kommt, dass die Region zunehmend von der Schließung größerer und großer Unternehmen geprägt ist, wie der aktuelle Fall von Opel zeigt. Zugleich verfügt NRW mit 58 Universitäten und Fachhochschulen sowie zahlreichen weiteren Wissenschaftseinrichtungen über eines der dichtesten Forschungsnetze Europas.

Typisch für NRW ist das Nebeneinander der vorwiegend städtischen Strukturen an Rhein und Ruhr und den ländlichen Räumen, dem Münsterland, dem Sauerland oder Ostwestfalen. Die europäische Kohäsionspolitik bzw. die europäischen Fördermittel sind für NRW ebenso ein wichtiges Thema wie der seit Jahrzehnten stattfindende Strukturwandel.

Das Land erhält in der aktuellen Förderperiode von 2007-2013 gut 1,3 Milliarden Euro aus dem europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) und eine weitere Milliarde aus dem europäischen Sozialfonds (ESF) und dem europäischen Fonds für ländliche Entwicklung (ELER). Für das Ziel-2-Programm, das aus dem EFRE finanziert ist, stehen zusammen mit weiteren Mitteln der Landesregierung und privaten Geldern insgesamt rund 2,5 Milliarden Euro bereit.

1. Warum braucht NRW weitere Strukturförderung ?

In Nordrhein-Westfalen ist ein hohes Maß an Ungleichheit bei der Entwicklung in den Regionen zu beobachten. Auch wenn grundsätzlich von einer wirtschaftlichen Erholung und einer Belebung des Arbeitsmarktes auszugehen ist, zeigen die Zahlen des Statistischen Landesamtes, dass sich der Anteil der Personen, die von einer relativen Einkommensarmut betroffen sind, im Jahre 2010 kaum verändert hat.

Auch die Zahl der Langzeiterwerbslosen hat sich nur wenig verändert. Insgesamt ist fast jede siebte Person in NRW von Einkommensarmut betroffen, so das Fazit der Kurz-

analyse 2/2011 der Sozialberichterstattung NRW. Die Armutsrisikoquote betrug somit 2010 14,2%.

Kinder und Jugendliche tragen dabei ein überdurchschnittliches hohes Armutsrisiko mit 24,8% bei Kindern unter 16 Jahren und mit 21,8% bei 15-bis 16-Jährigen.

Deutlich überdurchschnittlich sind die Werte zum Armutsrisiko bei Personen mit Migrationshintergrund (30,8%) und Personen aus alleinerziehenden Haushalten mit minderjährigen Kindern (39,4%).

Es ist unbedingt erforderlich, dass in der neuen Förderperiode ein stärkerer Fokus auf Personengruppen gelegt wird, die seit längerer Zeit in Armut leben. Dies gilt auch für solche Personen, die sich in verfestigter Langzeitarbeitslosigkeit befinden. Hier muss ein besonderes Augenmerk auf Vorhaben, die unabhängige Beratungsangebote umfassen und niedrigschwellig ausgestaltet sind, gelegt werden. Solche Ansätze können im Rahmen der Investitionspriorität „Soziale Eingliederung und Armutsbekämpfung“ gefördert werden.

Angesichts der zu beobachtenden Tendenz zur Entstehung benachteiligter Regionen und Stadtteile sollte unbedingt ein stärkerer gemeinsamer Einsatz von ESF und EFRE, gegebenenfalls auch des ELER erfolgen, u. a. durch das Instrument des Cross-Financing (Kreuzfinanzierung).

Nicht zuletzt vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung ist davon auszugehen, dass die Notwendigkeit eines gezielten Ausbaus bzw. einer angemessenen Ergänzung von Angebotsstrukturen bei den sozialen Dienstleistungen besteht.

2. Fördermittel und Prioritäten 2007-2013

In der laufenden Förderperiode erhält Nordrhein-Westfalen insgesamt 2,3 Mrd. Euro an EU-Fördermitteln aus folgenden Fördertöpfen:

Europäischer Fonds für Regionalentwicklung (EFRE) 1,28 Mrd. Euro; Europäischer Sozialfonds (ESF) 684 Mio. Euro; Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) 294 Mio. Euro. Insgesamt sind das rund 2,3 Mrd. Euro.

Dazu kommen noch 212 Mio. Euro im Rahmen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit mit Belgien und den Niederlanden (INTERREG IV A), von denen rund 22 Prozent auf NRW entfallen.

A. Europäischer Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE)

Die Summe der Fördermittel für Nordrhein-Westfalen beträgt rd. 1,28 Mrd. Euro. Sie verteilt sich auf folgende Förderschwerpunkte:

- Stärkung der unternehmerischen Basis 154 Mio. Euro
- Innovation und wissensbasierte Wirtschaft 849 Mio. Euro
- Nachhaltige Stadt- und Regionalentwicklung 268 Mio. Euro
- Technische Hilfe 12,5 Mio. Euro

B. Europäischer Sozialfonds (ESF)

Die Summe der Fördermittel für Nordrhein-Westfalen beträgt rd. 684 Mio. Euro. Sie verteilt sich auf folgende Förderschwerpunkte:

- Steigerung der Anpassungsfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit von Beschäftigten und Unternehmen 191 Mio. Euro
 - Steigerung der Weiterbildungs- und Innovationsaktivität
 - Verbreitung innovativer und produktiver Arbeitsorganisation
 - Unterstützung betrieblicher Strukturmaßnahmen und des Personaltransfers
- Verbesserung des Humankapitals, Jugend und Beruf 337 Mio. Euro
 - Weiterentwicklung der Aus- und Weiterbildungssysteme und Verbesserung der Ausbildungsqualität
 - Verbesserung des Zugangs zu Aus- und Weiterbildung
 - Verbesserung der Ausbildungsreife
- Verbesserung der Arbeitsmarktchancen und Integration benachteiligter Personen 129 Mio. Euro
 - Verbesserung der beruflichen Integration von langzeitarbeitslosen Jugendlichen
 - Verbesserung der beruflichen Integration von behinderten und schwerbehinderten Menschen
 - Weiterentwicklung der zielgruppenorientierten Arbeitsmarktpolitik
- Technische Hilfe 27 Mio. Euro

C. Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER)

Die Summe der Fördermittel für Nordrhein-Westfalen beträgt rd. 294 Mio. Euro.

- Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Land- und Forstwirtschaft 49 Mio. Euro
- Verbesserung der Umwelt und der Landschaft 187 Mio. Euro
- Diversifizierung der ländlichen Wirtschaft und Lebensqualität im ländlichen Raum 40 Mio. Euro
- LEADER (lokale Entwicklungsstrategien) 16 Mio. Euro
- Technische Hilfe 2,7 Mio. Euro

EU-Strukturfonds in Nordrhein-Westfalen Thematische Ziele im Vergleich

2007 - 2013	2014 - 2020
<p>EFRE</p> <ul style="list-style-type: none"> • Stärkung der unternehmerischen Basis • Innovation und wissensbasierte Wirtschaft • Nachhaltige Stadt- und Regionalentwicklung <p>ESF</p> <ul style="list-style-type: none"> • Steigerung der Anpassungsfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit von Beschäftigten und Unternehmen • Verbesserung des Humankapitals, Jugend und Beruf • Verbesserung der Arbeitsmarktchancen und Integration benachteiligter Personen <p>ELER</p> <ul style="list-style-type: none"> • Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit von Land- und Forstwirtschaft • Verbesserung der Umwelt und der Land- und Forstwirtschaft • Diversifizierung der ländlichen Wirtschaft und Lebensqualität im ländlichen Raum • LEADER (lokale Entwicklungsstrategien) 	<p>EFRE, ELER</p> <ul style="list-style-type: none"> • Forschung und Innovation (einschließlich Umweltwirtschaft) <p>EFRE, ESF, ELER</p> <ul style="list-style-type: none"> • Wettbewerbsfähigkeit von KMU (einschließlich Ressourceneffizienz); Bildungs- und Kompetenzentwicklung Beschäftigungs- und Fachkräftesicherung <p>EFRE, ELER</p> <ul style="list-style-type: none"> • Energieeffizienz und Klimaschutz <p>EFRE, ESF, ELER</p> <ul style="list-style-type: none"> • Förderung der sozialen Eingliederung und Bekämpfung der Armut <p>EFRE, ELER</p> <ul style="list-style-type: none"> • Umweltschutz, Nachhaltige Nutzung der Ressourcen ländlicher Raum

3. Die zukünftigen Förderprioritäten

Die zukünftigen Prioritäten orientieren sich dabei einerseits an den Vorgaben der Europäischen Union – abgeleitet aus der Strategie EU 2020 – und andererseits an den Prioritäten und Zielen der rot-grünen Landesregierung (siehe Koalitionsvertrag und Regierungserklärung).

Hieraus ergeben sich laut Landesregierung folgende Schwerpunkte:

1. Forschung und Innovation;
2. Förderung der Wettbewerbsfähigkeit von KMU, Bildungs- und Kompetenzentwicklung, Beschäftigungs- und Fachkräftesicherung;
3. Energieeffizienz und Klimaschutz;
4. Förderung der sozialen Eingliederung und Bekämpfung der Armut;
5. Umweltschutz, Nachhaltige Nutzung der Ressourcen, ländlicher Raum.

Es werden also einerseits wichtige Elemente der derzeitigen Strukturförderung fortgesetzt, andererseits ergeben sich auch wesentliche Neuerungen (siehe Tabelle).

Zugleich will die Landesregierung drei neue Akzente setzen:

1. Städte und vor allem auch Städte mit besonderen Problemlagen sollen mit einer integrierten Förderstrategie gestärkt werden. Darin soll auch die präventive Sozialpolitik enthalten sein.
2. Berufsorientierte Bildung soll ein hohes Gewicht bekommen. Hier soll die Sicherung des Fachkräftebedarfs ein Schwerpunkt sein.
3. Die Förderung der Energie- und Ressourceneffizienz in Unternehmen soll ein wichtiger Beitrag für eine zukunftsorientierte Industriepolitik sein.

Quelle istockphoto



Kohäsionspolitik – verbessert sie die Lebensbedingungen ?

Kreszentia Flauger, bis Februar 2013 europapolitische Sprecherin der Linksfraktion Niedersachsen

Das Ziel der Kohäsionspolitik der EU ist, so heißt es, ein Ausgleich beziehungsweise eine Umverteilung zwischen ärmeren und reicheren Regionen. Das ist zunächst ein unterstützenswertes Ziel. Die Frage ist aber, ob die EU-Kohäsionspolitik in ihrer aktuellen oder für die Zukunft absehbaren Ausgestaltung diesem Ziel tatsächlich dient.

Aktuell und auch in der kommenden Förderperiode ab 2014 wird die Einstufung der Regionen hinsichtlich ihrer Förderungswürdigkeit nach dem Bruttoinlandsprodukt (BIP) erfolgen. Damit wird – leicht vereinfacht gesagt – aber nur bewertet, für wie viel Geld die Dinge verkauft werden, die in dieser Region hergestellt werden. Für die Förderungswürdigkeit einer Region gilt also beispielsweise nicht das Kriterium, ob es dort vielleicht viele Menschen ohne oder mit sehr geringem Einkommen gibt oder wie tief die soziale Spaltung ist. Auch in Niedersachsen gibt es Gebiete, in denen nach dem BIP-Kriterium alles in Ordnung ist, in denen aber viele Menschen in Armut leben und insofern sehr wohl Handlungsbedarf besteht. Aber die EU-Förderung zielt einseitig auf Wachstum im Sinne der Steigerung des BIP. Man fühlt sich erinnert an das Lied von Geier Sturzflug aus den 80ern: „Jajaja, jetzt wird wieder in die Hände gespuckt, wir steigern das Bruttosozialprodukt!“ Förderziel und Förderkriterium der Kohäsionspolitik bleibt eine Kennzahl, die das Wohlergehen der Mehrheit der Menschen nicht widerspiegelt. Die politischen Kräfteverhältnisse geben auch keinen Anlass zur Hoffnung, daran könnte sich bald etwas ändern. Dabei wäre es sinnvoll und notwendig, Förderkriterien und Fördermaßnahmen endlich sozial und ökologisch zu gestalten und sie am Wohl der Mehrheit der Menschen auszurichten statt ausschließlich am Bruttoinlandsprodukt. Geeignete Indikatoren gibt es durchaus, so zeigt zum Beispiel der Gini-Koeffizient ein Maß für die Ungleichverteilung.

Aber auch außerhalb dieser Betrachtungen bleiben Fragen zur Praxis der EU-Förderpolitik. Die aktuelle Einteilung in Regionen ist für eine zielgenaue Förderung viel zu grob. In Niedersachsen liegt die Region Lüneburg, die am BIP pro Kopf gemessen einen strukturellen Entwicklungsrückstand hat und die einzige westdeutsche Konvergenzregion ist. Diese Region nimmt etwa ein Drittel der Fläche Niedersachsens ein. Im Regionsgebiet liegen so unterschiedliche Landkreise wie der Landkreis Harburg im Speck-

gürtel Hamburgs mit der höchsten Kaufkraft in Niedersachsen und der Landkreis Lüneburg als ehemaliges so genanntes Zonenrandgebiet. Innerhalb der Region Lüneburg gibt es krasse Unterschiede in der wirtschaftlichen und sozialen Situation. Und außerhalb der Region Lüneburg gibt es Orte, in denen es besonders viel Armut gibt, wie Göttingen und Braunschweig. Die Landeshauptstadt Hannover zählt mit mehr als einem Fünftel armer Menschen sogar zu den Armutshauptstädten Deutschlands, liegt aber nicht in einer Förderregion. Die Einteilung in Gebiete, die förderfähig sind und solche, die es nicht sind, müsste viel differenzierter erfolgen. Das sollte im Computerzeitalter auch kein technisches Problem mehr sein.

In der Förderperiode 2007 bis 2013 sind für Niedersachsen 1,23 Milliarden Euro EFRE-Mittel und 447 Millionen Euro ESF-Mittel vorgesehen, also insgesamt 1,677 Milliarden Euro. Knapp die Hälfte dieser Mittel fließen an die elf Landkreise in der Region Lüneburg. Da diese aber – wie soeben aufgeführt – sehr heterogen sind, ist es fraglich, ob die Fonds genau dort ausgeschüttet werden, wo sie am dringlichsten gebraucht werden. Dies gilt also zunächst einmal regional, dann aber auch inhaltlich.

Welche Maßnahmen und Projekte geeignet sind, dem begrüßenswerten Kernziel der Kohäsionspolitik, der Angleichung der Lebensverhältnisse, wirklich näher zu kommen, muss immer wieder kritisch geprüft werden. Wenn man sich in diesem Zusammenhang das Beispiel anschaut, das auf der web-page „Europa vor Ort“ der EU-Kommission als „Best Practice“-Beispiel im Bereich der EFRE-Förderung genannt wird, ist zumindest Skepsis angebracht. Es handelt sich um ein Projekt im Hannoveraner Zoo, für das etwa 7 Millionen Euro EFRE-Mittel verwendet wurden. Die Erläuterung zum „Best-Practice“ lautet: „Die 2010 dank Unterstützung des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) geschaffene Kanadalandschaft ‚Yukon Bay‘ macht den Zoo Hannover zu einem touristischen Highlight für die Region Hannover und das gesamte Bundesgebiet.“ Der Zoo Hannover wird damit touristisch sicher attraktiver, aber ob diese künstliche Kanada-Landschaft nachhaltig die Situation der Menschen in und um Hannover verbessert, darf hinterfragt werden. Ein Blick auf die Liste der Begünstigten in Niedersachsen kann die Zweifel an der Förderpraxis nicht ausräumen. Zweifellos gibt es viele gute Beispiele, wie etwa einzelne Projekte von Bildungswerken, die Unterstützung von Jugendwerkstätten oder Naturschutzverbänden. Allerdings finden sich auch andere Beispiele, so etwa eine ganze Reihe von Förderungen für Marketingstrategien und der Ausbau von Unternehmensstätten. Dies ist zwar nicht generell abzulehnen, aber in der Gesamtschau auf die geförderten Projekte zeigt sich: je stärker der Betrieb oder die Institution, desto mehr Projekte, desto größer das Fördervolumen, wie zum Beispiel bei der Leuphana-Universität.

In diesem Zusammenhang ist auch noch festzuhalten, dass es für kleinere Firmen oder Projekte trotz Hilfestellungen ungleich schwieriger ist als für größere InteressentInnen, sich über die Antragsmodalitäten zu informieren und Anträge zu stellen. Auch das ist für die echte Angleichung von Lebensbedingungen eher ein Hindernis.

Im Hinblick auf die kommende Förderperiode 2014-2020 ist aus linker Sicht jedenfalls zu fordern, die Förderpraxis konsequent auf die Angleichung von Lebensbedingungen, auf die Bekämpfung von Armut und auf ökologische Nachhaltigkeit auszurichten. Dabei dürfen Kohäsionsmittel nicht an die Einhaltung von ex-ante- oder ex-post-Konditionalitäten einer fatalen Austeritätspolitik geknüpft werden, die krisengeschüttelte EU-Länder für alle sichtbar nur tiefer in die Krise führt. Kohäsion heißt vom Wortsprung her „Zusammenhängen“, es sollte um ein Miteinander gehen, um das Füreinandereinstehen über Ländergrenzen hinweg – ganz im Sinne von Che Guevara: „Solidarität ist die Zärtlichkeit der Völker“.

Quelle istockphoto



Nachhaltige ländliche Entwicklung – Alternativen zur heutigen Gemeinsamen EU-Agrarpolitik (GAP)

Enno Rosenthal, Sprecher AG Agrarpolitik/ländlicher Raum beim Parteivorstand DIE LINKE.

Die Entwicklung der urbanen Zentren schreitet unaufhaltsam voran. Wirtschaftskraft, Infrastruktur, vielfältige Bildungs-, Beschäftigungs-, Wissenschafts-, Kultur- und Freizeitangebote zeitigen Innovations- und Kreativitätspotenziale einer ständig wachsenden Bevölkerung. In den Metropolregionen schlägt der Puls unserer Zeit.

Abseits der Ballungszentren lebt aber etwas weniger als die Hälfte der 500 Mio. Menschen in der EU. 85% der Landfläche sind ländlich geprägt und bilden unsere vielfältigen Landschaften. Unsere Luft zum Atmen, unser Trinkwasser, unsere Nahrung und die Biodiversität unserer Natur werden in den ländlichen Regionen reproduziert, es sind unsere Lebensgrundlagen.

Die nachhaltige Nutzung der natürlichen Ressourcen bildet eine wichtige Versorgungsgrundlage und ist ein wichtiger wirtschaftlicher Faktor für die ländliche Entwicklung. Die Agrarwirtschaft, also Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Gartenbau und Fischerei haben als Primärproduktion dabei eine Schlüsselrolle.

Gemeinsame Agrarpolitik der EU (GAP)

Nahrung, nachwachsende Rohstoffe, Bio-Energieträger, deren großer Mangel nach dem verheerenden II. Weltkrieg, waren so wichtig, dass eine gemeinsame europäische Agrarpolitik die älteste und bisher am konsequentesten vergemeinschaftete Politik der Europäischen Union darstellt. Die Verhältnisse haben sich im Laufe der Zeit geändert. Aus Mangel wurde Überfluss und Überfluss verlangt nach Qualität. Die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) wurde den jeweiligen Erfordernissen teilweise nur zögerlich angepasst. Immer wieder waren die Verhandlungen zur GAP eine Nagelprobe für den Zusammenhalt der Gemeinschaft, bisher konnte sie aber immer weiterentwickelt werden.

In der aktuellen Diskussion geht es um Sicherheit (der Versorgung), Gerechtigkeit (der Verteilung), Umweltschutz (der Lebensgrundlagen) und Partizipation (der ländlichen und städtischen Bevölkerung). Dabei wird sich sehr auf die Direktzahlungen der sog. I. Säule der GAP konzentriert (insgesamt jährlich 373 Mrd. Euro, entspricht 39% vom EU-Haushalt); immerhin fließen davon direkt 278 Mrd. Euro jährlich (entspricht 29%

des EU-Budgets) an 6 Mio. Agrarbetriebe in Europa.

Die II. Säule der GAP (insgesamt jährlich 85 Mrd. Euro, entspricht 8,9% vom EU-Haushalt) umfasst Maßnahmen zur Förderung durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER). Investitionen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit land- und forstwirtschaftlicher Betriebe durch Innovationen, Technologieeinsatz und Bildungsmaßnahmen mit dem Ziel, Einkommen und Beschäftigung zu sichern, werden anteilig gefördert. Außerdem werden Maßnahmen zur Verbesserung der Umwelt und der Landschaft bezuschusst, sowie natur- und umweltbezogene Einschränkungen der Landwirtschaft ausgeglichen. Die Diversifizierung der ländlichen Wirtschaft und Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensqualität auf dem Lande werden ebenfalls unterstützt.

Für die spezifischen Bedingungen der ländlichen Räume und der Agrarwirtschaft gibt es zur GAP keine gesamteuropäische Alternative. Eine Perspektive für nachhaltige Entwicklung der ländlichen Räume muss aus den bestehenden Politiken der EU, insbesondere der GAP selbst, entwickelt werden.

Aktuelle Herausforderungen und Probleme

Wie wir überall in Europa sehen können, häufen sich wirtschaftliche, soziale und ökologische Probleme, breite Bevölkerungsschichten partizipieren nicht in ausreichendem Maße von dem erreichten Entwicklungsniveau, Verbraucher-, Klima- und Umweltschutz werden nicht ausreichend gewährleistet.

Vor diesem Hintergrund sind verstärkte gemeinsame Anstrengungen der Mitgliedsstaaten und der EU-Institutionen notwendig, damit die Probleme mit hoher Effizienz und Effektivität und wachsender allgemeiner Akzeptanz angegangen werden können. Deshalb ist die GAP nicht isoliert zu betrachten. Ansatzweise hat die Europäische Kommission durch Kommissar Dacian Ciolos einen GAP-Reformvorschlag unterbreitet, der zu mehr Wirtschaftlichkeit und Umweltverträglichkeit sowie Verteilungsgerechtigkeit der Direktzahlungen an die Landwirtschaftsbetriebe führen könnte. Aber selbst die zaghaftesten Versuche, z.B. 30 % der Beihilfen an verbindliche Umweltkriterien (Greening) zu binden, um den Biodiversitäts- und Klimazielen gerechter zu werden, sind schon aufgeweicht. Von sozialen Standards ist in der GAP keine Rede.

Die strukturellen Verwerfungen der Branche sollen unberücksichtigt bleiben (Kappung und Degression für große Betriebe bei Gegenrechnung der Lohnkosten und Freistellung von Genossenschaften als „echte Mehrfamilienbetriebe“). Selbst die Solidarität bei der Angleichung der Prämien zwischen den Mitgliedsstaaten wird, wenn es konkret wird, in Frage gestellt. Die Bundesrepublik Deutschland erweist sich in besonderem Maße als Fortschrittsbremse.

Jetzt haben wir die Situation, dass auf niedrigem Niveau alles beim Alten bleibt und die Lösung der Probleme in die Zukunft verschoben wird.

Noch verheerender sieht es in der sog. II. Säule schon aufgrund der vorgenommenen Budgetkürzungen aus. Eine nachhaltige Entwicklung der ländlichen Räume, insbesondere die Herausforderungen wie der demografische Wandel, Armutsbekämpfung, Ressourcen-, Umwelt- und Klimaschutz sowie internationale Verantwortung, sind verstärkt durch die Finanzprobleme der Mitgliedsstaaten nach dem derzeitigen Stand kaum lösbar.

Die GAP als Chance für Europas Zukunft

Auch die GAP, und vielleicht besonders die GAP als vollständig vergemeinschaftete Politik, kann zur Transformation der EU zu einer Wirtschafts-, Finanz-, Sozial- und Umweltunion beitragen, indem sie z.B. konsequent die Direktzahlungen in der Agrarwirtschaft auf nichtmarktfähige Leistungen zur Gewährleistung von Umwelt- und Sozialstandards bei der nachhaltigen Nutzung der natürlichen Ressourcen für alle Landnutzungsformen abstellt. Unter zusätzlicher Berücksichtigung von Gesundheits-, Verbraucher-, Natur- und Tierschutzaspekten kann die Sicherung unserer Lebensgrundlagen honoriert werden. Das würde eine weitaus bessere Akzeptanz finden als das jetzige Modell.

Zur besseren Lösung der wirtschaftlichen, sozialen und Umweltprobleme in ländlichen und städtischen Regionen könnte eine Verschmelzung, zumindest weitere Verzahnung der Strukturfonds EFRE, ESF und ELER beitragen, wobei eine verbesserte Partizipation der Bevölkerung durch Stärkung der Regional- und Bottom-up-Prinzipien erreicht werden könnte. Schon jetzt überschneiden sich die Politikinstrumente in der Fläche, deshalb erscheint eine Bündelung, Straffung und Reorganisation angezeigt. Innovative, kooperative, umwelt- und sozialverträgliche Wirtschaftsinvestitionen, Infrastruktur und Daseinsvorsorge, aktive Armutsbekämpfung, Forschung und Bildung, aktive Umwelt- und Naturschutzmaßnahmen sowie branchenübergreifende überregionale und internationale Zusammenarbeit sind wichtige Inhalte eines alternativ reformierten Politikinstrumentariums für eine kohärente Strukturpolitik in der gesamten EU.

Die Zukunft der GAP hängt von ihrer konsequenten Weiterentwicklung durch Ausrichtung auf alle Nachhaltigkeitsfaktoren und Bündelung der Instrumente ab. Gesamteuropäische Koordinierung und Kontrolle sowie nationale und regionale Umsetzungsverantwortung, Evaluation unter Beteiligung der Wirtschafts- und Sozialpartner werden zu mehr Wettbewerbsfähigkeit, sozialer Gerechtigkeit, Umweltschutz und Partizipation der Menschen führen.

Es besteht berechtigte Hoffnung auf eine bessere Lösung der gegenwärtigen Probleme, wenn die fortschrittlichen Kräfte und Parteien in Europa diesbezüglich zusammenarbeiten, und mehr Demokratie und Transparenz in der Europäischen Union Einzug hält. In diesem Zusammenhang kommt einem Politikwechsel in der Bundesrepublik Deutschland aufgrund seiner Wirtschaftskraft, Bevölkerungszahl und Finanzkraft eine besondere Bedeutung zu. Dieser Verantwortung für unser Land und für Europa sollten wir auch als LINKE gerecht werden.

Sankt Pölten CEFRAME internationales Projekt zur Verhinderung von Überflutungen Österreich 2010



Die Europäische Fördermittelpolitik und ihre Herausforderungen in Frankreich

*Younous Omarjee, französischer Abgeordneter für die linke Fraktion GUE/NGL im Regionalausschuss des Europaparlaments, Delegation Front de Gauche
(Übersetzung: Manuela Kropp)*

Die europäische Fördermittelpolitik ist ein Ausdruck von Solidarität mit den ärmeren Regionen innerhalb der EU und zielt darauf, wirtschaftliche, soziale und territoriale Entwicklungsunterschiede abzubauen. Sie ist sowohl Umverteilungs- als auch Investitionspolitik, und richtet sich auf die Schaffung von Arbeitsplätzen, die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit, wirtschaftliches Wachstum, verbesserte Lebensqualität und nachhaltige Entwicklung.

Auch in Frankreich ist der Wohlstand zwischen den verschiedenen Regionen ungleich verteilt. Einige Regionen sind von der Natur gesegnet (Ile de France, das Elsass, Rhone-Alpen), wohingegen andere Regionen über weniger Ressourcen verfügen und demzufolge von einer starken Abwanderung betroffen sind (Limousin, Lorraine, Nord-Pas-De-Calais). Die am wenigsten entwickelten Regionen sind die französischen Überseegebiete im Indischen Ozean und in der Karibik, wie La Réunion, Guadeloupe, Martinique und Französisch Guyana, die mit den Herausforderungen ihrer abgeschiedenen Lage zu kämpfen haben. Dort konnte die europäische Fördermittelpolitik die Transportinfrastruktur verbessern, die Verbreitung des Internets ermöglichen, kleine und mittleren Unternehmen fördern, in Technologien für eine saubere Umwelt investieren und Weiterbildungsmaßnahmen unterstützen.

In der aktuellen Förderperiode 2007-2013 erhält Frankreich ca. 14 Milliarden Euro, wobei davon 3,2 Milliarden unter dem Konvergenz-Ziel an die ärmsten Regionen gezahlt werden, 10,3 Milliarden an die reicheren Regionen gehen, und 860 Mio. Euro für die Förderung der territorialen Zusammenarbeit verwendet werden.

In Frankreich gehören nur die Überseegebiete zu den ärmsten Regionen, alle anderen, vor allen Dingen die Metropolregionen können zu den reicheren Regionen gezählt werden.

In der Förderperiode zwischen 2000 und 2006 kofinanzierte die EU in den französischen Regionen ca. 140 000 Projekte und schuf so direkt und indirekt ca. 200 000 Arbeitsplätze.

Gebiete in äußerster Randlage

Die französischen Gebiete in äußerster Randlage sind zum großen Teil die Inseln im Indischen Ozean und in der Karibik, die oft mit extremen Wetterphänomenen wie Orkanen und starken Winden zu kämpfen haben. Die Abgelegenheit, die Insellage, die Oberflächenstruktur, das schwierige Klima und die wirtschaftliche Abhängigkeit aufgrund der geringen Zahl selbst hergestellter Waren behindern eine volle Entfaltung dieser Regionen. Die Arbeitslosenrate ist sehr hoch, sie beträgt unter den Jugendlichen bis zu 60%.

Es ist wichtig, dass die Besonderheiten dieser Regionen auch in Zukunft von der europäischen Fördermittelpolitik berücksichtigt werden, denn die Gelder ermöglichen einen Aufholprozess für diese Regionen. Bspw. erhöhte sich das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf zwischen 2000 und 2006 durchschnittlich um 1,5% in Martinique, Guadeloupe, La Réunion und Französisch Guyana. Im Zeitraum von 2007-2013 erhielten diese Regionen zusätzlich eine Sonderzuteilung von 481,6 Millionen Euro, um die Anbindung an den Europäischen Binnenmarkt zu fördern und so ihre wirtschaftliche Entwicklung zu unterstützen.

Gebiete unter dem Ziel „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“

Die reicheren Regionen in Frankreich erhalten die Fördergelder unter der Kategorie „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“. In Frankreich wurden dazu 36 Operationelle Programme aufgelegt, von denen 31 ihre Gelder aus dem Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung, und fünf aus dem Europäischen Sozialfonds erhalten. 4,2 Mrd. Euro wurden für Forschung und Entwicklung zugeteilt, 1,4 Mrd. für die Förderung des Unternehmertums und kleine und mittlere Unternehmen, 1,1 Mrd. für den Transportsektor und 636 Mio. für die Förderung der Informationsgesellschaft, wobei der Fokus auf der Vernetzung mit abgelegenen und dünn besiedelten Regionen lag.

Territoriale Zusammenarbeit

Das Ziel der territorialen Zusammenarbeit ist, die Kooperation über Grenzen hinweg zu ermöglichen und Netzwerke für den Erfahrungsaustausch zwischen Regionen und Städte in der gesamten EU entstehen zu lassen. Frankreich ist Teil von 20 Programmen zur Förderung der territorialen Zusammenarbeit: es gibt acht grenzüberschreitende Pro-

gramme mit dem Vereinigten Königreich, Belgien, Deutschland, Italien und Spanien und fünf transnationale Kooperationsprogramme.

Obwohl die Verhandlungen über die zukünftige finanzielle Ausstattung der europäischen Fördermittel-Fonds noch nicht beendet sind, scheinen wir einen kleinen Sieg für die Regionen in äußerster Randlage erreicht zu haben: trotz vorgesehener Budgetstreichungen wird die finanzielle Zuweisung für die ultraperipheren Regionen auf dem aktuellen Niveau bleiben.

La Réunion, Solarzellenprojekt



Die Bedeutung der EU-Fördermittel für die europäischen Regionen und Griechenland

Nikos Chountis, griechischer Abgeordneter der linken Fraktion GUE/NGL im Europaparlament, Delegation SYRIZA (Übersetzung: Manuela Kropp)

Die Entwicklungsunterschiede und Ungleichheiten zwischen den verschiedenen europäischen Regionen waren schon bei Entstehung der EU ein fundamentales und strukturelles Problem: die Teilung in Zentrum und Peripherie, Süden und Norden, reiche und arme Länder. Die europäische Regionalpolitik sollte die Ungleichheiten, die vor der Gründung der EU bestanden bzw. durch diese verstärkt wurden, reduzieren. Tatsächlich nehmen aber seit ein paar Jahren die Entwicklungsunterschiede zu und nicht ab. Heutzutage muss man den Eindruck gewinnen, dass der wirtschaftliche und soziale Zusammenhalt beim politischen Agendasetting weniger wichtig ist. Mit ihren neoliberalen Politikansätzen vergrößert die EU die Entwicklungsunterschiede und vernachlässigt das Ziel einer tatsächlichen Angleichung der Lebensstandards.

Die Auswirkungen der Krise werden offensichtlich, und zwar in allen Regionen der EU, aber eben besonders in der südlichen Peripherie, wo sich die sozio-ökonomische Lage dramatisch verschlechtert hat. Die Wirtschaftssysteme der verschiedenen Mitgliedstaaten werden nacheinander von der Rezession erfasst, bei einhergehendem dramatischen Anstieg der Armut und Arbeitslosigkeit. In dieser Situation gewinnen die europäischen Fördermittel bzw. die Kohäsionspolitik an Bedeutung, gerade für die von der Krise am schwersten getroffenen Länder, wie zum Beispiel Griechenland. Denn die Kohäsionspolitik kann zu wirtschaftlicher Erholung und Abmilderung der sozialen Ungleichheiten durch nachhaltiges und inklusives Wachstum beitragen.

Die von der EU verordneten Sparprogramme üben einen hohen Druck auf die nationalen Haushalte aus, so dass dort die finanziellen Mittel für die Umsetzung der europäischen Programmen und staatlichen Investitionen extrem begrenzt werden. Vor allem die Staaten, die unter der Aufsicht der Troika stehen, leiden unter Budgetkürzungen, so dass Investitionen in die Infrastruktur, ins Gesundheitswesen, in Bildung und soziale Sicherungssysteme gestrichen oder ausgesetzt werden und auf diese Weise das soziale Gefüge dieser Staaten bedrohen.

Der Europäische Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) und der Europäische Sozialfonds (ESF) können die notwendigen Finanzmittel beisteuern, um solche Investitionen zu ermöglichen. Die Herausforderung besteht darin, diese Fördermittel in die richtigen

Bahnen zu lenken, um kleinen und mittleren Unternehmen unter die Arme zu greifen und Engpässe bei der Infrastrukturausstattung anzugehen.

Unglücklicherweise scheint sich die EU der wichtigen Rolle der Fördermittel-Fonds nicht bewusst zu sein. Im Gegenteil, momentan arbeitet die EU daran, die Fördermittelpolitik mit neoliberalen und unsozialen Politikansätzen zu vermischen. Zum Beispiel wird die Kohäsionspolitik in der neuen Förderperiode 2014-2020 teilweise unter die EU-Wachstumsstrategie „EU 2020“ untergeordnet. Der Zugang zu Fördermitteln wird davon abhängig gemacht, wie die makroökonomischen Daten eines Mitgliedstaates aussehen – d.h. die Fonds werden als Erpressungs- und Bedrohungsinstrument missbraucht. In diesem Zusammenhang sind die vorgeschlagenen Kürzungen im neuen Mehrjährigen Finanzrahmen zu sehen, die für die Kohäsionspolitik ca. 8% betragen sollen, ausgerechnet zu einer Zeit, wo doch die Marschrichtung die genau entgegengesetzte sein müsste. Hinzu kommt, dass die Fördermittel zugunsten der reicheren Mitgliedstaaten umverteilt werden und der Fokus künftig weniger stark bei den armen Ländern liegt. Beispielsweise wird Griechenland in der neuen Förderperiode 2014-2020 ca. sechs Milliarden Euro weniger erhalten als in der aktuellen Förderperiode 2007-2013.

In Griechenland, wo die Krise und die Umsetzung der Sparpolitik verheerende Folgen haben, könnte eine Kohäsionspolitik, die einen alternativen Entwicklungsansatz verfolgt zu Wachstum und Entwicklung des produzierenden Sektors beitragen. Bei optimaler Nutzung dieser Gelder durch lokale Behörden, demokratischer Beteiligung der Betroffenen, und genügend Flexibilität der Förderziele könnten inklusives Wachstum und eine höhere Beschäftigungsrate erreicht werden.

Bis jetzt ist die Umsetzung der Förderprogramme durch alle griechischen Regierungen von Schwächen in der Verwaltung, Intransparenz, überbordender Bürokratie und Korruption gekennzeichnet gewesen.

Sollte in Zukunft der Sanktionsmechanismus der makroökonomischen Konditionalität tatsächlich Realität werden, womit Fördergelder gestrichen werden können, sobald die europäischen Verschuldungskriterien verletzt sind, dann ist dies der Todesstoß für Griechenland. Alles dieses deutet darauf hin, dass die Hauptsorge der EU darin besteht sicherzustellen, dass keine Regierung in der EU eine antizyklische Entwicklungspolitik betreiben kann.

So sind die europäische Kohäsionspolitik und die Antikrisenpolitik unfähig, die wachsenden Probleme und Herausforderungen zu bewältigen. In Zeiten der Krise muss die Rolle der Kohäsionspolitik gestärkt werden bei gleichzeitiger stärkerer Flexibilisierung der Einsatzfelder der Fördermittel, um auf die Bedürfnisse der Menschen und Regionen

eingehen zu können. Und natürlich muss die Fördermittelpolitik von sämtlichen neoliberalen und makroökonomischen Kontrollversuchen befreit werden, denn ansonsten wachsen soziale Ungleichheit, Armut und Arbeitslosigkeit, und die europäischen Staaten stürzen ins Elend.

Bau neuer Straßenbahn in Athen, Griechenland



Europäische Fördermittelpolitik – der Ausgleichsmechanismus in Zeiten der Wirtschaftskrise

Manuela Kropp, Wissenschaftliche Mitarbeiterin bei Dr. Cornelia Ernst im Europaparlament

Angesichts der derzeitigen angespannten wirtschaftlichen Lage in der EU, der Rekordarbeitslosigkeit in vielen Mitgliedstaaten und der katastrophal hohen Jugendarbeitslosigkeit stellt sich die Frage, welche Mechanismen zur Abmilderung der Folgen der Rezession bereitstehen. Ein Mechanismus hat sich nachweislich seit vielen Jahren bewährt: die europäische Regionalpolitik, die durch die Fördermittel aus den verschiedenen Fonds zu einer Erhöhung der Kapazität im Bereich des verarbeitenden Gewerbes und der Steigerung der Produktivität in vielen Regionen geführt hat.³³

Die Frage, ob die europäische Integration zu mehr Annäherung oder Auseinanderdriften des Lebensstandards in den verschiedenen Regionen geführt hat, lässt sich nicht eindeutig beantworten. Einerseits kam es zu einer Annäherung zwischen den verschiedenen Mitgliedstaaten, andererseits kam es zur Vergrößerung der Unterschiede zwischen den verschiedenen Regionen innerhalb der Mitgliedstaaten.³⁴

Beispielsweise lag zur Jahrtausendwende (noch vor der EU-Osterweiterung 2004)³⁵ das Pro-Kopf-Einkommen der reichsten Region fünf Mal höher als das der ärmsten Region. Nach der Erweiterung im Jahre 2004 sind die Entwicklungsunterschiede noch größer geworden: das durchschnittliche Bruttoinlandsprodukt pro Kopf ist in den neuen zehn Mitgliedstaaten³⁶ nur halb so groß wie das durchschnittliche BIP für die gesamte EU.³⁷

Die Europäische Union bzw. die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft ist seit jeher mit starken Entwicklungsunterschieden zwischen den verschiedenen Regionen konfrontiert. Der Europäische Sozialfonds wurde mit der Gründung der Europäischen Wirt-

33 John Bradley et al., Die wirtschaftliche Rentabilität der Kohäsionsausgaben für die Mitgliedstaaten, Brüssel 2009, S.18; Siehe auch: Prognos AG, Umsetzung des Ziels „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“ im Rahmen der europäischen Strukturpolitik und Handlungsoptionen für seine Fortführung in der Förderperiode 2014-2020, Berlin 2010

34 Willem Molle, European Cohesion Policy, S.34f.

35 Die Mitgliedstaaten waren: Deutschland, Frankreich, Italien, Belgien, Niederlande, Luxemburg, Vereinigtes Königreich, Irland, Dänemark, Griechenland, Portugal, Spanien, Österreich, Schweden, Finnland

36 Estland, Lettland, Litauen, Polen, Tschechien, Slowakei, Slowenien, Malta, Zypern, Ungarn

37 Willem Molle, European Cohesion Policy, S. 4f.

schaftsgemeinschaft im Jahre 1957 ins Leben gerufen und bildete den ersten Solidaritätsmechanismus zwischen den Regionen. 1975 wurde dann das wichtigste Instrument der Regionalpolitik, der Europäische Fonds für Regionale Entwicklung eingerichtet, um regionale Unterschiede zwischen den verschiedenen Regionen ausgleichen zu können. 1986 erhält die europäische Gemeinschaft die Zuständigkeit für den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt – die Einheitliche Europäische Akte schreibt vor, dass die Regionalpolitik „den Abstand zwischen den verschiedenen Regionen und den Rückstand der am wenigsten begünstigten Gebiete“ verringern soll.

Es sind natürlich vor allen Dingen die Mitgliedstaaten, deren Bruttoinlandsprodukt am weitesten unter dem EU-Durchschnitt liegt, die von der Regional- und Kohäsionspolitik profitieren. Jedoch lässt sich das nicht auf die simple „Nehmer- und Geberländer-Diskussion“ verkürzen. Denn zum einen erhalten auch reiche Regionen Gelder aus den Strukturfonds, zum anderen profitieren reichere Regionen und Mitgliedstaaten auch indirekt durch die wirtschaftliche Verflechtung von den Geldern, die in die ärmeren Regionen fließen. Denn durch die Fördermittel, die in die ärmeren Regionen fließen, steigt dort die Nachfrage nach z.B. Maschinen und Technologie und eröffnet vor allen Dingen für „Geberländer“, die intensive Handelsbeziehungen zu den „Empfängerländern“ haben (insbesondere Deutschland, Frankreich und Italien) neue Export- und Absatzmöglichkeiten für ihre Produkte.³⁸

2008: Beginn der Finanz- und Wirtschaftskrise

Die 2008 einsetzende Finanz- und Wirtschaftskrise hat die Rahmenbedingungen für die Kohäsionspolitik radikal verändert. Das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts in der EU, das im Jahre 2008 bereits sehr niedrig war (0,3%), schrumpfte 2009 um mehr als 4%. In den Jahren 2010 und 2011 verzeichnete die EU wieder positive Wachstumsraten, die für 2012 jedoch wieder rückläufig sind. Die Rezession hat die baltischen Staaten, Griechenland, Irland, Portugal und Spanien besonders hart getroffen. Die baltischen Staaten und Irland fanden wieder zu einem positiven Wachstum zurück. Portugal und Spanien befinden sich 2012 und 2013 immer noch in der Rezession. Zypern und Griechenland sind mit einem anhaltenden Rückgang des Bruttoinlandsprodukts konfrontiert.³⁹

38 John Bradley et al., Die wirtschaftliche Rentabilität der Kohäsionsausgaben für die Mitgliedstaaten, Brüssel

Quelle: *EPRC Policy Briefing, Cohesion Policy 2014-2020*: bericht 2013 über die Umsetzung der Programme 2007-National Allocations, 25. Februar 2013 (Stand: 4. Juni 2013)

Die Beschäftigung in der EU ist seit Beginn der Krise erheblich zurückgegangen. In den fünf Jahren bis zum letzten Quartal 2012 gingen sechs Millionen Arbeitsplätze verloren. Nach einer leichten Erholung Anfang 2010 wird seit Mitte 2011 ein Abwärtstrend verzeichnet. Die Arbeitslosenquote lag im Januar 2013 bei 10,8%, ein Jahr davor allerdings nur bei 8,1%. Die neuesten Zahlen zeigen eine deutliche Kluft zwischen den Mitgliedstaaten, insbesondere zwischen dem Norden und dem Süden der Eurozone. Noch nie war die Kluft zwischen der niedrigsten und der höchsten Arbeitslosenquote (4,9% in Österreich und 27% in Griechenland) so groß.⁴⁰

Der Wirtschaftsabschwung hat ferner eine drastische Verschlechterung des Geschäftsklimas und einen Einbruch beim Verbrauchervertrauen bewirkt. Die Gesamtinvestitionen fielen im EU-Schnitt von 21% des BIP im Jahr 2008 auf 18% im Jahr 2012.⁴¹

Reaktionen auf die Finanz- und Wirtschaftskrise

Viele Mitgliedstaaten begannen mit Einsetzen der Krise, die sogenannten Operationellen Programme (Programme für die Verwendung der europäischen Fördermittel) umzuschreiben, um auf die neuen Herausforderungen reagieren zu können. Knapp 36 Milliarden Euro (bzw. 11% der Gesamtsumme an europäischen Fördermitteln) wurden von den Mitgliedstaaten in einen anderen Bereich umgeleitet. Die wichtigsten Änderungen führten zu einem Anstieg der Ausgaben für Innovation und Forschung & Entwicklung, allgemeine Unternehmensunterstützung, nachhaltige Energie, Kultur- und Sozialinfrastruktur, Straßen und Arbeitsmarkt. Einsparungen fanden vor allen Dingen in Bereichen statt, wo die Mitgliedstaaten krisenbedingt eine geringere Nachfrage sahen oder wo sich die eingeplanten Mittel als zu hoch erwiesen haben. Dies betraf vor allen Dingen Dienstleistungen für die Informations- und Kommunikationstechnologien, Umweltmaßnahmen, Schienenverkehr und allgemeine und berufliche Bildung.⁴²

Gerade in Zeiten der Finanz- und Wirtschaftskrise sind die europäischen Fördermittel besonders wichtig für die Mitgliedstaaten. Wenn man die Höhe der Fördermittel ins Verhältnis zum nationalen Bruttoinlandsprodukt und zur Höhe der staatlichen Ausgaben für Anlageinvestitionen setzt, so zeigt sich die Bedeutung dieser Gelder. In vielen Mitgliedstaaten machen die europäischen Fördermittel einen erheblichen Anteil der

40 Ebda.

41 Ebda.

42 Ebda.

staatlichen Anlageinvestitionen⁴³ aus: In Bulgarien betragen die europäischen Fördermittel 54 % der staatlichen Anlageinvestitionen, in Ungarn 67 %, in Griechenland 28 %, in Polen 34 %, in Portugal 30 %. In Deutschland betragen sie immerhin 3 %.⁴⁴ Eine genaue Auflistung befindet sich im Anhang (Tabelle 2).

Das Problem, dass sich angesichts der Wirtschaftskrise für viele Mitgliedstaaten stellt, ist die notwendige Kofinanzierung⁴⁵ der europäischen Fördermittel durch die nationale Ebene. Also stehen die Mitgliedstaaten zweifach unter Druck: einerseits sollen sie durch die Vorgaben der europäischen Verschuldungskriterien ihre Haushalte konsolidieren, andererseits müssen sie Mittel bereitstellen, um überhaupt in den Genuss der europäischen Fördergelder zu kommen. Angesichts der Wirtschaftskrise fällt das den Mitgliedstaaten zunehmend schwerer und die Europäische Kommission hat als Reaktion bereits eine Verlangsamung der Mittelbeantragung feststellen müssen.⁴⁶ Deshalb hat die Europäische Kommission beschlossen, den Kofinanzierungsanteil, der von der EU kommt, zu erhöhen (ohne die Gesamthöhe der Förderung zu erhöhen). Ansonsten wären einige Mitgliedstaaten nicht mehr in der Lage gewesen, die europäischen Fördermittel zu beantragen.⁴⁷

Die Problematik der unzureichenden nationalen Kofinanzierung hat auch das Europäische Parlament in einer EntschlieÙung⁴⁸ zur Abrufung der europäischen Fördermittel behandelt. Es formuliert ganz klar, dass die weltweite Wirtschaftskrise dazu führt, dass die Mitgliedstaaten im Zweifelsfalle nicht mehr die nationale Kofinanzierung für die Projekte aufbringen können. Und es richtet die Forderung an die Mitgliedstaaten, den EU-Haushalt so gut auszustatten, dass diese Engpässe bei den Mitgliedstaaten von dem EU-Haushalt aufgefangen werden können.

43 Anlageinvestitionen sind dauerhafte Produktionsmittel, die zur langfristigen Nutzung bestimmt sind. (Zum Beispiel der Bau eines Krankenhauses, neue Computerausstattung, Bau von neuen Straßen.)

44 European Commission, Expert Evaluation Network, Synthesis of National Reports 2012, January 2013

45 Die Projekte, die europäische Fördermittel erhalten, müssen zu einem gewissen Prozentsatz auch nationale Gelder erhalten, dies ist die sogenannte Kofinanzierung. Bspw. trägt die EU bei den ärmsten Regionen bis zu 85 % der Projektkosten, so dass der Mitgliedstaat dann nur noch 15 % der Projektkosten übernehmen muss. Bei reicheren Regionen übernimmt die EU 50 % der Projektkosten.

46 European Commission, Expert Evaluation Network, Synthesis of National Reports 2012, January 2013

47 Für Frankreich wurde die europäische Kofinanzierung um 2 Prozentpunkte angehoben, ebenso für das Vereinigte Königreich, 3 Prozentpunkte für Italien, 6 für Belgien und Irland. Ebenso 6 für Griechenland, und 8 für Spanien. Die stärkste Erhöhung gab es für Portugal: 12 Prozentpunkte mehr an europäischer Kofinanzierung. (European Commission, Expert Evaluation Network, Synthesis of National Reports 2012, January 2013)

48 EntschlieÙung des Europäischen Parlaments vom 27. September 2011 zur Abrufung von Struktur- und Kohäsionsfondsmitteln: Lehren für die künftige Kohäsionspolitik der EU (2010/2305(INI))

Gerade in Zeiten der Wirtschaftskrise muss die europäische Regionalpolitik als Solidaritätsmechanismus zwischen den Regionen und Mitgliedstaaten erhalten bleiben. Sie spielt eine wichtige Rolle beim Füllen der Investitionslücke, die durch den Spardruck, der auf den nationalen Haushalten lastet, entstanden ist. Die Teilhabe aller Mitgliedstaaten an den europäischen Fördertöpfen muss sichergestellt werden. Dies ist eine der Herausforderungen für das künftige europäische Mehrjahres-Budget und die Reform der Regionalpolitik.

Bajo Guadiana - Brücke zwischen Spanien und Portugal



Anhang – Zum Weiterlesen

- Die Kohäsionspolitik 2007 - 2013 Erläuterungen und offizielle Texte, Leitfaden Januar 2007
http://ec.europa.eu/regional_policy/sources/docoffic/official/regulation/pdf/2007/publications/guide2007_de.pdf
- Prognos AG, Umsetzung des Ziels „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“ im Rahmen der europäischen Strukturpolitik und Handlungsoptionen für seine Fortführung in der Förderperiode 2014 - 2020, Berlin 2010;
<http://www.bmwi.de/BMWi/Redaktion/PDF/Publikationen/umsetzung-ziel-regionale-wettbewerbsfaehigkeit-und-beschaeftigung.property=pdf,bereich=bmwi,sprache=de,rwb=true.pdf>
- Gefra, Anforderungen und Handlungsoptionen für den Einsatz der europäischen Strukturpolitik in den Jahren 2014 - 2020 in den neuen Bundesländern einschließlich Berlin, Juni 2010;
<http://www.bmwi.de/BMWi/Redaktion/PDF/Publikationen/anforderungen-und-handlungsoptionen-einsatz-europaeische-strukturpolitik.property=pdf,bereich=bmwi2012,sprache=de,rwb=true.pdf>
- Inforegio – Seite der Europäischen Kommission zur Regionalpolitik;
http://ec.europa.eu/regional_policy/index_de.cfm
- Entschließung des Europäischen Parlaments vom 13. März 2013 zu den Schlussfolgerungen des Europäischen Rates im Rahmen seiner Tagung vom 7./8. Februar betreffend den mehrjährigen Finanzrahmen (2012/2803(RSP));
<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=TA&reference=P7-TA-2013-0078&language=DE&ring=B7-2013-0129>
- Entschließung des Europäischen Parlaments vom 7. Oktober 2010 zur Kohäsions- und Regionalpolitik der EU nach 2013 P7_TA(2010)0356;
<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2010-0356+0+DOC+XML+V0//DE>
- Entschließung des Europäischen Parlaments vom 8. Juni 2011 zu der Investition in die Zukunft: ein neuer mehrjähriger Finanzrahmen (MFR) für ein wettbewerbsfähiges, nachhaltiges und inklusives Europa (2010/2211(INI))
<http://eurlex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2012:380E:0089:0119:DE:PDF>

Glossar

Europäischer Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE)	Eingerichtet 1975, fördert v.a. Investitionen von Unternehmen, Infrastrukturen für Forschung, Innovation, Umwelt, Energie und Transport, Finanzierungsinstrumente (Risikokapitalanlagen zur Unterstützung der regionalen Entwicklung), technische Hilfsmaßnahmen.
Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER)	Wurde 2005 eingerichtet, nahm 2007 seine Tätigkeit auf; fördert Projekte in der Forst- und Landwirtschaft, zur Verbesserung des Umwelt- und Tierschutzes, zur Steigerung der Lebensqualität im ländlichen Raum und Diversifizierung der ländlichen Wirtschaft.
Europäischer Sozialfonds (ESF)	Eingerichtet 1957, aus ihm werden Projekte v.a. für Beschäftigte, Weiterbildungsmaßnahmen, soziale Integration und transnationale Maßnahmen gefördert.
Fördermittelpolitik	Siehe Kohäsionspolitik
Kofinanzierung	Die EU gewährt keine Vollfinanzierung für Projekte, sondern es muss noch eine Finanzierung von dritter Seite gewährt werden.
Kohäsionsfonds (der)	Hilft den Mitgliedstaaten, deren Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Einwohner unter 90% des EU-Durchschnitts liegt; Im Zeitraum 2007 - 2013 werden gefördert: Bulgarien, Rumänien, Zypern, Estland, Griechenland, Ungarn, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Portugal, die Tschechische Republik, die Slowakei und Slowenien. Spanien erhält eine Übergangsförderung, da das spanische BIP pro Einwohner unter dem Durchschnitt der EU-15 liegt; Schwerpunkte: transeuropäische Transportnetze, effiziente Energienutzung, erneuerbare Energien, Entwicklung des Bahnverkehrs.
Kohäsionsfonds (die)	Unter dem Begriff „die Kohäsionsfonds“ werden oftmals EFRE, ESF und der Kohäsionsfonds zusammengefasst.
Kohäsionspolitik	Kohäsionspolitik ist gleichbedeutend mit der EU-Regionalpolitik / Strukturpolitik / Fördermittelpolitik; Grundlage ist der Art. 174 im Vertrag über die Arbeitsweise der EU; von 2007 - 2013 ca. 347 Mrd. Euro für Kohäsionspolitik im EU-Haushalt; Ziel ist Verringerung der Unterschiede zwischen den 271 Regionen in EU.
Mehrfähriger Finanzrahmen (MFR)	Auf sieben Jahre ausgerichteter Finanzrahmen für den EU-Haushalt; wird vom Europäischen Rat vorgeschlagen, das EU-Parlament kann keine Änderungsanträge einbringen, muss aber dem Mehrjährigen Finanzrahmen zustimmen. Aktuell: 2007 - 2013, derzeit wird der MFR 2014 - 2020 verhandelt.
Regionalpolitik	Siehe Kohäsionspolitik
Strukturfonds	Als Strukturfonds werden der ESF und EFRE bezeichnet.
Strukturpolitik	Siehe Kohäsionspolitik

Tabelle 1

Vergleich Mehrjähriger Finanzrahmen (MFR) 2007-2013 und Mehrjähriger Finanzrahmen 2014-2020⁴⁹ (in Preisen von 2011)

Rubriken	Neuer MFR-Vorschlag 2014-2020	Letzter MFR 2007-2013	Vergleich MFR 2007-2013 und Vorschlag des Europäischen Rates für MFR 2014-2020	
1. Intelligentes und Inklusives Wachstum	450,763 Mrd.	446,310 Mrd.	+4,5 Mrd.	+1,0%
1a. Wettbewerbsfähigkeit für Wachstum und Beschäftigung	125,614 Mrd.	91,495 Mrd.	+ 34,1 Mrd.	+37,3%
1b. Wirtschaftlicher, sozialer und territorialer Zusammenhalt (europäische Fördermittel)	325, 149 Mrd.	354,815 Mrd.	-29,6 Mrd.	-8,4%
2. Nachhaltiges Wachstum: natürliche Ressourcen (Gemeinsame Agrarpolitik)	373, 179 Mrd.	420,682 Mrd.	-47,5 Mrd.	-11,3%
3. Sicherheit und Unionsbürgerschaft	15,686 Mrd.	12,366 Mrd.	+3,3 Mrd.	+26,8%
4. Europa in der Welt (auswärtiges Handeln der EU)	58,704 Mrd.	56,815 Mrd.	+1,8 Mrd.	+3,3%
5. Verwaltung	61,629 Mrd.	57,082 Mrd.	+4,5 Mrd.	+8%
6. Ausgleichszahlungen	27 Mio.	-	+ 27 Mio.	-
Insgesamt Verpflichtungsermächtigungen	959,988 Mrd.	994,176 Mrd.	-35,2 Mrd.	-3,5%
<i>Als Anteil am EU-Bruttonationaleinkommen</i>	<i>1,00%</i>	<i>1,12%</i>		
Insgesamt Zahlungsverpflichtungen	908,400 Mrd.	942,778 Mrd.	-34,4 Mrd.	-3,7%
<i>Als Anteil am EU-Bruttonationaleinkommen</i>	<i>0,95%</i>	<i>1,06%</i>		

49 Wie vom Europäischen Rat am 8. Februar 2013 vorgeschlagen

Tabelle 2

Zuteilung des Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) und des Kohäsionsfonds⁵⁰ an die Mitgliedstaaten 2007 - 2013 im Verhältnis zum BIP und zu staatlichen Anlageinvestitionen

Zuteilung 2007 - 2013 aus dem EFRE und Kohäsionsfonds

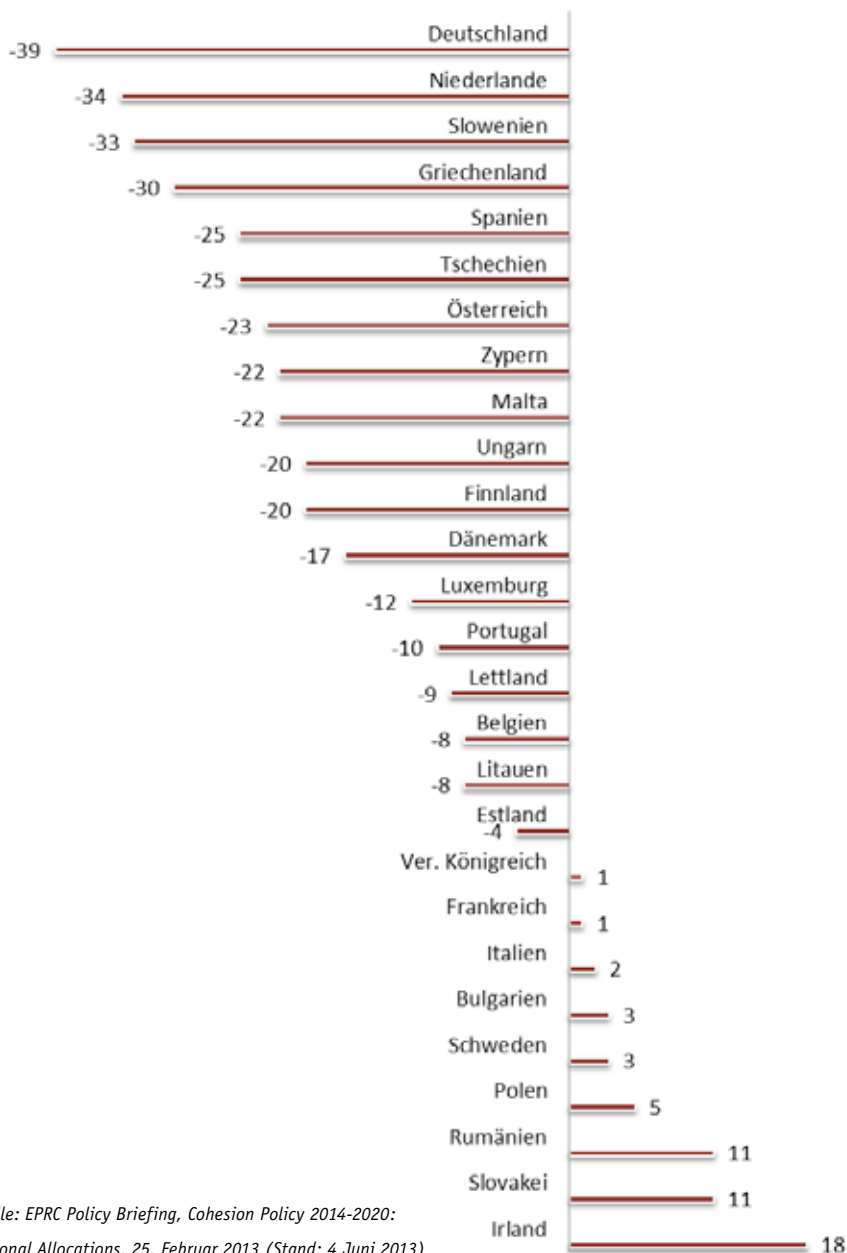
	EUR Million	% von BIP	% von staatlichen Anlageinvestitionen
EU 27	262.182	0,3	8,2
Belgien	990	0,04	1,2
Dänemark	254	0,02	0,4
Deutschland	16.107	0,09	3,3
Frankreich	8.054	0,06	1,5
Irland	375	0,03	0,5
Italien	21.025	0,19	5,8
Luxemburg	25	0,01	0,2
Niederlande	830	0,02	0,5
Österreich	680	0,03	0,9
Finnland	977	0,07	2,6
Schweden	934	0,03	0,9
Vereinigtes Königreich	5.416	0,04	1,4
Griechenland	15.846	1,09	28,3
Spanien	26.595	0,36	8,4
Portugal	14.558	1,22	30,3
Bulgarien	5.488	2,04	54,6
Tschechien	22.751	2,08	35,2
Estland	3.011	2,7	54,2
Zypern	492	0,39	8,7
Lettland	3.947	2,79	39,9
Litauen	5.747	2,67	51,4
Ungarn	21.292	3,05	67,4
Malta	728	1,59	49,1
Polen	57.178	2,21	34,2
Rumänien	15.528	1,69	26,7
Slowenien	3.345	1,32	23,6
Slowakei	9.998	2,07	57,1

Quelle: Europäische Kommission, Expert Evaluation Network Synthesis of National Reports 2012, Januar 2013

50 Der Kohäsionsfonds finanziert v.a. Projekte im Bereich der transeuropäischen Verkehrsnetze, dem Umweltschutz, der nachhaltigen Entwicklung und erneuerbarer Energien. Folgende Mitgliedstaaten erhalten 2007-2013 eine Förderung aus dem Kohäsionsfonds: Bulgarien, Tschechien, Estland, Griechenland, Zypern, Lettland, Litauen, Ungarn, Malta, Polen, Portugal, Rumänien, Slowenien, Slowakei, Spanien

Zuteilungen aus den Kohäsionsfonds für 2014-2020

vorläufige Schätzung, Veränderung in Prozent gegenüber der Förderperiode 2007-2013

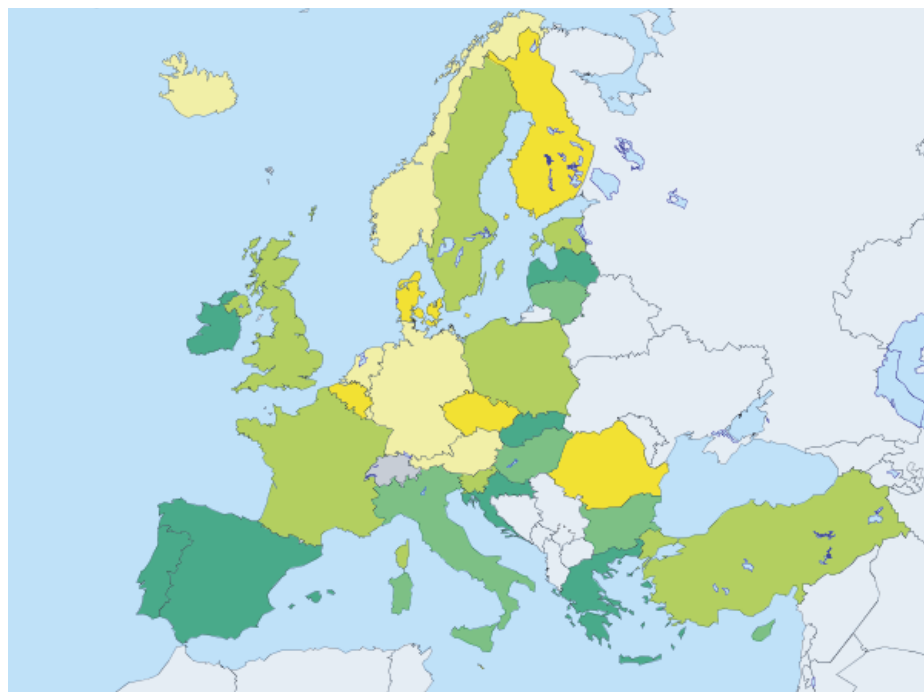


Quelle: EPRC Policy Briefing, Cohesion Policy 2014-2020:

National Allocations, 25. Februar 2013 (Stand: 4. Juni 2013)

Arbeitslosigkeit für 2012, in Prozent

Quelle: Eurostat



Legend

3.2 - 6.0

6.0 - 7.7

7.7 - 10.2

10.2 - 13.3

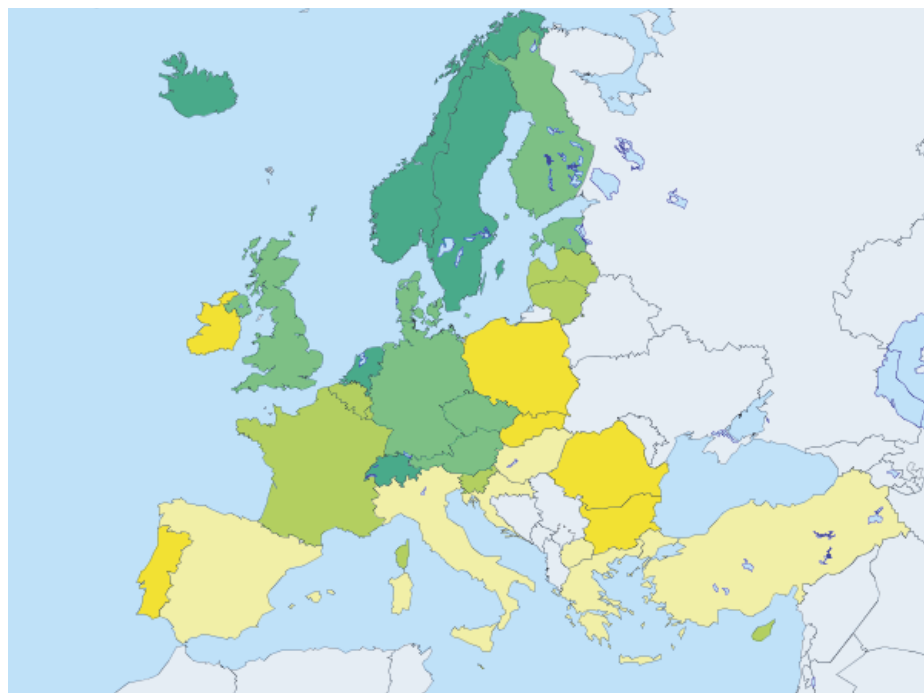
13.3 - 25.0

Not available

Minimum value:3.2 Maximum value:25.0

Beschäftigungsrate in 2012, in Prozent

Quelle: Eurostat



Legend

48.2 - 62.1

62.1 - 66.5

66.5 - 71.4

71.4 - 76.7

76.7 - 82.0

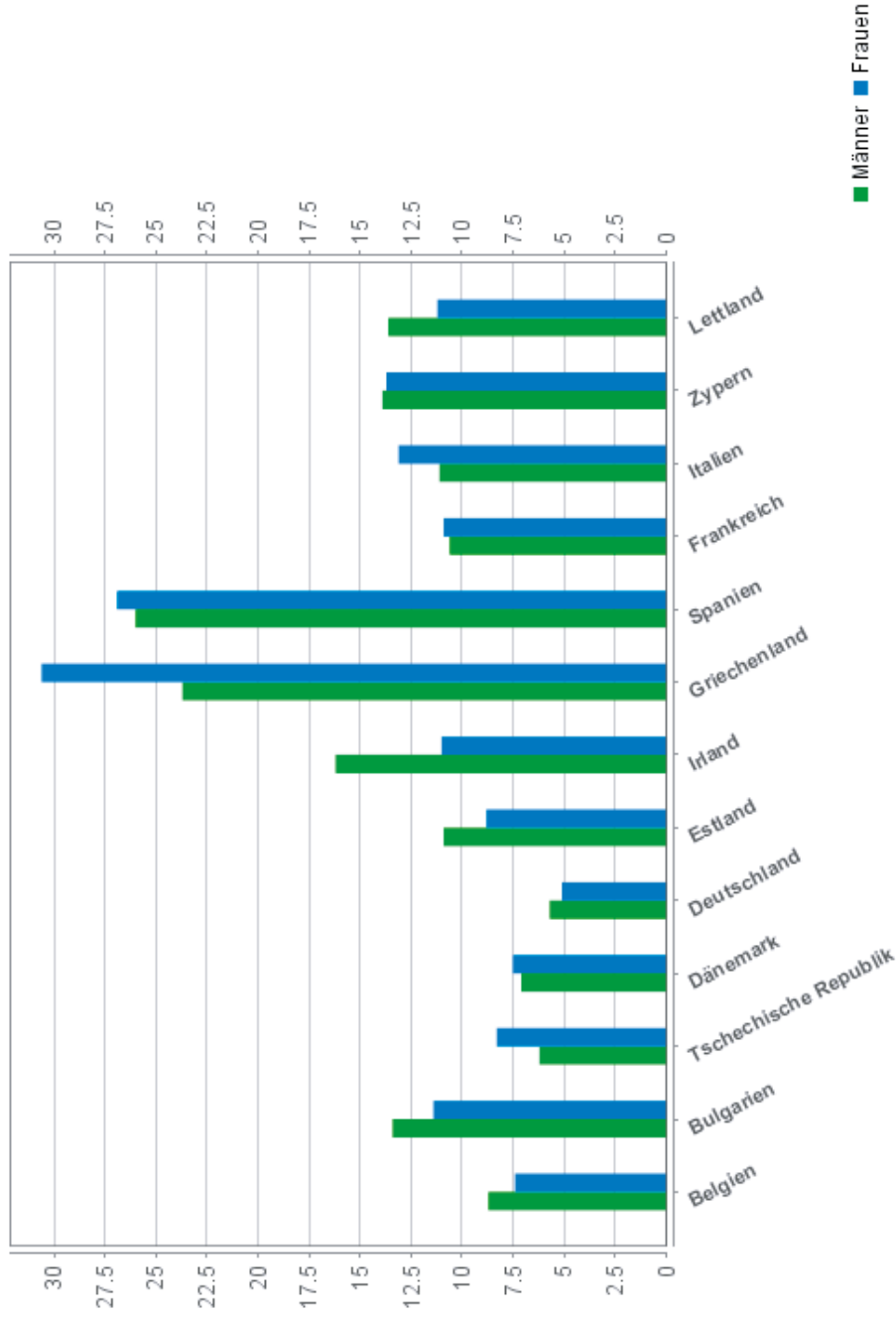
Not available

Minimum value:48.2 Maximum value:82.0

Harmonisierte Arbeitslosenquote nach Geschlecht, 2013M01

Quelle: Eurostat

Teil 1

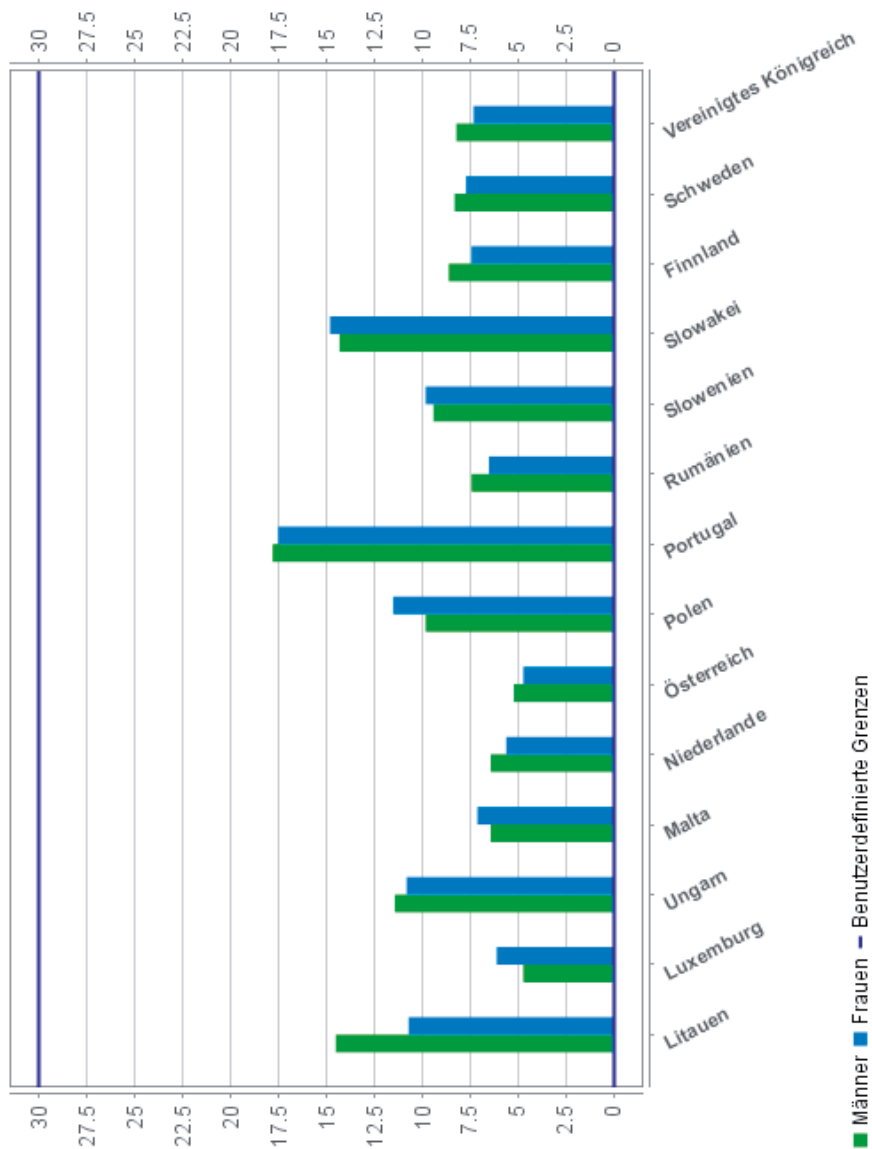


■ Männer ■ Frauen

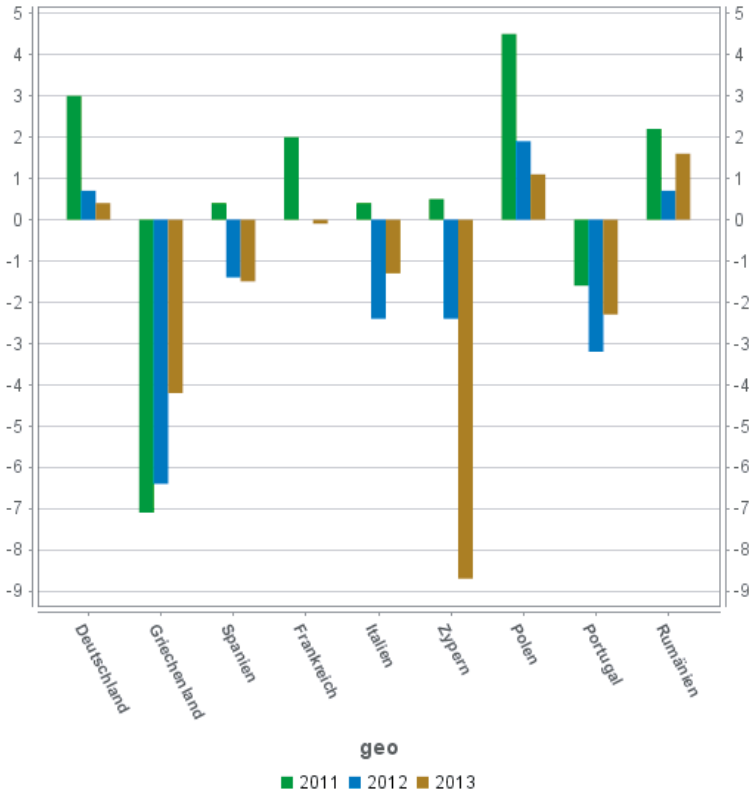
Harmonisierte Arbeitslosenquote nach Geschlecht, 2013M01

Quelle: Eurostat

Teil 2



Wachstumsrate des realen BIP - Volumen Veränderung gegenüber dem Vorjahr (%)



Datenquelle: Eurostat

Letztes Update: 15.05.2013

Datum der Extraktion: 16 Mai 2013 11:54:46 MEST

Hyperlink zur Grafik:

<http://epp.eurostat.ec.europa.eu/tgm/graph.do?pcode=tec00115&language=de>

Disclaimer: Diese Grafik wurde automatisch mit Hilfe von Eurostat Software und externen Benutzerspezifikationen erstellt, für die Eurostat nicht verantwortlich ist. null

Allgemeiner Disclaimer der Europäischen Kommission:

http://europa.eu/geninfo/legal_notices_de.htm

Kurzbeschreibung: Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist ein Maß der wirtschaftlichen Aktivität. Es ist definiert als der Wert aller produzierten Güter und erbrachten Dienstleistungen abzüglich des Wertes der zu deren Generierung verbrauchten Güter und Dienstleistungen. Die Berechnung der jährlichen Wachstumsrate des BIP-Volumens soll Vergleiche der Dynamik der wirtschaftlichen Entwicklung sowohl über die Zeit hinweg als auch zwischen Ländern unterschiedlicher Größe ermöglichen. Zur Berechnung der Wachstumsrate des BIP in Volumeneinheiten wird das in aktuellen Preisen gemessene BIP zu Preisen des Vorjahres bewertet und die so berechneten Volumenänderungen das Niveau eines Referenzjahres angewendet; daraus ergibt sich eine sog. verkettete Reihe. Dies bewirkt, dass Preisänderungen keinen Einfluss auf die Wachstumsrate ausüben.

Code: tec00115

Cottbus, Bibliothek der Technischen Universität, gefördert durch den Fonds für Regionale Entwicklung



Positionen der Partei DIE LINKE zur Zukunft der Europäischen Kohäsionspolitik (15./16. Oktober 2011)

Die Kohäsionspolitik der EU ist für die Angleichung der Lebensverhältnisse zwischen den europäischen Regionen weiterhin unverzichtbar!

Die europäische Kohäsionspolitik hat in der Vergangenheit einen maßgeblichen Beitrag zur Reduzierung wirtschaftlicher und sozialer Unterschiede zwischen Mitgliedstaaten und Regionen der Europäischen Union geleistet. Insbesondere bei der Integration der neuen Mitgliedstaaten in Mittel-, Ost- und Südosteuropa spielte sie eine wichtige Rolle.

In den letzten zwanzig Jahren haben in Deutschland vor allem die ostdeutschen Bundesländer von der Strukturfondsförderung der EU profitiert. Die Entwicklung der neuen Bundesländer konnte deutlich vorangetrieben und Rückstände zu den entwickelten europäischen Regionen reduziert werden. Die Erneuerung der Infrastruktur, die Förderung von Forschung und Entwicklung und ein Großteil der Maßnahmen zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit wären ohne diese Mittel nicht möglich gewesen. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit erhielt durch die EU-Förderung eine solide Basis. Zugleich zeigen nationale und europäische Analysen, dass der Angleichungsprozess in den ostdeutschen Ländern noch viele Jahre benötigt. Bekanntlich werden bis 2019 die Mittel des Solidarpakts auslaufen. Vor diesem Hintergrund würde der abrupte Wegfall der europäischen Strukturförderung gravierende Folgen für die Stabilität der Infrastruktur, die Innovationskraft der kleinen und mittleren Unternehmen und die Beschäftigungs- und Ausbildungsmöglichkeiten der Menschen haben – die erreichten Ergebnisse würden infrage gestellt werden.

Dass die Kohäsionspolitik einen „europäischen Mehrwert“ hat, braucht eigentlich vor dem Hintergrund der in der Bundesrepublik in den vergangenen 20 Jahren gesammelten Erfahrungen nicht mehr belegt zu werden: Als Ausdruck gelebter Solidarität zwischen den Mitgliedsstaaten hat die Kohäsionspolitik dazu beigetragen, die Entwicklungsunterschiede zwischen den Regionen zu verringern. Die regional ausgerichtete und integrierte Kohäsionspolitik der EU hat sich bewährt. Aufgrund des dezentralen Ansatzes innerhalb des europäischen Mehrebenensystems können europäische Regionen und auch Kommunen die Erarbeitung von passfähigen Förderstrategien maßgeblich beeinflussen, die Inhalte der transnationalen, interregionalen und grenzüberschreitenden Zusammenarbeit bestimmen sowie vom Erfahrungsaustausch untereinander profitieren.

Grundsätzliche Vorstellungen der Europäischen Kommission zur Zukunft der Kohäsionspolitik und ihre Bewertung durch DIE LINKE

Die Diskussion um die Zukunft der Kohäsionspolitik ist in die politische Auseinandersetzung zum Mehrjährigen Finanzrahmen 2014+ eingebettet.

Die Europäische Kommission hat – ausgehend von ihren Mitteilungen zur Überprüfung des EU-Haushaltes und zu den Schlussfolgerungen aus dem 5. Bericht über den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt – mit ihrem Vorschlag zur Festlegung des mehrjährigen Finanzrahmens sowie den am 6. Oktober vorgestellten Entwürfen für die Strukturfonds-Verordnungen 2014-2020 ihre Vorstellungen über die künftige Gestaltung der Kohäsionspolitik vorgelegt. Angesichts der aktuellen Herausforderungen, vor denen die Union steht, sieht DIE LINKE eine Reihe von Problemen in der Herangehensweise der Kommission. Das betrifft vor allem:

- **Prioritätensetzung und explizite Verzahnung mit der „Europa 2020“ – Strategie:** Die Kommission schlägt eine Liste mit thematischen Prioritäten vor, auf die sich die Fördermittel konzentrieren sollen. Diese Prioritäten orientieren sich an der „Europa 2020“-Strategie. Eine derartige Verzahnung ist problematisch, denn sie schränkt die Möglichkeiten der Regionen bei der Erstellung ihrer Operationellen Programme erheblich ein. Der basisorientierte Ansatz der Kohäsionspolitik, der die Ausrichtung auf die konkreten Bedürfnisse der Regionen ermöglicht, könnte so verloren gehen.
- **Stärkung der strategischen Programmplanung und Abstimmung und Koordinierung aller Fonds:** Die Kommission schlägt einen gemeinsamen strategischen Rahmen vor, der sich auf den EFRE (Europäischer Fonds für regionale Entwicklung), den ESF (Europäischer Sozialfonds), den Kohäsionsfonds, den Europäischen Meeres- und Fischereifonds sowie den ELER (Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums) erstreckt. In diesem Rahmen sollen die Ziele der „Europa 2020“-Strategie als Förderprioritäten für die Kohäsionspolitik ausformuliert werden. Grundsätzlich ist ein gemeinsamer strategischer Rahmen für alle Strukturfonds sowie den Meeres- und Fischereifonds sowie den Landwirtschaftsfonds im Interesse einer integrierten Entwicklung der Regionen zu begrüßen. Er ist jedoch dann problematisch zu bewerten, wenn die Kohäsionspolitik zu einem bloßen Umsetzungsinstrument für die „Europa 2020-Strategie“ wird und die regionalpolitischen Zielsetzungen der Kohäsionspolitik sowie die spezifischen Förderansätze der verschiedenen Strukturfonds nur unzureichend Berücksichtigung finden. In besonderer Weise gilt das für den ESF.
- **Verbindliche Konditionalitäten und Sanktionen:** Die Kommission schlägt vor, die

Auszahlung eines Teils der Strukturfondsmittel von bestimmten wirtschaftlichen und institutionellen Reformen in den Mitgliedstaaten abhängig zu machen. Mit diesem Vorschlag läuft die Europäische Kommission Gefahr, das ursprüngliche Ziel der EU-Strukturpolitik, die Verringerung regionaler Disparitäten innerhalb der EU, infrage zu stellen. Deshalb lehnen wir derartige Konditionalitäten und Sanktionen ab.

Die Kommission schlägt außerdem die Einführung von finanziellen Sanktionen im Zusammenhang mit dem Stabilitäts- und Wachstumspakt vor. Im Falle der Nichteinhaltung des Stabilitäts- und Wachstumspakts sollen laufende oder künftige Zahlungen aus dem EU-Haushalt teilweise ausgesetzt oder gestrichen werden. Auch dies ist problematisch zu bewerten: Das Einfrieren der Mittel wäre für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Regionen kontraproduktiv. Und auf operationeller Ebene würden Gebietskörperschaften getroffen werden, die keine oder eine nur eine eingeschränkte Verantwortung für die Wirtschafts- und Finanzpolitik der Nationalstaaten haben. Deshalb lehnen wir derartige finanzielle Sanktionen ab.

- **Ablösung subventionsbasierter Finanzinstrumente und Schwächung der Kofinanzierung:** Die Kommission orientiert die Mitgliedstaaten und Regionen mit den Verordnungsentwürfen auf die Nutzung von neuen Finanzierungsinstrumenten, insbesondere die Schaffung revolvingender Fonds, vor. Vor dem Hintergrund der durch die Strukturfonds in den vergangenen Jahren geschaffenen Grundsubstanz und der absehbar abnehmenden Höhe der öffentlichen Mittel ist die Vergabe von Fördermitteln als Darlehen eine Möglichkeit, um die wirtschaftliche und soziale Entwicklung weiter in großen Umfang zu stimulieren. Allerdings ist diese Finanzierungsform für bestimmte Programmziele (bspw. Projekte im Rahmen des ESF) nur begrenzt einsetzbar, da hier Rückflüsse nur eingeschränkt zu generieren sind.
- **Stärkung der territorialen Kohäsion und Einbeziehung sämtlicher Regionen:** Das Ziel des territorialen Zusammenhalts wird im Vorschlag der Europäischen Kommission gestärkt. Positiv zu bewerten ist, dass auch in der neuen Förderperiode alle Regionen in die Kohäsionspolitik einbezogen werden sollen. Der absolute Schwerpunkt liegt auf den Regionen mit erheblichem Entwicklungsstand: 69 % der Kohäsionsmittel sollen in diesen Regionen eingesetzt werden, in denen nur knapp über ein Fünftel der EU-Bürgerinnen und -Bürger lebt, die aber den größten Entwicklungsrückstand gegenüber den entwickelten europäischen Regionen haben. Dieser Ansatz ist grundsätzlich zu begrüßen, auch wenn wir bezüglich der konkreten Ausgestaltung der Strukturfonds in den einzelnen Kategorien von Regionen weiteren Diskussions- und Veränderungsbedarf sehen.
- **Ablösung des bisherigen Phasing-out- und Phasing-in-Systems:** Die Kommission

plant die Ablösung des bisherigen Phasing-in- und Phasing-out-Systems durch eine neue Zwischenkategorie, in die – nach dem bisherigen Stand – die 51 Regionen fallen, deren Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf zwischen 75 und 90% des Unionsdurchschnitts liegt. Dieses Herangehen unterstützen wir, problematisch ist allerdings, dass die Bundesrepublik in Gestalt der Bundesregierung – wie einige andere Mitgliedstaaten – eine solche, gerade für die neuen Bundesländer wichtige Zwischenkategorie bisher strikt ablehnt.

Grundsätze und Forderungen der Partei DIE LINKE zur Gestaltung der europäischen Kohäsionspolitik

- **Grundprämissen und Ziele:** Die Kohäsionspolitik ist Ausdruck gelebter Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten, und sie soll sich auch in Zukunft schwerpunktmäßig auf die bedürftigsten Regionen und Länder der EU konzentrieren. Sie muss in diesem Zusammenhang vor allem die Regionen mit gravierenden Entwicklungsrückständen stärken und zugleich die Stabilität und weitere Entwicklung in allen Regionen stützen. Die Weiterentwicklung der EU-Strukturförderung muss den Erfordernissen des Klimaschutzes und Energiewende gerecht werden, sie muss den ökologischen Umbau und den Ausbau der öffentlichen Daseinsvorsorge stimulieren, sie muss eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung, Bildung, gute und nachhaltige Arbeit und die Gleichstellung der Geschlechter fördern sowie die Bewältigung des demografischen Wandels unterstützen. Wir lehnen jeden Versuch der Renationalisierung der Kohäsionspolitik ab.
- **Finanzielle Ausstattung der Kohäsionspolitik:** Das Gesamtvolumen des mittelfristigen Finanzrahmens hat erhebliche Auswirkungen auf die Effekte, die mittels der Kohäsionspolitik in den europäischen Regionen in einer Förderperiode erreicht werden können. Wir setzen uns deshalb für eine spürbare Aufstockung der Kohäsionsmittel der EU in den Jahren 2014 - 2020 ein, denn eine starke und mit ausreichend Finanzmitteln ausgestattete Kohäsionspolitik ist eine Voraussetzung für die Reduzierung von wirtschaftlichen und sozialen Unterschieden zwischen Mitgliedstaaten und Regionen in der Europäischen Union. Der Vorschlag der Kommission, anstelle von 347 Milliarden Euro (2007 - 2013) für die Jahre 2014 - 2020 nur noch 336 Milliarden in Ansatz zu bringen, ist nicht ausreichend. Die weitere Reduzierung des Finanzrahmens und damit auch des finanziellen Rahmens für die Kohäsionspolitik, wie sie von der Bundesregierung gegenwärtig vertreten wird, lehnen wir ab.
- **Förderfähigkeit aller Regionen:** Wir begrüßen, dass nach den Vorstellungen der Kommission auch nach 2013 alle Regionen förderfähig bleiben sollen, und befürworten, dass die von der Kommission vorgeschlagene Zielstruktur „Stärker entwickelte Regionen“, „Übergangsregionen“, „Weniger entwickelte Regionen“ und „Ter-

ritoriale Zusammenarbeit“ erhalten bleibt. Auch wenn der absolute Schwerpunkt auf der Förderung der weniger entwickelten Regionen (nach dem Ansatz 231,3 Milliarden Euro) liegt, ist auch der Abbau von Strukturschwächen und Disparitäten innerhalb der Regionen mit einem BIP über 90% des EU-Durchschnitts (stärker entwickelte Regionen – geplant sind 53,1 Milliarden Euro) eine Bedingung für eine harmonische Entwicklung der EU als Ganzes.

- **Schaffung einer Übergangsregelung:** DIE LINKE unterstützt die Vorschläge der Kommission für die Schaffung einer Zwischenkategorie zwischen der EU-Höchstförderung (bisheriges Ziel 1) und der künftigen Förderung für stärker entwickelte Regionen. Für Regionen, die gegenwärtig im Rahmen des Ziels „Konvergenz“ gefördert werden, deren BIP pro Einwohner aber zwischenzeitlich über 75% des Unionsdurchschnitts liegt, sollen angemessene Übergangsregelungen geschaffen werden. Eine verlässliche flächendeckende Unterstützung dieser Regionen ist erforderlich. Entwicklungsrückstände, wie zu geringe Forschungs- und Entwicklungskapazitäten, zu geringe Einbindung in internationale Wirtschaftskreisläufe, unzureichende Eigenkapitalausstattung der Unternehmen, anhaltend hohe Arbeitslosigkeit und schwere demografische Nachteile werden bis 2013 nicht überwunden sein. Das abrupte Wegbrechen der Förderung bei einem Ausscheiden aus dem Ziel Konvergenz ab 2014 würde in den betroffenen Regionen die bereits erreichten Erfolge wieder infrage stellen. Eine Übergangsregelung sollte sicherstellen, dass die Förderung ab 2014 in den betroffenen Regionen zwei Drittel des gegenwärtigen Förderniveaus nicht unterschreitet.
- **Territoriale Zusammenarbeit unterstützen:** Die Förderung der grenzübergreifenden, transnationalen und interregionalen Zusammenarbeit soll nach den Vorschlägen der Kommission auch in Zukunft ein eigenständiges Ziel innerhalb der Kohäsionspolitik bleiben. Die Vorschläge für die Erweiterung des finanziellen Rahmens der territorialen Zusammenarbeit weisen in die richtige Richtung und sind gegen Angriffe, insbesondere auch der deutschen Bundesregierung, zu verteidigen. Besonders gestärkt werden muss nach unserer Auffassung die grenzüberschreitende Zusammenarbeit, auch finanziell. In den Grenzregionen, vor allem an der ehemaligen und erst recht an der heutigen EU-Außengrenze entscheidet sich, ob das „alte“ und das „neue“ Europa wirklich zusammenwachsen. Hier geht es nicht nur um den Ausgleich wirtschaftlicher Strukturunterschiede, sondern auch darum, sozialen Verwerfungen entgegen zu wirken und umweltverträgliche regionale Verkehrsinfrastrukturen, verkehrsvermeidende Raumordnung und Siedlungsstrukturen zu gestalten. Die Herausbildung zweisprachiger Räume, die Menschen auch kulturell miteinander verbinden, ist eine zentrale Aufgabe, die die Europäische Union angemessen unterstützen muss. Die Verteilung der Mittel für die territoriale Zusammenarbeit allein nach der Bevölkerungsgröße der Mitgliedstaaten, wie sie bisher praktiziert und auch für

die Zukunft erneut vorgeschlagen wurde, wird dieser Aufgabenstellung jedoch nicht gerecht.

- **Erfahrungen mit Operationellen Programme fortführen:** Die Operationellen Programme müssen weiterhin das Hauptinstrument zur Umsetzung der strategischen Prioritäten und Ziele sein. Das derzeitige System der Programmgestaltung und Programmumsetzung auf regionaler Ebene hat sich bewährt und soll auch zukünftig beibehalten werden, jedoch muss zukünftig das Partnerschaftsprinzip verbindlich festgeschrieben werden. Die thematische Fokussierung muss auf der regionalen Ebene vorgenommen werden, denn hier können am besten vorhandene Entwicklungspotenziale erschlossen und lokale und regionale Akteure aktiviert werden. Deshalb finden wir die in den Partnerschaftsvereinbarungen und der internen Konditionalisierung angelegte Tendenz zur Zentralisierung der Kohäsionspolitik bedenklich.
- **Stärkung der demokratischen Mitwirkung:** Wir sprechen uns für eine Stärkung des Partnerschaftsprinzips und damit verbunden die Einbeziehung der Wirtschafts- und Sozialpartner, weiterer Vertreter der Zivilgesellschaft, Partner des Umweltbereichs, Nichtregierungsorganisationen, Einrichtungen zur Förderung der Gleichstellung von Männern und Frauen und anderer regionaler und lokaler Akteure in allen Phasen der Strukturfondsförderung aus. Das Partnerschaftsprinzip muss detailliert und rechtsverbindlich definiert werden. Wir fordern eine stärkere Einbeziehung der Landesparlamente in den Prozess der Erstellung und Umsetzung der Operationellen Programme.
- **Stärkung des Subsidiaritätsprinzips – keine sachfremden Vorbedingungen:** Wir bekräftigen die Notwendigkeit, bei der Abfassung der Rechtsgrundlagen die Prinzipien von Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit in der europäischen Kohäsionspolitik konsequent anzuwenden und zu stärken. Die Verpflichtung der Mitgliedstaaten und Regionen zu strukturellen oder institutionellen Reformen als Bedingung für die Zuweisung von Strukturfondsmitteln lehnen wir ab. Die Besonderheiten föderativ verfasster Staaten sowie die Rolle und die Zuständigkeiten, die die Regionen in diesen Staaten haben, sind zu beachten. Diese Prinzipien dürfen nicht aufgrund von Effizienzerwägungen infrage gestellt werden. Zur Stärkung von Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit sollte das Verwaltungs- und Finanzkontrollsystem konsequent vereinfacht werden.
- **Integrierte Lösungen für die Regionen:** Die Kohäsionspolitik muss über die einzelnen Politikfelder und Themen hinweg auf regionaler Ebene weiter zu integrierten Problemlösungen fähig bleiben. Die Verknüpfung der europäischen Kohäsionspolitik mit der „Europa 2020“-Strategie darf nicht zu einer Sektoralisierung der Kohäsionspolitik oder einer Einengung der Möglichkeiten der Regionen führen. Eine restriktive Beschränkung der Prioritäten in den entwickelten Regionen und den Übergangs-

regionen auf Energieeffizienz, Erneuerbare Energien, Innovation und Unterstützung klein- und mittelständischer Unternehmen ist nicht akzeptabel, die Regionen müssen weiterhin durch breit gefächerte Maßnahmen die Möglichkeit haben, entsprechend der spezifischen regionalen Bedürfnisse und Erfordernisse Prioritäten zu setzen. Dies gilt insbesondere auch für die Übergangsregionen, deren Entwicklung nach wie vor komplexer Programme zur Unterstützung einer nachhaltigen integrierten regionalen Wirtschaftsentwicklung bedarf. Der Vorschlag der Kommission z.B., in Übergangsregionen, die gegenwärtig in der Ziel-1-Förderung sind, 60% der EFRE-Mittel für die genannten Prioritäten einzusetzen, ist ambivalent. Einerseits ist es richtig, dass in diesen Feldern deutlich mehr investiert werden muss, andererseits lässt eine solche Herangehensweise den Regionen weniger Spielraum für eine eigene Schwerpunktsetzung.

- **Sanktionen:** Eine Sanktionierung unzureichender Zielerreichung in Form von Mittelkürzungen und Nichtzuteilung zusätzlicher Fördermittel lehnen wir ab. Eine solche Verfahrensweise würde für die betreffenden Haushalte ein unkalkulierbares Risiko bedeuten. Gleiches gilt für Vorschläge, die bei Nicht-Einhaltung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes bzw. der Verpflichtung zur Durchführung institutioneller Reformen auf mitgliedstaatlicher Ebene – beides ist durch die Regionen nur in sehr begrenztem Umfang zu beeinflussen – Sanktionen vorsehen. Beide Maßnahmen würden zudem für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der betreffenden Regionen kontraproduktiv wirken. Anstelle des Einsatzes von Sanktionen sollte die praktische Unterstützung durch die EU treten: Die Kommission sollte in den Ländern, in denen es erhebliche Probleme beim Mittelabfluss gibt, sehr viel stärker als bisher die Vermittlung von Erfahrungen anderer Mitgliedstaaten fördern.
- **Maßstab für die Förderwürdigkeit:** Wir teilen die Auffassung der Kommission, dass das Bruttoinlandsprodukt das Hauptkriterium für die Bestimmung der Förderwürdigkeit von Regionen im Rahmen der Regionalpolitik sein soll. Das BIP ist jedoch eine Messgröße für Produktion und nicht für das Wohlergehen, das der Bevölkerung aus dieser Produktion entsteht. Deshalb muss das BIP nach unserer Auffassung durch weitere Indikatoren sozialer und ökologischer Art ergänzt werden, wie bspw. Höhe der Arbeitslosigkeit, Situation auf dem Ausbildungsmarkt, Dichte der Infrastruktur im Bereich von Forschung und Entwicklung, soziale Ausgrenzung, Armut, demografischer Wandel, Einkommensverteilung (Gini-Koeffizient).
- **Kofinanzierungssätze:** Angesichts der angespannten Situation der nationalen und der regionalen Haushalte sollten die bisherigen Kofinanzierungssätze der EU nicht abgesenkt werden. Die Differenzierung nach der Zielgebietszuordnung hat sich bewährt. In den Übergangsregionen sollte der Kofinanzierungssatz auch künftig bei 75 % liegen. Den Vorschlag der Kommission, in den Regionen der Zwischenkategorie einen Kofinanzierungssatz von 60 % anzuwenden, lehnen wir ab. In entwickelten

Regionen sollte er 50% nicht unterschreiten. Für Länder unter dem Rettungsschirm würde die auf europäischer Ebene bereits vorgeschlagene weitere Reduzierung des Kofinanzierungsanteils auf vielleicht 5% ein wichtiges unterstützendes Mittel sein, um vor allem die Wirtschaft wieder anzukurbeln.

- **ESF als Bestandteil der Strukturpolitik:** Der ESF ist das wichtigste arbeitsmarkt- und beschäftigungspolitische Förderinstrument der EU. Es ist zu begrüßen, dass die Kommission – nach kontroversen Debatten – den ESF weiter als wichtiges Instrument der europäischen Kohäsionspolitik in ihren Verordnungsentwürfen fixiert hat. Die im Vorschlag genannten Themenbereiche sind eine gute Grundlage für den Einsatz des ESF vor allem in den Bereichen Beschäftigung und Mobilität, Bildung und lebenslanges Lernen sowie soziale Eingliederung und Bekämpfung von Armut. Die Förderpolitik des ESF sollte zugleich den Fokus stärker auf die Förderung von „Guter Arbeit“ richten.
- **Revolvierende Fonds:** Die Anwendung von Förderinstrumenten auf Darlehensbasis und die Entwicklung von neuen Finanzinstrumenten sollte nur in geeigneten Handlungsfeldern der Strukturfonds geschehen. Die Zuschussfinanzierung sollte weiterhin vorrangig zum Einsatz kommen. Rückflüsse und Zinseinnahmen aus revolvingierenden Fonds müssen in den Regionen verbleiben. Die Erwartung der Kommission, dass auch der ESF in größerem Umfang mittels neuer Finanzierungsinstrumente eingesetzt werden kann, wird sich nicht erfüllen: Die Zuschussfinanzierung wird bei den ESF-Interventionen weiter maßgeblich bleiben.
- **Rolle der Städte:** Europas Städten kommt künftig eine noch wichtigere Rolle zu. Vor allem hier gilt es, Antworten auf sozial-, integrations- und damit auch wirtschaftspolitische Herausforderungen zu finden, sind doch Städte oft „Brennpunkte“ gesellschaftlicher Entwicklungen und erfüllen gleichzeitig wichtige Aufgaben in der Sicherstellung der Daseinsvorsorge. Die städtische Dimension sollte daher auch vor dem Hintergrund der anhaltenden Land-Stadt-Bewegung in der nächsten Förderperiode einen zentralen Stellenwert erhalten. Es ist daher wichtig und richtig, dem urbanen Aspekt wieder eine größere Bedeutung zuzumessen. Von besonderer Bedeutung ist für uns, die städtische Dimension im Zusammenspiel mit Verflechtungsräumen zu sehen. Die Kommission kommt dieser Aufgabenstellung zum Teil nach, u.a. durch den Vorschlag, einen bestimmten Teil der Mittel für die Stadtentwicklung zu binden. Angesichts von geringer werdenden Mitteln in den entwickelten Regionen wie in den Übergangsregionen wird es aber für die Regionen immer schwieriger, entsprechende Maßnahmen zu finanzieren.
- **Ländlicher Raum:** Eine besondere Rolle kommt zudem der Förderung des ländlichen Raumes zu, einschließlich der Förderung der Städte und Gemeinden im ländlichen Raum. Nur so kann Strukturdefiziten und Abwanderungstrends sowie Überalterung in vielen ländlichen Gebieten begegnet werden. Eine möglichst enge Abstimmung

zwischen den europäischen Strukturfonds und dem ELER ist daher erforderlich.

- **Infrastrukturfazilität („Connecting Europe“):** Wir unterstützen den Vorschlag der Kommission, über einen gesonderten Fonds grenzüberschreitend moderne und leistungsfähige Infrastrukturnetze in den Bereichen Energie, Verkehr und digitale Netze zu schaffen. Diese Netze sind nicht nur Voraussetzung für einen funktionierenden Binnenmarkt, sondern verbessern die Lebensbedingungen der Menschen. Besonders in den neuen Mitgliedstaaten sowie zwischen alten und neuen Mitgliedstaaten besteht erheblicher Nachholbedarf. Bei der Planung des Mitteleinsatzes dieses in Brüssel verwalteten Fonds ist die breitest mögliche Beteiligung der betreffenden Regionen zu sichern. Den Aufbau dieses Fonds zulasten einer Reduzierung der Strukturfondsmittel lehnen wir jedoch ab.

Wasseraufbereitungsanlage Gorna Oriahovitza Bulgarien 2011



Notizen



Kontakt

Dr. Cornelia Ernst

Mitglied des Europäischen Parlaments, Ausschuss für Regionale Entwicklung



In Brüssel:

Cornelia Ernst (MdEP)
Europäisches Parlament
ASP 6 F 154
Rue Wiertz 60
B-1047 Brüssel
Tel. +32 2 2847660
Fax: +32 2 2849660
Mail: cornelia.ernst@europarl.europa.eu
Wissenschaftliche Mitarbeiterin: Manuela Kropp
Mail: manuela.kropp@europarl.europa.eu

In Leipzig:

Europabüro im linXXnet Leipzig
Bornaische Straße 3d
D-04277 Leipzig
Tel. 0341/308 11 99
Mail: juliane.nagel@linxxnet.de

In Dresden:

Cornelia Ernst
Wahlkreisbüro / Europabüro Dresden
Schweriner Straße 50a
D-01067 Dresden
Tel. 0351/426 900 05
Fax: 0351/206 990 46
Mail: europa@cornelia-ernst.de



Vereinte Europäische Linke/Nordische Grüne Linke
Parlamentsfraktion · EUROPÄISCHES PARLAMENT

DIE LINKE.
IM EUROPAPARLAMENT